

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement-Preis: halbjährlich 3.50 RM, monatlich 1.10 RM, wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 RM pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 2.00 RM, für das übrige Ausland 2.50 RM pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Beträgt für die hochgehaltene Kolonelle oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichtigungen und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pf. (zweifach 2-fachgedruckt Wort) jedes weitere Wort 10 Pf. Streifenanzeigen und Einzelstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Wittwoch, den 29. Januar 1913.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Die Kriegsfähigkeit der Türkei.

Am Tage des Ausbruchs der jungtürkischen Revolte wurde hier gesagt, daß dieser Putz ein Zeichen der Zerfahrenheit und eine weitere militärische Schwächung der Türkei bedeute. Jetzt meldet das Wiener Korrespondenzbureau, daß in der Armee vor Tschataldscha ernste Zwistigkeiten zwischen den Jungtürken und ihren Gegnern entstanden seien, die zu einem blutigen Konflikt geführt hätten. In Paris will man sogar wissen, daß Abtu Pascha an der Spitze des vierten Armeekorps nach Konstantinopel marschiere, um die Ermordung des Kriegsministers zu rächen.

Es handelt sich bis jetzt bloß um Gerüchte. Doch spricht die Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Jungtürken, die erst vor einem halben Jahre von einer Offiziersliga gestürzt worden sind, noch zahlreiche Feinde im Offizierskorps haben. Wenn es tatsächlich angeht, des Feindes zu offenen Konflikten kommen sollte, dann braucht ja über die Bedeutung solcher Vorfälle kein Wort gesprochen zu werden. Eine Armee, in deren Offizierskorps solche Zerwürfnisse herrschen, ist zur Kriegsführung unfähig. Diese Unfähigkeit bestätigen auch alle unparteiischen Berichte aus Konstantinopel. So schreibt der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“:

Die große Masse des türkischen Volkes sieht den neuesten Ereignissen mit vollständiger Apathie gegenüber. Bis auf den kleinen Raum in der hohen Porte und ihrer unmittelbaren Umgebung war kaum etwas von der Umwälzung zu bemerken.

Was nun? Wird das Kabinett Rahmud Scheffet den Krieg mit dem Balkanbund fortsetzen und zu den alten Gesetzen solche neuer und vielleicht noch ernsterer Natur hinzugefügt? Rahmud Scheffet feste Absicht mag die Fortsetzung des Krieges gewesen sein, aber unter dem Druck der Verantwortung, die er nunmehr auf sich genommen hat und angesichts des Zustandes der türkischen Armee und der Finanzen wird der neue Großwesir sich schnell ernste Rechenarbeit ablegen müssen. Das, was der Türkei zur Stunde noch eine gewisse Existenzberechtigung verleiht, ist einzig die Armee. Diese Armee ist durch die verschiedenen Staatsstreich halb zerschossen. Die Ereignisse von vorgestern haben den Zerlegungprozess nur noch vermehrt. Das Blut der neu getöteten Offiziere wird alles eher, nur nicht versöhnend wirken, es wird den Samen für neue Militärputsche abgeben. Die Übernahme der Staatsgewalt durch Rahmud Scheffet und seine Anhänger hat die gegenwärtigen Bedingungen der türkischen Armee nicht zum Vorteil verschoben. Ihr Offensivgeist ist gebrochen. Dieser unumstößlichen Tatsache wird auch der neue Großwesir trotz seines oder vielleicht gerade wegen seines unerschütterlichen Patriotismus sich nicht verschließen.

Vielleicht, daß das neue Regime auf eine Spaltung im Kongress der europäischen Großmächte spekuliert. Eine irrtige Berechnung. Gewiß wird man der Richtung, die den der Türkei aufgezwungenen Frieden zu korrigieren trachtet, ein menschliches Mitgefühl nicht versagen können; ob aber der einschlägige Weg der richtige war, bleibt sehr zu bezweifeln. Anstatt schärfer zu werden, stumpfen sich die Verteidigungs-mittel der Türkei immer mehr ab. Viele hohe und intelligente Offiziere lehnen sich mit Abscheu von den Bluttaten ihrer gefallenen Kameraden weg. Auch Rahmud Scheffet wird einen baldigen Frieden zu schlichten gezwungen sein, denn die Drohungen Russlands, die türkischen Schwarzmeer-Päsen Trapezunt, Samsun und Sugundschal, den Kohlenhäfen der Heraklea-Bergwerke zu besetzen, sind ernst. Außerdem liegt die Befürchtung vor, daß die bedeutsame arabische Frage bald mit voller Wucht einsetzt.

Unter solchen Umständen ist es natürlich, daß die Balkanstaaten sich auf weiteres Abwarten einrichten. Und dies um so eher, als auch zwischen ihnen im Falle der Wiederaufnahme des Krieges noch eine Reihe von Abmachungen getroffen werden müssen. Die Bulgaren brauchen die militärische Unterstützung Serbiens und Griechenlands, und diese beiden Staaten knüpfen daran anscheinend die Bedingung gewisser Zugeständnisse: Bulgarien soll seine Ansprüche auf Saloniki zugunsten Griechenlands, sowie auf einige Gebiete zugunsten Serbiens aufgeben. Solche Regelung bedarf einiger Zeit, während der die Balkanstaaten kaum loschlagen werden. Damit ist auch für die diplomatischen Verhandlungen unter den Mächten Zeit gewonnen, und es kann immerhin als ein günstiges Moment betrachtet werden, daß Herr von Bethmann Hollweg im Reichstag bei der Beantwortung einer Anfrage des Abgeordneten Wasserhann in der beschriebenen Form die Behauptung dementieren lassen konnte, daß zwischen verschiedenen Mächten ein Plan für die Aufteilung der asiatischen Türkei bestünde. Die Zustände in der Türkei sind allerdings durch den jungtürkischen Putz so kritisch geworden, das Eintreten unvorhergesehener Zwischenfälle so leicht möglich, daß die Situation nach wie vor bedrohlich genug bleibt, und was heute ausgeschlossen erscheint, morgen Wirklichkeit werden könnte.

### Zwistigkeiten in der türkischen Armee.

Konstantinopel, 27. Januar. (Meldung des Wiener N. N. Telegr. Korresp.-Bureaus.) Hartnäckig umlaufende Gerüchte besagen, daß in der Armee vor Tschataldscha zwischen Anhängern der Jungtürken und denen des früheren Kriegsministers Rasim Pascha ernste Zwistigkeiten entstanden seien. Es sei sogar zu einem blutigen Konflikt unter den Truppen gekommen. Eine authentische Bestätigung der Gerüchte fehlt. — Talaat Bei hat sich heute früh nach Tschataldscha begeben.

### Eine Bestätigung?

Petersburg, 28. Januar. (W.-G.) Ein vom russischen Votschafter in Konstantinopel, Herrn v. Giers, hier eingelaufenes Telegramm bestätigt die Gerüchte von Zwistigkeiten zwischen den Anhängern der Jungtürken und denen Rasim Paschas. Wiederholt sei es bereits zu blutigen Zusammenstößen gekommen.

### Die Note der Balkanlegierten.

London, 28. Januar. Wie das Reutersche Bureau erfährt, traten die Balkanlegierten heute nachmittags 2 1/2 Uhr zusammen und konferierten über drei Stunden. Während dieser Konferenz setzten sie eine Note auf und unterzeichneten sie, die sie den Türken zu überreichen beabsichtigen.

### Ungeduld in Bulgarien.

Wien, 28. Januar. Der „Politischen Korrespondenz“ wird aus Sofia gemeldet: Man hat hier den Eindruck gewonnen, daß auf eine baldige Beantwortung der Kollektivnote der Mächte nicht zu hoffen sei. Die Lage wird infolgedessen allgemein ungünstig beurteilt, und die Geneigtheit zum Abwarten der weiteren Entwicklung, die nach dem Umsturz in Konstantinopel anfänglich Platz gegriffen hatte, ist einer ungeduldigen Stimmung gewichen. An amtlicher bulgarischer Stelle besteht die Ansicht, daß die Fortsetzung des Krieges nun als kaum mehr abwendbar erscheint.

### Gegen einen russischen Einmischungsversuch.

Paris, 28. Januar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Es wird immer deutlicher, daß Frankreich durchaus nicht gewillt ist, eine selbständige Intervention Russlands gegen die Türkei zu unterstützen. Vielmehr macht sich die Verstimmung gegen jede Separataktion immer mehr geltend. Gestern wandte sich der Minister Graf de Mun gegen jedes Sondervorgehen. Heute beschäftigt sich gar der Leitartikel des „Temps“ mit der russisch-polnischen Frage. Wenngleich in panslawistische Redensarten eingewickelt, besagt diese ungewöhnliche Einmischung in die innere russische Politik im jetzigen Augenblick nichts anderes, als Russland möge vor seiner eigenen Tür stehen.

### Russisches Doppelspiel?

Paris, 27. Januar. (Fig. Ver.) In der „Humanité“ schreibt heute Jourds: „Das Spiel der Diplomatie ist recht dunkel und oft genug verhängnisvoll. Ich weiß zum Beispiel aus sicherer Quelle, daß dieselbe russische Regierung, die die Türkei zur Preisgabe Adrianopels mit Drohungen zwingen will, vor wenigen Wochen Adrianopel als den Schlüssel zu Konstantinopel ansah, der nicht ausgeliefert werden dürfe. Infolge eines Gutachtens des Generalstabes gab die russische Regierung den Bulgaren im schneidendsten Ton zu verstehen, daß sie ihnen nicht erlauben würde, Adrianopel zu nehmen.“

### Die rumänische Expreßpolitik.

Wien, 28. Januar. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Bukarest: Morgen vormittag findet abermals ein Ministerrat unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Majoresco statt, in welchem der Stand der bulgarisch-rumänischen Differenzen besprochen werden wird. Auch die Kammer wird morgen eine Sitzung abhalten, nachdem die für gestern anberaumte gewesene Sitzung wegen Weichheitsfähigkeit nicht stattfinden konnte. Eine Interpellation von konservativer Seite über die auswärtige Lage wird infolgedessen erst in der morgigen Sitzung eingebracht werden.

Wie uns dazu ein Privattelegramm aus Köln meldet, schreibt die Köln. Ztg. offiziös: „Zum Stande der rumänisch-bulgarischen Verhandlungen, die mehr und mehr wieder in den Vordergrund des Interesses treten, sei bemerkt, daß diese Verhandlungen zweifellos wieder in Fluß gekommen sind, vermutlich auf Grund neuer Weisungen, die Danew von seiner Regierung erhalten hat. Ein Ergebnis läßt sich noch nicht feststellen. Es scheint aber, daß man sich in Konstantinopel einem Irrtum hingeben würde, wenn man mit einem für die Türkei vorteilhaften bulgarisch-rumänischen Zerwürfnis rechnen würde.“

### Müchtig.

Konstantinopel, 28. Januar. Der zweite Kammerherr des Sultans Reschid Bei ist freigelassen worden und

soll sich jetzt unter englischem Schutz befinden. Mehrere Anhänger des früheren Kabinetts, darunter der Sohn des früheren Scheik ul Islam Rukhsar Bei haben sich an Bord eines russischen Dampfers geflüchtet. Auch dem Sohne des gewesenen Großwesirs Niamit Said soll es gelungen sein, zu flüchten.

### Die Kriegsgrenze.

London, 28. Januar. Unterhaus. In Erwiderung auf eine Anfrage über die Grenzangelegenheiten, welche die Verbündeten in Mazedonien berührt haben sollen, sagte Staatssekretär Grey: „Ich habe meinen Ausführungen vom 16. und 21. d. M. nur hinzuzufügen, daß der bulgarische Ministerpräsident erklärt hat, die bulgarischen regulären Truppen hätten keine Ausweichungen begangen; etwaige Handlungen bulgarischer Banden seien im direkten Gegensatz zu den Anordnungen des Hauptquartiers geschehen.“ Walter Guinness fragte, ob die britischen Konsuln die Angelegenheit nicht untersuchen könnten, oder ob sie tatsächlich gefangen wären, wie es der französische und der deutsche Konsul in Manassa gemeldet sein sollten. Grey erwiderte: „Wir können nicht erwarten, daß die britischen Konsuln während eines Krieges in der Lage sind, alle Vorgänge zu überwachen.“

Zu den Anfragen, die eine Veröffentlichung aller Konsularberichte dringend wünschten, erklärte Grey: „Im vorigen Jahre machte man mir Vorwürfe, weil ich mich weigerte, Nachrichten über die türkischen Ausschreitungen in Mazedonien während des italienisch-türkischen Krieges zu veröffentlichen. Man behauptete, ich nähme die Türken in Schutz; ich beobachte jetzt genau das gleiche Verhalten. Die Berichte enthalten Nachrichten, von denen einige begründet scheinen, andere jedoch Gerüchte sind. Alles ist unausschließlich mit einander vermischt. Ich habe geglaubt, es sei das beste, Nachrichten, die begründet scheinen, derjenigen Regierung vorzulegen, die direkt oder indirekt in der Lage ist, diese Gebiete zu beaufsichtigen. Es würde nicht im öffentlichen Interesse liegen, gegenwärtig weiter zu gehen. Falls wir es doch täten, würden wir weit über das hinausgehen, was andere Regierungen in dieser Sache tun.“

Guinness fragte Grey weiterhin, ob er bei den Regierungen Griechenlands und Bulgariens darauf dringen wolle, daß die Schuldigen bestraft würden, falls die Angaben über Gewalttätigkeiten der Griechen und Bulgaren bei der Befreiung von Kavalas sich als wahr erweisen sollten. Grey erwiderte, es sei dem Fragesteller bereits bekannt, was hinsichtlich dieser und anderer Meldungen getan worden sei, er wolle hinzufügen, daß in dem einzigen Falle, in dem die empfangenen Mitteilungen die Namen von Zivilisten enthalten hätten, die Gewalttätigkeiten berührt haben sollen, eine weitere Mitteilung an die in Frage kommende Regierung gerichtet werde. Der britische Gesandte sei angewiesen worden, im Namen seiner Regierung die Hoffnung auszusprechen, daß diejenigen, denen Erzeffe nachgewiesen werden, nach Recht und Gesetz behandelt werden.

## Ein konservativer Exzeß.

### Für die Wahlagitiation.

Hast zur gleichen Zeit, als im Reichstage die konservativen Größen Graf Westarp und der dicke Dettel, in der preussischen Duma der Graf Arnim ihrer wahren Gesinnung gegen die Arbeiterschaft Ausdruck verliehen, indem die ersteren die Regierung zu einer Verschlechterung des Koalitionsrechtes durch ein Verbot des Streikpostenstehens, der letztere zu einer Neuaufgabe des Sozialistengesetzes anreizten, veröffentlichte das berühmte Dettel-Organ, die „Deutsche Tageszeitung“ einen Artikel, der an stupidem Haß gegen die Arbeiter so ziemlich alle ähnlichen bekannten Äußerungen jener Seite in den Schatten stellt. Es handelt sich da um ein langes Elaborat eines konservativen Zeitgenossen in der Monatsbeilage „Zeitfragen“ der „Deutschen Tageszeitung“ vom 20. Januar, das die bezeichnende Ueberschrift trägt:

### „Die Begehrlichkeit der Handarbeiterklasse und der Mittelstand.“

Des Geschreibsels kurzer Sinn ist der, den „Konservativen“ „geistigen Mittelstand“ etwas mehr mit dem Jaderbrod der Sozialpolitik zu lockern, dagegen der „angeblich hungernden“, in Wirklichkeit aber „immer mehr Lohn, immer höheres Lohnquantum und immer weniger Arbeit heischenden Masse“ kräftig den Hungerriemen anzuziehen und ihr die Faust aufs Auge zu drücken. Die Unverschämtheit dieses ehrenwerten Dettel-Genossen atmet so echt den konservativen Geist den Arbeitern gegenüber, daß wir dieser Clique nur dringend raten, ihn mit der gleichen Offenheit demnächst auch in ihren Wahlflugblättern zum Ausdruck zu bringen. Sie wird dann bei der Prezentation ihr blaues Wunder erleben unter den Arbeitern.

### Es heißt da z. B.:

„... Wie es heute vielfach in Großstädten den Malern und Bildhauern, Musiklehrern und Theaterleuten ergeht, ist geradezu anlagend für unsere Kulturhöhe, die den Handwerker verhöhnt, dagegen die höhere Arbeit verherrlicht.“

„All diesen gebildeten Verufen sieht der gewöhnliche und unwissendste Handwerker brillant in seiner Wochen-einnahme gegenüber.“

„Das verdient heute ernsthafte Beachtung und um so mehr, als die einseitig übertriebene „Arbeiterfürsorge“, die namentlich Wohlfahrtspflege zugunsten der niemals zufriedenen werdenden Unterkasse des Handlungers und der Tagelöhnerklasse nur Lohn und Spott... und die immer größere Begehrlichkeit der also Befürsorgten durch Lohntreiberei und Lohnquantumssteigerung gezeigt hat.“

Treffend hat im bayerischen Reichstag General v. Pfium unlängst die ganze weidlose Fürsorgepolitik gegenüber der unbillbaren Begehrlichkeit des heutigen Arbeitertums erörtert:

„Solange der Arbeiter jemand sieht, der es besser hat als er — nach seiner Meinung — bleibt er eben unzufrieden, und es wird auch immerzu



Leute geben, die ein Interesse daran haben, diese Unzufriedenheit zu benutzen. Nur durch rücksichtslose Strenge kann heute noch die Autorität gesichert und Kränkungen entgegengetrieben werden, die sobald nicht aus der Welt zu schaffen sind."

Der konservative Massenmenschen zitiert dann neben anderen einen amerikanischen Professor über den Handarbeiterwert unfreies Maschinenzeitalter" und knüpft daran die folgenden höchstigenen offenerzigen Bemerkungen,

„daß je mehr die Maschine leistet und die früher so wichtige und schmerzliche Handarbeit zurückgedrängt wird, die verblichenden handgrifflichen Leistungen nur angepaßt beschiedene Ansprüche ergeben können. In Wirklichkeit fordert aber dieses erweiterte Handlangerium die ungerechtfertigten Löhne mit fortgesetztem Handlangerium, um eben bequemlich über die Verhältnisse der Unterklassen sich ausleben zu können, statt mit zunächstliegender Sparsamkeit sich in das veränderte Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung im Gesamtinteresse einzufügen."

„Die Handarbeiterklasse kennt nur „Forderungen“; für die Pflege der nationalen Werte fehlt es da aus Prinzip an Willen und Verständnis, weil eben der alleinstimmig machende proletarische Zukunftsstaat das Ideal der roten Politik bleibt. Darum allernächste Fürsorge zur Kräftigung der Mittelklasse im weitesten Sinne, weil dies die nächstste Schwere für den Staat und seine Erhaltung im abhän- gigen Interesse beider ist, während die fortschrittliche Unversorgtheit des Handlangeriums bereits die dauernd unzulässigen und wirtschaftlich schädlichen Profiteerern in la Neu-Seeland (8 Stunden Arbeit bei 8 M. Normaltagelohn und drei Fest- feiertage pro Woche) herbeiwünscht, so daß nur noch die getriebenen Kapannen als Lebensversicherung zu diesem farnosen Zukunftsstaaten des Proletariats verbleiben“ . . .

Kräftigere Unversorgtheit als von einem nur mühsam die deutsche Sprache redirenden Edelmenschen sind der ausgegliederten Volksmehrheit kaum jemals ins Gesicht geschleudert worden! Und aufgeschult im Organ jener schmarogenden Minderheit, die sich von der Arbeit dieser Beschimpften ernähren, durch Brot, Fleisch und Schnaprenten sich von den „Handlangern“ alimentieren läßt. Wir danken der „Deutschen Tageszeitung“ für dieses ausgezeichnete Agitationsmaterial. Diese Sippe muß wirklich glauben, daß die Arbeiter eine Hundeseule haben, wenn sie meint, daß ihr solche Beschimpfungen nicht bei den nächsten Wahlen heimgezahlt werden!

## Außerordentlicher Parteitag der ungarischen Sozialdemokratie.

Budapest, 26. Januar. (Fig. Ver.)

Der außerordentliche Parteitag fand heute unter sehr starker Beteiligung der Partei- und Gewerkschaftsdelegierten statt. Aus der Hauptstadt und aus allen Gegenden des Landes waren Delegierte anwesend. Von den ausländischen Bruderparteien waren erschienen: Vanderey aus Belgien, Austerlich aus Oesterreich und Buszeg aus Kroatien. Die sozialdemokratische Partei Deutschlands hatte ein Begrüßungstelegramm geschickt. Die Eröffnungsrede hielt Parteileitung Duschinger. In martigen Worten machte er die erschienenen Delegierten auf den hohen Ernst der Situation aufmerksam, sie auffordernd, sich jedweder leidenschaftlichen Erregung zu enthalten und ruhig und besonnen, wie es ernst, entschlossenen Männern gebührt, ihre Beschlüsse zu fassen und dieselben dann zu halten.

Unter tosendem Beifall der gesamten Delegierten polemisierte der Vortragsredner gegen die Regierung; die Parteileitung ist von dem Ministerpräsidenten infam verkleumdet worden, als er behauptete, die Parteileitung reize die Massen des Volkes auf, entzöge sich aber feige der Verantwortung. Die Parteileitung befaßte sich weder einzeln noch insgesamt mit Glatzerhacher, sie verlaufe weder Bergwerke noch Festungen an den Staat, betriebe keine Häusermaklerie und habe keine Signalbahnen, auch dulde sie in ihrer Mitte keine Panamisten. Die Regierungsmitglieder dagegen hätten Grund, sich gerade wegen solcher Taten der Verantwortung zu entziehen. Nicht die Parteileitung ist es, die die breiten Massen des Volkes aufreizt. Aufreizung dagegen war es, was am 8. Juni des vergangenen Jahres im Reichstage geschah. Aufreizung ist es, daß die Löhne so niedrig, die Lebensmittel so furchtbar teuer, daß die Kultur im Lande auf so niedrigem Niveau steht. Die Parteileitung übernimmt jedwede die Verantwortung für ihre Taten, wird sich aber auch nicht das Recht nehmen lassen, die Regierung für ihre gesetzwidrigen Handlungen zur Rechenschaft zu ziehen.

Die Genossen Wandersmitten, Kusterlig und Buszeg hielten Begrüßungsansprachen. Das Referat zu dem einzigen Punkte der Tagesordnung: „Kampf gegen den Regierungswahlrechtsentwurf“ hatte Genosse Ernst Garami. Die Rede löste unbeschreibliche Begeisterung aus. Wie ein Mann erhob sich am Schlusse der Rede der gesamte Kongress und stimmte die Parteileitung an. Die vorgelegte Resolution, die ohne jede Änderung einstimmig angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut:

Der am 26. Januar 1913 abgehaltene außerordentliche Parteitag der sozialdemokratischen Partei Ungarns stellt fest, daß der Wahlrechtsentwurf der Regierung Unrecht und Unbill darstellt, daß die Könige in feierlicher Weise mehrmals gegebene Versprechen einlöst, noch den von der gegenwärtigen und den bisherigen Regierungen übernommenen Wahlrechtsverpflichtungen entspricht. Dieser Gesetzentwurf bietet weder das allgemeine, noch das gleiche Wahlrecht, entbehrt der geheimen Abstimmung, stellt den gegenwärtigen rechtsüberprüften Zustand nicht ein und befriedigt die Interessen der landwirtschaftlichen und gewerblichen arbeitenden Klassen, mügen diese Kleinbauern, Landarbeiter, Bürger oder gewerbliche Arbeiter sein, nicht im entferntesten Maße.

Der Parteitag fordert daher die organisierte Arbeiterklasse auf, daß sie gegen diesen Entwurf ohne Rücksicht den härtesten Kampf aufnehme und diesen solange fortsetze, bis dieser Entwurf und die Regierung, deren Wortbruch ihn schuf, verschwinden. — Der Parteitag stellt mit Bestimmtheit fest, daß dieser Kampf schon begonnen und nimmt mit Freude zur Kenntnis, daß an diesem Kampfe auch angelegene Schichten der Bürgerchaft teilzunehmen gedenken. Der Parteitag erklärt sich bereit zum gemeinsamen Kampf, nicht nur mit der vereinigten Opposition des Parlaments, mit welcher ihn auch die gemeinsame Vereinbarung bezüglich des Wahlrechts verbindet, sondern er ruft zu gemeinsamem Kampf auch die in ihren Interessen schwer geschädigte gesamte Bürgerchaft auf. Der Parteitag fordert zum gemeinsamen Sturm gegen den Wahlrechtsentwurf der Regierung Unrecht sämtliche fortschrittlich gesinnte Schichten der Bevölkerung, Ungarns auf. — Der Parteitag ermächtigt die Parteileitung, diesen Kampf mit allen Waffen zu führen, die sie für gut findet, und fordert die Parteileitung auf, im gegebenen Moment den auf das ganze Land sich erstreckenden Massenstreik

zu verkünden. Um dies zu ermöglichen, fordert der Parteitag die Parteileitung, sämtliche Organe und Organisationen der Arbeiterbewegung auf, die Vorbereitungen zum Massenstreik im ganzen Lande, bis auf die kleinsten Details sich erstreckend, zu treffen und dem von der Parteileitung ergehenden Aufruf sofort Folge zu leisten. Der Parteitag ermächtigt die Parteileitung, alle auf den Massenstreik Bezug habenden Verfügungen zu treffen.

Nach alledem erklärt der Parteitag: Falls trotz dieses Kampfes der Arbeiterchaft dieser Gesetzentwurf unter dem Schutze von Bajonetten und durch die im geschlossenen Kreise stattfindenden

Verhandlungen dennoch dem Lande aufgetroffen wird, nimmt die sozialdemokratische Partei an den auf der Grundlage dieses Gesetzentwurfes basierenden Wahlen nicht teil mit ihren ebentuellen Wahlberechtigten. Mit der ganzen Kraft ihrer organisierten Massen wird sie vielmehr die vereinigte parlamentarische Opposition unterstützen, um eine Revision des Wahlgesetzes zu erreichen. Die Partei wird alle Kraft daran setzen, daß diese Regierung und ihre Partei vernichtet und das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht innerhalb der kürzesten Frist zum Gesetze erhoben wird."

Vorher über die vorgelegte Resolution abgestimmt wurde, erhoben sich der Reihe nach die Vertreter der Eisenarbeiter, der Holzarbeiter, der Bekleidungsindustrie, der graphischen Fächer, der Lebensmittelbranche, der Vorlesearbeiter, um ihre Zustimmung zum Generalkampfe zu erklären. Dieselbe Erklärung gaben Parteivertreter aus West- und Südbanien, aus den Komitaten diesseits und jenseits der Donau und der Theiß, zuletzt auch die Vertreter der verschiedenen Nationalitätsparteien ab; alle versicherten Krieg bis auf's Messer gegen die Regierung führen zu wollen. Genosse Wolany schloß mit einer begeistert aufgenommenen Schlußrede den außerordentlichen Parteitag. Auf alle politischen Kreise hat diese gewaltige Kundgebung einen mächtigen Eindruck gemacht.

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 28. Januar 1913.

### Reichsgesundheitsamt und neue Militärvorlagen.

Aus dem Reichstage. Der Reichstag hat am Dienstag die am Sonnabend begonnene Aussprache über das Reichsgesundheitsamt fortgesetzt, aber noch nicht beendet.

Auch dieses Reichsamt hat eine Fülle von wichtigen Aufgaben zu erfüllen. Auf die Lage der Krankenpfleger und Krankenpflegerinnen gingen die Redner fast aller Parteien ein. Und das aus gutem Grunde. Haben doch die Erhebungen über die Lage dieser Arbeiter geradezu unerhörte Zustände aufgedeckt. Der Regierungsvorredner, Präsident des Reichsgesundheitsamtes Dr. Dum, erkannte dann auch an, daß hier eingegriffen werden müsse. Aber — die Angelegenheit liegt beim Reichsanwalt, die Erwägungen schweben noch.

Genosse Antrick erinnerte die Herren daran, daß er bereits vor zwölf Jahren die Mißstände nachgewiesen habe. Damals mußte er über sich die heftigsten Angriffe wegen seiner Behauptungen ergehen lassen. Er wies eingehend nach, daß die amtlichen Erhebungen durchweg zeigen, wie berechtigt seine damaligen Behauptungen über die Mißstände auf diesem Gebiete sind. Auch die Regierungen und die bürgerlichen Parteien hätten schon längst Kenntnis von den Mißständen haben und die nötigen Maßnahmen dagegen durchführen können. Daß sie dies nicht getan haben, ist in der Tat eine schwere Unterlassungssünde. Jetzt hat unsere Fraktion wieder einen Antrag eingebracht, der alle die Maßnahmen aufzählt und fordert, die hier notwendig sind. Der nationalliberale Abgeordnete Dr. Thoma suchte mit großem Eifer seine Partei gegen den Vorwurf zu schützen, den Genosse Antrick auf sie wie auf die anderen bürgerlichen Parteien wegen ihrer ablehnenden Haltung vor zwölf Jahren gerichtet hatte. Der Herr hat sich aber arg verhalten. Genosse Antrick wird ihm dies in dem weiteren Verlauf der Aussprache zeigen.

Genosse Jädel besprach in einer temperamentvollen Rede die Gesundheitsbeschädigungen, welche gewisse Arbeiten in der Baumwollweberei und das Lumpenlesen in der Kunststoff-fabrikation zur Folge haben. Hoffentlich wird das Reichsgesundheitsamt diese Beschwerden gründlich untersuchen und die dagegen notwendigen Maßnahmen vorschlagen.

Aus der weiteren Aussprache sind die Ausführungen über die Arbeiterverhältnisse in der Schwerindustrie hervorzuheben. Sie bestätigen, was Genosse Spiegel bereits am Sonnabend dargelegt hat.

Ferner wurden die Kindersterblichkeit, die Mißstände im Hebammenwesen und im Apothekenwesen, die Abnahme der Geburten usw. besprochen. Dabei gingen mehrere Redner auch auf die Ernährung der Kinder und auf die Bedeutung ein, die die Zufuhr guter und billiger Milch hat. Dies veranlaßte den Abg. Hoersch von den Konservativen, handelspolitische Maßnahmen gegen die große Einfuhr von Milch aus dem Auslande zu fordern. Den armen Leuten soll die Milch auch noch durch einen Schutz Zoll verteuert werden. Das ist die Art, wie die Konservativen die — große Kindersterblichkeit bekämpfen.

Sehr bedauerlich ist das Ergebnis der Aussprache über die Maul- und Klauenseuche. Die Hoffnungen, daß wir endlich ein Mittel zur wirksameren Bekämpfung dieser schweren Schädigung bekommen werden, hat sich nach der Versicherung des Regierungsvorredners leider noch immer nicht erfüllt. Um so notwendiger wäre eine sachgemäß durchgeführte Viehversicherung, die wenigstens den beteiligten Viehzüchtern den durch die Seuche verursachten Schaden ganz ersetzt und dadurch erst die Voraussetzung für ein tatkräftiges und frühzeitiges Vorgehen gegen die ersten Zeichen der Seuche schafft. Leider hat die bürgerliche Mehrheit des Reichstages einen solchen Antrag vor wenigen Tagen abgelehnt.

Zu Beginn der Sitzung wurden mehrere „Heine An- fragen“ beantwortet, darunter auch die des Genossen Dr. Gradnauer über die zu erwartende Militärvorlage. Die neue Erhöhung der Militärausgaben wird kommen. Wieviel dafür verlangt werden wird, das — soll das Volk erst später erfahren. Jetzt könnte die Höhe der dem Volke zugemuteten neuen Lasten für den Militarismus gar zu „aufbeherisch“ wirken.

Morgen kommt die Interpellation der Polen über die Enteignungen zur Sprache.

### Arbeitsplan des Reichstags.

Der Seniorenkonvent befaßte sich am Dienstag mit dem Arbeitsplan des Reichstags für die nächsten Tage. Am Mittwoch steht die Polen-Interpellation auf der Tagesordnung. Voraussichtlich wird der Reichsanwalt die Verantwortung der Interpellation ablehnen. Nach den neuen Bestimmungen der Geschäftsordnung wird die Besprechung auf Antrag aus dem Hause heraus aber trotzdem stattfinden. Am Donnerstag soll dann das Gesetz über die Jollerleichterung bei der Fleisch-einfuhr in zweiter Lesung beraten werden. Dann wird die Beratung des Etats des Reichsamtes des Innern zu Ende geführt. Im Anschluß daran gelangt der sozialdemokratische Wahlrechts-Initiativantrag zur Verhandlung. — Von verschiedenen Seiten wurde der Wunsch ausgesprochen, auf die Redner einzuwirken, sich möglichst der Kürze zu befleißigen.

### Eine Zentrumsaktion gegen Herrn v. Bethmann Hollweg.

Die polnische Reichstagsfraktion hat eine Interpellation wegen der Enteignung polnischer Gutbesitzer eingebracht, die an den Reichsanwalt die Frage stellt, was er zu tun gedenke, um dieser mit dem Geiste der Reichsverfassung und mit der Reichsgesetzgebung . . . unvereinbaren Maßnahme entgegenzutreten. Diese Interpellation ist auch von einem guten Schod Zentrumsabgeordneten unterzeichnet worden. Sicherlich wird ja auch das Zentrum, das sich im preussischen Abgeordnetenhaus mit Entschiedenheit wie gegen die preussische Polenpolitik überhaupt, so vor allen Dingen auch gegen die Enteignungspolitik erklärt hat, sich im Reichstag in seiner Gesamtheit für die polnische Interpellation ins Zeug legen müssen. Daß sich die Sozialdemokratie der Interpellation anschließen wird, versteht sich von selbst. Aber auch der Freisinn wird nicht umhin können, trotz aller etwaiger katastrophischer Regungen den Vorstoß der Polen zu unterstützen. Damit würde die ungeheure Mehrheit des Reichstags die preussische Politik des Reichsanwalters desavouieren, ganz gleich, ob es bei einer bloßen Aussprache bleibt oder ob die Erörterung in der Abstimmung über einen speziellen Antrag ihren handgreiflichen Ausdruck findet.

Daß die Polen, die ja im Grunde nur ein Anhängel des Zentrums bilden und ihr Vorgehen völlig den ultramontanen Wünschen anpassen, überhaupt eine solche Interpellation eingebracht haben, beweist die Kampfeslust des Zentrums. Das Zentrum läßt seinen Hebelanliegen in der Presse die parlamentarische Tat folgen! Herr v. Bethmann Hollweg erfährt die dringende Mahnung, den Zentrumswünschen schleunigst entgegen zu kommen. Und zwar wird nicht nur das Zentrum in Preußen die bereits ja von Herrn v. Schorlemer halb in Aussicht gestellte Verfassung der Fortbildungsschule durchzudrücken suchen, sondern auch Zugeständnisse in der Jesuitenfrage!

### Nationalliberale und Konservative.

Die Sehnsucht der Nationalliberalen nach einer Interessengemeinschaft mit den Konservativen hat sich in letzter Zeit merklich abgelöst. Nicht deshalb, weil die Friedberger und Fuhmänner zu besserer Erkenntnis der politischen Lage gekommen sind und ihre reaktionären Pläne vorläufig zurückgestellt haben. Das staatsmännliche Selbstgefühl der Herren hat sich nicht im geringsten vermindert, und nach wie vor fühlen sie sich dazu berufen, eine weit größere Rolle im politischen Leben Deutschlands zu spielen wie jetzt, das heißt, sie fühlen sich für einen recht hohen und gutdotierten Regierungsposten prädestiniert. Wenn demnach seit kurzem ihre Werbung um die Gunst der Konservativen beträchtlich schwächer geworden ist, so erklärt sich das erstens aus der lähnen Geringschätzung, mit der die um Heydebrand sie behandeln, und zweitens aus dem Bestreben der Konservativen, die industriellen Schorfsmacher Rheinland-Westfalens in ihre Rege zu locken. Vor allem hat die vor kurzem von Herrn v. Heydebrand in Düsseldorf gehaltenen Rede die Nationalliberalen verärgert; denn gerade das rheinisch-westfälische Industriegebiet betrachten sie als ihre Spezialdomäne.

Herr Fuhmann hat denn auch für nötig gehalten, in seiner vor drei Tagen in Essen gehaltenen Rede sich scharf gegen die Heydebrand'sche Agitation im Industriegebiet zu wenden und die Großindustriellen vor den konservativen Lockungen zu warnen. Nach dem „Hannov. Cour.“ sagte er:

„Wenn Heydebrand in seiner Rede vor 8 Tagen in Düsseldorf die Industriellen umworben habe, so werde er hier wenig Gegenliebe finden. Es sei bezeichnend, daß in dem offiziellen Bericht der Konservativen Korrespondenz die wohlwollenden Äußerungen Heydebrands über die Industrie gefehlt hätten. Er erinnerte an Heydebrands Wort in Wiesfeld vor zwei Jahren, das Maß der Freiheit, das die Industrie bedürfe, könnte ihr nie im vollen Maße durch die Konservativen gewährt werden. Die Vertreter des Nationalliberalismus seien Träger des Persönlichkeitsgedankens. Nicht die Massen wolle der Liberalismus herrschen lassen, wohl aber wolle er es möglich machen, daß aus den Massen jeder emporsteigen könne, der tüchtig sei, und hier liege der Gegenlag der Liberalen zu den Konservativen, die für die Konservierung der bestehenden Macht einträten. Um eine geblühende Politik in Preußen und im Reich gegenüber der Sozialdemokratie ermöglichen zu können, müsse ein gewisser Ausgleich der bürgerlichen Parteien herbeigeführt werden. Wenn man der Landwirtschaft ihr Wohlergehen gerne wünsche und an ihre Interessen nicht rühren wolle, so müsse doch auch eine gleiche Berücksichtigung der industriellen Interessen gefordert werden. Daß die Konservativen der Industrie nicht immer wohlwollend gegenübertraten, habe die letzte Beratung des Wassergesetzes bewiesen. Eine dauernde Beseitigung der Fleischnot könne nur durch eine umfassende innere Kolonisation erzielt werden, die an vielen Stellen freie Bauern an Stelle des Großgrundbesitzes treten lasse. Gleichberechtigung von Industrie und Landwirtschaft in Stadt und Land müsse die Parole sein. Wer mitten im Handel, Gewerbe und Industrie stehe, der sehe die Dinge auf dem Weltmarkt anders an als ein Rittergutsbesitzer auf dem Lande.“

### Militaristischer Zahlenschwindel.

Im „März“ schreibt Hermann Friedemann über die ziffernmäßigen Aufmachungen unserer Rüstungstreiber:

„Folgende Rechnung stammt vom Generalmajor Reim: Von den gesamten Staatseinnahmen werden für Heer und Flotte aufgewendet: In Deutschland 16 Proz.; in Rußland 23, Frankreich 29, Großbritannien 40, Schweiz 26 Proz. Schier aufreizend billig ist unsere Wehrmacht.“

Wer Staatberechnungen kennt, wird bei den 16 Prozent nur allzählig ersauern und rasch den Irrtum des Generals begreifen. Das deutsche Budget unterscheidet sich von denen anderer Länder durch riesige Bruttobeträge. Da im Durchschnitt der letzten sechs Jahre Heer und Flotte in allem mindestens 1300 Millionen kosteten, hätte, nach Reimscher Rechnung, der deutsche Haushalt rund acht Milliarden jährlich verbrauchen müssen; mehr als 20 Proz. des Volkseinkommens. Natürlich ist davon keine Rede; aber der Fehler durchsichtig. Das Reich (als solches) hatte im vorigen Jahre einen Etat von 2,7 Milliarden; rund 1 Milliarde entfällt auf Erwerbsausgaben und Matrifularumlagen, kommt also nur rechnerisch in Frage. Preußen, zur gleichen Zeit, verbrauchte 1100 Millionen bei einem buchmäßigen Etat von 3,745 Milliarden; entsprechend die übrigen Staaten. Rechnet man die Bruttobeträge zusammen, so ergibt sich die Reisesumme von 8,5 Milliarden; im Jahre 1908: 7,5. Daher also stammen Reims acht Milliarden. Tatsächlich ausgegeben, d. h. für allgemeine Staatszwecke aufgewendet sind im letzten Jahre dreieinhalb, fünf Jahre früher etwa drei Milliarden; durchschnittlich 3 1/4. Von dieser Summe aber sind 1300 Millionen nicht 16, sondern 40 Proz. Man könnte meinen, der Rechenfehler gelte für die anderen Länder in gleichem Maße; das trifft nicht zu. Der Abstand zwischen Brutto- und Nettoetat ist dort verhältnismäßig gering: Es fehlen die großen Erwerbsausgaben (Eisenbahn!) wie die verzwickten Matrifularumlagen.“

Seitwärts der „März“. In Wirklichkeit entsprechen die Zahlen des Herrn Generalmajors Reim noch viel weniger den Tatsachen. Denn wenn man sämtliche militaristischen Ausgaben hinzurechnet, wozu doch auch die Ausgaben für die Militärpensionen, die Kolonien und die Zinsen derjenigen Schulden gehören, die für militaristischen Zwecken dienende Anleihen kontrahiert worden sind, so betragen die Militär-



ausgaben nicht 1900 Millionen Mark im Jahre, sondern 2000 Millionen. Die Militärausgaben machen dann aber nicht 40, sondern ca. 60 Proz. der Reichs- und Staatsausgaben aus, während Herr Reim nur 16 Proz. zuzählt!

### Für 122 Millionen Mark Einfuhrzölle.

Mittels Einfuhrzölle ist im Kalenderjahr 1912 der Zoll im Betrage von 122 Millionen Mark bezahlt worden gegen 104,4 Millionen im Jahre 1911 und 122,4 Millionen im Jahre 1910. Von den 122 Millionen des Jahres 1912 kamen 80,9 Millionen Mark auf Weizen und Spelz, 17,4 Millionen Mark auf Hafer, 18,5 Millionen Mark auf Roggen, 8,1 Millionen Mark auf andere Getreide, 0,5 Millionen Mark auf Buchweizen und 0,4 Millionen Mark auf Mais und Hülsenfrüchte. — Diese 122 Millionen Mark müßten eigentlich für Zoll in den Häfen des Reiches sein, statt dessen sind sie in die Taschen der Agrarier geflossen.

### Wahlterrorismus bei den Reichstagswahlen zur Angelegenheitsversicherung.

Das Sammelbeden der reaktionären Angestelltenverbände, der „Hauptauschuss für die staatliche Rentenversicherung“, versucht ganz offen die fürzlich gewählten Vertrauensmänner, die in den nächsten Wochen die Reichstagswahlen zu den Organen der Versicherung zu wählen haben, durch nachdrücklichen Terrorismus zur Abgabe eines dem Hauptauschuss genehmen Stimmzettels zu bewegen.

Er hat, wie uns leider jetzt erst bekannt wird, durch Rundschreiben vom 11. Januar 1913 seinen Ortsvereinen folgende Anweisungen erteilt:

„Da die Stimmzettel spätestens am 20. Februar in dem Besitz der Vertrauensmänner sein werden, so ist dringend anzuraten, von diesem Tage ab eine ununterbrochene Bearbeitung der Vertrauensmänner durchzuführen. In der Zeit vom 20.—24. Februar muß deshalb täglich bei den Vertrauensmännern persönlich vorgefragt, täglich müssen sie zur Ausfüllung und Abgabe der Stimmzettel angehalten werden. Da die Stimmzettel bereits vordruckt geliefert werden, so wird bei sämtlichen Vertrauensmännern der beschriebene Vertreter den Umschlag mit dem ausgefüllten Stimmzettel verlangen und ihn dann selbst in den Briefkasten stecken. . . . Es wird wohl am zweckmäßigsten sein, wenn die in Nachbar- und ländlichen Kreisen wohnenden Vertrauensmänner kurzerhand zu einer dringenden Besprechung in Sachen der Rentenwahlen zur Reichsversicherungsanstalt eingeladen werden. In der Sitzung, zu der die Vertrauensmänner die Stimmzettel mitbringen müssen, wird deren richtige Ausfüllung besprochen und ausgeführt sowie die Abfertigung an den Präsidenten der Reichsversicherungsanstalt veranlaßt.“

Auf diese unverhohlene Weise sollen nicht nur die Erwählten des Hauptauschusses, sondern auch die sehr zahlreichen unorganisierten Vertrauensmänner „bearbeitet“ werden. Das Wahlergebnis, das im Gesetz ausdrücklich garantiert ist, wird damit illusorisch gemacht. Wenn so gewählt wird, sind die Wahlen ungültig. Was sagt der Präsident der Reichsversicherungsanstalt dazu?

### Die Fleischzufuhr aus dem Ausland.

Die Zufuhr an frischem Rindfleisch ist von 42000 Doppelzentnern im November auf 32000 im Dezember zurückgegangen. Damit übersteigt sie die Zufuhr des Dezember im Jahre 1911 nur noch um 10 000 Doppelzentner. In der Zufuhr von Rindfleisch des letzten Monats sind wieder in erster Linie beteiligt Dänemark mit 14 700, die Niederlande mit 8178 und Ausland mit 5079 Doppelzentnern. Es folgen Schweden und Frankreich mit weniger als 2000 Doppelzentner. Die Zufuhr von frischem Schweinefleisch hat eine kleine Steigerung erfahren: sie betrug im Dezember 48 837 Doppelzentner gegen 39 800 Doppelzentner im Monat vorher. Zum Vergleich sei angeführt, daß im Dezember des Jahres 1911 nur 1291 Doppelzentner Schweinefleisch eingeführt wurden. Die Zulassung von Schlachtkörpern aus den Niederlanden zur Abschachtung in öffentlichen Schlachthöfen großer Städte verursachte eine Zufuhr von 3087 Stück, das bedeutet einen Rückgang von fast 2000 Stück gegenüber dem Monat vorher.

Der Rückgang der Fleischzufuhr, der auf die Preissteigerung zurückzuführen ist, erscheint nicht verwunderlich. Er beweist nur, wie ungenügend die Regierungsmaßnahmen gegen die Teuerung sind.

### Frankreich.

#### Ein Tag der Dhmacht.

Paris, 25. Januar. (Eig. Ber.) Nicht von dem Anfall soll hier die Rede sein, der gestern dem in einem Uebermaß politischer Geschäftigkeit abgehenden Ministerpräsidenten Briand für eine Augenblicke das Bewußtsein raubte, als er vor einem misgestimmten Haus die Verheißung einer aufgedünnten Regierungserklärung vergeblich mit einem ebenso leeren Kommentar zu bedecken sich gequält hatte. Die Dhmacht, die der gestrigen Kammerung das Kennzeichen aufdrückte, war politischer Natur und ihr Opfer war die bürgerliche Politik überhaupt. Aus dem glücklichen Sommer, über dem die Sonne Poincarés leuchtete, ist ein eisiger Winter des Mißvergnügens geworden. Dieser Witterungsumschlag vollzog sich mit überraschender Schnelligkeit. Was ist seine Ursache? Die geringe Beilegung von radikalen Größen mit Ministerposten? Eine Ermannung des Radikalismus, um die „Veruhigungspolitik“ anzugreifen, die ihn einen Nachposten nach dem anderen hat verlieren lassen? Das Bedürfnis nach einer Nebanche für die Wahl von Versailles? Eines nur ist sicher: nämlich die unfreundliche Reserve, worin sich die Linksradikalen zurückzogen, während fast die ganze radikale Presse von Paris noch immer Poincarés zu Ehren in die Jubelposaunen stieß und sich bemühte, auch das neue Ministerium im großen nationalen Triumphzug ungefährdet durchzuführen.

Das erste Zusammentreffen der Regierung und der Radikalen ist nun merkwürdigerweise so ausgefallen, daß beide Teile gleichermaßen verpörrigt das Kampffeld verlassen haben. Und dies, weil sie es schon kampfunfähig betreten hatten. Die oppositionellen Radikalen verrieten ihre Desorganisation schon dadurch, daß sie für ihren linken Flügel Herrn Franklin-Bouillon vorschickten, einen banalen und ungeschickten Redner, der sich zum Gaudium der Progressisten als wahres enfant terrible erwies, wogegen der Sprecher ihrer gemäßigten Gruppe, der einstige Polizeipräsident Andrieux und Verfasser der bekannten Memoiren — ein prächtiger Vertreter der radikalen Demokratie, dieser ehemalige Boulanger und Lotharstein! — den Schwindel pompöser Regierungsprogramme, die immer wieder dieselben, nie beschlossenen „Reformen“ ankündigen, wohl blutig verhöhnte, aber mit seinem Angriff auf den Proporz die ganze Jämmerlichkeit der radikalen Bezirkspolitiker, die nichts gelernt und nichts vergessen haben, entblöhte.

Aber schlimmer noch schnitt Briand ab. Und doch hätte er durch eine entscheidende Erklärung für die Wahlreform eine günstige Situation für sich erringen können. Der Vorkämpfer des Proporz Benoit hatte klar ausgesprochen, worauf es bei der Reform ankommt: das Prinzip des Quotienten. Und Jaurès hatte unter dem Vorfall aller Proportionalisten den Radikalen mit wahrhaft zwingender Beredsamkeit gezeigt, daß ihre eigene Rettung als politische Partei von der Annahme der Reform abhängt. Briand aber ließ jeder unabweislichen Ausrufung über die Hauptfrage

aus, offenbar in der Furcht, seine radikale Hilfs-truppe abzuschrecken und hielt den Radikalen dafür eine Moralphause über politischen Idealismus, die in seinem Munde einen verstimmend falschen Klang bekommen mußte. Da ihm die gewohnte Resonanz fehlte, geriet er bald in Verwirrung, wiederholte dieselben Platteheiten immer wieder und trat plötzlich ab. Der Applaus von einem Halb-dutzend Deputierten wirkte wie Hohn. Der Präsident erklärte die Diskussion für geschlossen, ohne daß — ein in der parlamentarischen Geschichte der Republik einfach unerhörter Fall — eine Tagesordnung vorgelegt worden war. Schließlich brachte Briand — unter dem Einfluß seines Unwohlseins auf die Sentimentalität des Parlaments — ein mageres Vertrauens-votum heim. Die Radikalen stimmten teils für ihn, teils enthielten sie sich. Das Ministerium lebt nur noch von ihrer Feigheit, nicht von der eigenen Kraft.

### Ein Amnestieprojekt.

Paris, 28. Januar. Im Ministerrat wurde ein Amnestieprojekt in großen Zügen angenommen, das in sehr weitem Umfange auf wegen politischer und Prehdelikte, Verträge gegen das Versammlungsgesetz und Streitbergehen Verurteilte Anwendung finden soll.

### Belgien.

#### „Es lebe der Generalstreik!“

Man schreibt uns aus Brüssel unterm 26. Januar: In einer von Kampfsfreude und Begeisterung getragenen Massenversammlung hat gestern die Brüsseler Arbeiterchaft in ihren Wortführern der Regierung, die sich anschießt, mit einem vollstbedrückenden Militärgesetz anzurufen, aber sich selbst einer Diskussion über die Abänderung der schmächtlichen Wahlrechtsordnung bezw. der Verfassungsrevision widersetzt, die Antwort gegeben. Es war dieselbe Antwort, die Anseels am Donnerstag auch im Parlament Herrn von Broqueville zugerufen, als sich dieser in einer kaisinnigen und provokatorischen Kriegserklärung — diesmal ohne die Illusion einer „offenen Tür“ — vorzuspiegeln, rundweg gegen den von den Sozialisten gestellten Antrag, die Verfassungsrevision zur Tagesordnung zuzulassen, rundweg aussprach. Ihre Rede, Herr Minister, sagte dort Anseels, ist eine Kriegserklärung, ist eine Ohrfeige ins Gesicht des Volkes. Das Volk wird den hingeworfenen Handschuh aufheben und mit dem Generalstreik antworten. Und wie aus Anseels Munde in der Kammer, so ertönte am Sonnabend aus dem Munde der Brüsseler Arbeiterchaft während und nach Anseels Rede der Ruf: „Es lebe der Generalstreik!“ — Mit seiner hinstreichenden, mit der Seele des belgischen Arbeiters so vertrauten Volksstimmlichkeit forderte Anseels die Brüsseler Arbeiterchaft zur unermülichen Vorarbeit für den so gut wie unvermeidlichen Generalstreik auf. Den verbrecherischen Absichten der Regierung wird ein grandioser, aber zuverlässig friedlicher Generalstreik antworten! Mögen die, die heute drei und vier Stimmen besitzen, dann drei- und viermal so viel arbeiten, wenn die 500 000 Proletarier die Arme kreuzen werden. . .

„Wenn in Wochen der Ruf zu dieser stillen Schlacht an Euch ergehen wird, werdet Ihr bereit sein?“ fragte Anseels. Wie aus einem Munde stürmte dem Redner aus der Versammlung ein brausendes „Ja!“ entgegen, ebenso wie auf seinen Schlußruf: „Es lebe der Generalstreik!“ ein tausendstimmiges Echo antwortete. — Ueber das Militärprojekt und die von der Regierung geplante Militarisierung Belgiens sprach Vandervelde, der unter nicht milderer Spannung und Begeisterung der Zuhörer mit der ebenso militärfreundlichen wie wahrheitsfeindlichen Regierung abrechnete. Das glänzend verlaufene Meeting, das von Herrn v. Broqueville wohl weiter als „Drohung“ gescholten werden wird, spiegelte Willen und Kampfstimmung der Brüsseler Arbeiter.

### Rußland.

#### Eine Milliardenanleihe in Sicht!

Wie aus Brüssel berichtet wird, soll in allernächster Zeit eine russische Riesenanleihe im Auslande realisiert werden. Einige Blätter behaupten, die Anleihe werde eine Milliarde Franken betragen. Für die „Vorbereitung“ der Anleihe soll die den russischen Bestrebungen zugängliche Presse (zu ihr gehört beinahe der größte Teil der französischen bürgerlichen Presse) das runde Stümchen von zwei Millionen Franken erhalten, die unter 84 Zeitungen und Zeitschriften verteilt werden sollen.

### Marokko.

#### Wie das französische Protektorat besetzt wird.

Mogador, 27. Januar. Bei der Einnahme ihrer Kasbah durch die Franzosen haben die Anflus etwa 500 Mann verloren.

Paris, 28. Januar. Aus Mogador wird gemeldet, daß beim Sturm auf die Kasbah der Anflus ein Major gefallen ist. Auf Befehl des Generals Brulard wurde die Kasbah mit Dynamit in die Luft gesprengt.

Paris, 28. Januar. Nach einer Meldung aus Taurit wurde eine von Taurit nach Gersif abgegangene Karawane in der Nähe von Ain Drea von aufständischen marokkanischen Räubern überfallen und ausgeplündert. Zwei Begleiter der Karawane wurden von den Angreifern getötet.

### Aus der Partei.

#### Außerordentlicher Provinzialparteitag für das westliche Westfalen.

In Aalen im schwaben Ministerlande tagte am 26. Januar ein außerordentlicher Parteitag für das westliche Westfalen, der sich in der Hauptsache mit dem Landtagswahlrechtskampf und mit den bevorstehenden Landtagswahlen beschäftigte. Vom allgemeinen Parteivorstand war der Genosse Müller und vom Landesvorstand der Genosse Ernst aus Berlin anwesend. Der Genosse Leinert-Damover entwarf in großen Zügen die Geschichte des Landtages und des Wahlrechtskampfes in Preußen, und er ging des näheren auf den Stand der Frage nach dem besseren Preußenwahlrecht ein, sowie auf die Frage, wie wir die Wahlarbeit einrichten müssen, um die bestmögliche Wirkung zu erzielen. Der Bezirksvertreter, Genosse König-Dortmund, konnte erfreuliche Zahlen über die Entwicklung der Wahlorganisationen vorbringen und mitteilen, daß die Genossen im Bezirk gewillt sind in der Lage seien, den Wahlkampf mit aller Energie zu führen. Im weiteren wurde das Organisationsstatut für den Bezirk nach den Beschläffen des allgemeinen Parteitages und sonstigen Umständen entsprechend abgeändert. Den Bericht vom internationalen Kongress in Basel gab der Genosse Kluyß-Dortmund. Von einigen Genossen wurde die Art der Wahl des Delegierten — durch die Bezirkskommission — bemängelt. Die Mehrheit fand dies aber durch die Umstände, die vorlagen, genügend erklärt.

#### Ein Sechzigjähriger.

Genosse Ulrich-Offenbach beging am 28. Januar seinen 60. Geburtstag. Genosse Ulrich ist in Braunschw. geboren, seit 1873 aber in Offenbach wohnhaft. Dem Reichstag gehörte

Ulrich mit dreijähriger Unterbrechung seit 1890 an. 28 Jahre ist er Mitglied des hessischen Landtages und im Jahre 1898 wurde er als erster Sozialdemokrat in das Offenbacher Stadtparlament gewählt, wo die Sozialdemokratie jetzt die Mehrheit besitzt. Ulrich ist der mandatsstärkste deutsche Landtagsabgeordnete unserer Partei; er ist ein verdienstvoller Vorkämpfer unserer Bewegung, dem seine Ueberzeugung insgesamt etwa zwei Jahre Gefängnis eingetragen hat.

#### Zur Vergrößerung der „Humanität“

wird aus Paris geschrieben: Seit Sonnabend erscheint die „Humanität“ statt vier — sechs Seiten stark. Diese quantitative Veränderung bedeutet in qualitativer Beziehung eine Revolution. So unentbehrlich für den politisch Denkenden die Kenntnis der Artikel war, worin Jaurès, Sembat und andere führende Persönlichkeiten des französischen Sozialismus die Ereignisse der französischen und der internationalen Politik behandelten und welche Bedeutung auch der Angehörigen für die Aktion der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen hatte, so war doch infolge des mangelnden Raumes eine ausreichende und systematische Information der Leser auf allen die moderne Arbeiterchaft interessierenden Gebieten einfach unmöglich, und der Käufer der „Humanität“ war beinahe gezwungen, nebenbei noch ein bürgerliches Informationsblatt zu kaufen, um die Gegenstände selbst, die in der „Humanität“ der sozialistischen Kritik unterworfen wurden, kennen zu lernen. Diesen Uebelstand hilft nun die Vergrößerung des Blattes, die beinahe durch eine Obligationenleihe in der Höhe von 200 000 Fr. ermöglicht worden ist, erfreulich ab. Der Zeitraum ist durch die Reform tatsächlich verdoppelt. Zugleich ist der redaktionelle Betrieb vollständig umgestaltet worden. Besonders der Auslandsteil hat durch die Einrichtung eines regelmäßigen Depeschendienstes (Berliner Korrespondent ist Genosse Dr. Weill, dem ja die Ehre einer patriotischen Anrufung schon zuteil geworden ist) gewonnen. Der lokale, der literarische Teil und das Feuilleton sind gleichfalls ausgebaut. So kann die „Humanität“ auch in zeitungstechnischer Hinsicht den Kampf gegen die Vorgepresse wohl bestehen.

Diese neue Periode — die dritte ihrer Geschichte — ist mit einer energischen Propaganda eingeleitet worden. In der ganzen Stadt freies Camelots unter Kontrolle von Vertrauensmännern das Blatt aus, farbige Plakate und Volksversammlungen tun ein übriges. Unsere französischen Genossen dürfen gewiß sein, daß die herzlichsten Wünsche der sozialistischen Internationale den Kämpfer „Humanität“ begleiten, der jetzt in neuer Rüstung auf der Bahn vorwärts schreitet.

#### Sum Parteitag der englischen Arbeiterpartei.

London, 27. Januar. (Eig. Ber.) Am 29. dieses Monats wird in London der dreizehnte Parteitag der Arbeiterpartei stattfinden, dem am 28. die achte Jahreskonferenz der „Women's Labour League“ (Arbeiterinnenliga) vorangehen wird. In dem soeben erschienenen Jahresbericht des Parteivorstandes sind folgende interessante Angaben enthalten: Die Arbeiterpartei ist beinahe eine Organisation von Organisationen und nicht eine politische Arbeiterpartei im internationalen Sinne. Die Mitgliedschaft der der Partei angehörenden Organisationen betrug am Ende des Jahres 1912 1 880 401 gegen 1 539 092 im vorhergehenden Jahre. Das Wachstum der Mitgliedschaft ist ausschließlich auf das gewaltige Anschwellen der Reihen der Gewerkschafter im letzten Jahre zurückzuführen. Unter den angeschlossenen Organisationen befinden sich im Jahre 1912 130 Gewerkschaften (gegen 141 im Jahre 1911), 79 Gewerkschaftsartelle (gegen 83 im Jahre 1911) und 67 lokale Arbeiterparteien (gegen 66 im Jahre 1911). Für den Rückgang in der Zahl der Gewerkschaften ist hauptsächlich die Verschmelzung verschiedener Organisationen im vergangenen Jahre verantwortlich. Außer diesen Gebilden gehören der Arbeiterpartei noch an: die „Independent Labour Party“ mit 28 000 Mitgliedern, die Fabische Gesellschaft mit 3237 Mitgliedern, die Arbeiterinnenliga mit 5000 Mitgliedern und ein Konsumverein mit 1073 Mitgliedern. Das Gesamteinkommen der Partei im Jahre 1912 betrug 7340 Pfund Sterling und die Gesamtausgabe 10 302 Pfund. In der Ausgabe steht ein Betrag von 6000 Pfund, den die Partei in dem seit dem Monat Oktober erscheinenden „Daily Citizen“ angelegt hat. Ob sich das Blatt rentieren wird oder fallen kann, kann natürlich noch nicht angegeben werden. Dem Anschein nach haben die Annoncenagenten, die das Annoncengeschäft der Zeitungen in England beherrschen, das Blatt boykottiert; denn der „Daily Citizen“ bringt fast keine Annoncen. Unter diesen Umständen wird es wohl einen langen und harten Kampf kosten, ehe der Bestand dieses Arbeiterblattes gesichert ist. Mit der Agitations- und Organisationsarbeit sieht es nach wie vor noch sehr heikel aus. Die Partei gab in dem Berichtsjahr nur eine neue Flugchrift heraus. Es ist jedoch ein zaghafter Anfang bei der Entwicklung der Wahlorganisationen gemacht worden. Im Berichtsjahr wurde ein Betrag von 174 Pfund für lokale Arbeiterparteien ausgemworfen, die bauernd einen Organisator (Wahlagenten) anstellen. Im vergangenen Jahre hat der Parteivorstand 31 Kandidaten für verschiedene Wahlkreise genehmigt; außer diesen hat er noch eine Reihe Kandidaten auf der Liste, für die noch kein Wahlkreis gefunden worden ist. Aus den Berichten über die im Jahre 1912 abgehaltenen nationalen und internationalen Konferenzen und Kongresse ist besonders der über den Friedenskongress zu Basel hervorzuheben, der mit den Worten schließt: „Ihre Delegierten stimmen darin überein, daß diese Konferenz von gewaltiger Bedeutung und Wichtigkeit war und jeder von ihnen ist der Ansicht, daß sie die prächtigste internationale Zusammenkunft darstellte, an der er teilgenommen.“

#### Ein Demonstrationstreik in Riga.

Am 20. und 21. Januar wurden in sämtlichen Fabriken Riga Aufrufe des Zentralkomitees und des Rigaer Komitees der Sozialdemokratischen Letlands verbreitet, die die Arbeiter aufforderten, am 22. Januar, dem Gedenktag der russischen Revolution, durch einen Proteststreik gegen die Kriegsgefahr, die Hinrichtungen, die Niedermehlung streikender Arbeiter, die Verfolgung der Arbeiterorganisationen usw. zu protestieren.

Der Streik begann am Morgen des 22. Januar. Schon um 8 Uhr stand die Mehrzahl der Fabriken still. Die Arbeiterviertel waren wie ausgestorben. Auch die Straßen der inneren Stadt waren menschenleer. Ueberall defilierten berittene Polizei- und Militärpatrouillen. Um 4 Uhr wurde es in den Arbeitervierteln lebhafter. Langezüge manifestierender Arbeiter erschienen auf den Straßen, hier und da tauchten rote Fahnen auf. Um 6 Uhr veranstaltete die Nachschicht der Waggonfabrik „Wönig“ und einiger anderer Fabriken eine revolutionäre Demonstration, die von der Polizei mit Revolvergeschüssen auseinandergetrieben wurde. Etwas später fand in einem anderen Stadtviertel eine Demonstration unter zahlreicher Beteiligung der Arbeiter statt. Einige Schulkinder in Zivil gaben, als die Menge zu demonstrieren anfing, zu provokatorischen Zwecken einige Schüsse in die Luft ab, worauf eine Polizeiabteilung aus einem Hinterhalte hervorstürzte und eine Salve auf die Demonstranten abgab. Etwa 30 Personen wurden verhaftet und unter starker Bedeckung zur Polizei geführt. — Insgesamt streikten an diesem Tage in Riga 80 000 Arbeiter, mehr als am 1. Mai. —

#### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

##### Preßprozesse.

Zu 50 R. Strafe wurde vom Schöffengericht Leipzig Genosse Liepmann als verantwortlicher Redakteur der Leipziger Volkszeitung verurteilt, weil in unserm Leipziger Parteiblatt ein nicht organisierter Steinarbeiter als „teuere Person“ und „streitsüchtiger Staatsanwaltschaftsgegner“ bezeichnet worden war.

Eine scharfe, aber gerechte Kritik hatte die „Korbhauer Volkszeitung“ an der Weigelpädagogik geübt, die der Redaktion aus einigen Orten des Verbreitungsgebietes gemeldet worden war. Es erfolgte Anklage und, obwohl der Wahrheitsbeweis lückenlos erbracht wurde, kam das Gericht doch wegen formaler Verletzung zu einer Verurteilung des verantwortlichen Redakteurs, Genossen Pabst, zu 300 R. Geldstrafe.



# Gewerkschaftliches.

## Egoismus und Solidarität.

Das Unternehmer- und Schmarfhaftertum rettete aus der Phrasologie des Mandatertums einige Schlagworte, mit denen man sich der Arbeiterkraft gegenüber als Moralprediger und nationalökonomischer Wissenschaftler aufspielt. Hierher gehören die Schlagworte von der „Freiheit der Arbeit“ und der „Selbstverantwortlichkeit“. Was steckt dahinter? Die wirtschaftliche Entwicklung hob sogar für den Unternehmer die Freiheit der Arbeit in gewissem Sinne auf. Kartelle, Syndikate usw. weisen dem einzelnen Unternehmer den Umfang seiner Produktion an, bestimmen die Verkaufspreise und verteilen oft auch die Absatzmärkte. Für den Unternehmer reduziert sich die „Freiheit der Arbeit“ in wachsendem Maße darauf, seine Arbeiter so schlecht zu behandeln als ihm beliebt, oder ihm durchzusetzen die Verhältnisse gestatten. Auf das Recht, Herr im Hause zu sein, pocht er nur den Arbeitern gegenüber. In die Festsetzung der Arbeitsbedingungen möchte er niemanden hineinreden lassen; die Auswahl der Arbeiter erklärt er für sein alleiniges, unveräußerliches Recht. Selbstherrlich will er darüber entscheiden, welche Arbeiter er beschäftigen will, welche nicht.

Der Staat als Arbeitgeber beansprucht noch größeren Spielraum für die Willkür. Er nimmt das Recht in Anspruch, Staatsbürger, die nicht einer von der herrschenden Gesellschaft gebilligten Gesinnung sind, von der Beschäftigung in Staatsbetrieben auszuschließen. Er macht sich weiter an, für die Gnade, Staatsbeamter zu sein, eine Verzichtleistung auf andere staatsbürgerliche Rechte zu verlangen. So verstehen die Vertreter der herrschenden Gesellschaft ihr Recht von der Freiheit der Arbeit. Den Arbeitern wandeln sie es in die Willkür zu jeder Arbeit um. Das Streikrecht ist den Unternehmern ein Grenzfeld, der Streikbruch natürlich eine lobens- und schützenswerte Tat. Die kapitalistische Moral will dem einzelnen Arbeiter sogar verbieten, sich der Gemeinschaft mit Solidaritätsbrechern zu entziehen. Es kommt vor, daß organisierte Arbeiter ihre Kündigung einreichen, weil in dem Betriebe einige solcher Zeitgenossen Aufnahme gefunden haben, deren Tätigkeit und Gogenwart Widerwillen erregt. Befürchtet der Unternehmer von dem Weggang der Organisierten eine Profitenbuße, weil auf ihre sachliche Tüchtigkeit das Prosperieren des Unternehmens beruht, dann bequemt er sich wohl dazu, unter dem Angebot, die Solidaritätsbrecher zu entlassen, eine Zurücknahme der Kündigung zu erlangen. Wird das Angebot akzeptiert, wogegen gar nichts einzuwenden wäre, dann erhebt sich in der gewerkschaftsfeindlichen Presse ein lärmendes Entrüstungsgetöse über sozialdemokratischen Terrorismus. In Wirklichkeit haben die betreffenden Arbeiter von der Freiheit der Arbeit einen nur sehr bescheidenen Gebrauch gemacht. Wenn der Unternehmer das Recht hat, zu kündigen, wenn ihm die Nase eines Arbeiters nicht paßt, warum sollten Arbeiter nicht kündigen dürfen, um der Gegenwart von Elementen mit lumpigem Charakter zu entgehen? Das Terrorismusgeschrei wegen solcher Vorfälle entspringt Heuchelei oder der durch kapitalistisches Interesse bedingten Inkonsequenz. Am widerlichsten gebärden sich dabei die Christen. Erklären doch sie es für gerechtfertigt, Arbeiter wegen ihrer politischen Gesinnung von der Beschäftigung auszuschließen oder zu mahregeln.

Wie bei dem Schlagwort von der Freiheit der Arbeit, zeigt sich die zweifelhafte Moral bei dem von der Selbstverantwortlichkeit. Man hört es im Kampfe gegen die Sozialpolitik. Der Arbeiterklub und die Arbeiterversicherung wirken angeblich demoralisierend. Sie sollen das Selbstverantwortlichkeitsgefühl erstickend, die Spannkraft lähmend, die Sorge um das Fortkommen aufheben, zu Sorglosigkeit und Leichtsinne verführen. Betrachtet man die Praxis, so ist un schwer zu erkennen, daß die Unternehmer die Betätigung der Selbstverantwortlichkeit und der Sorge um das Fortkommen mit allen Mitteln der kapitalistischen Tyrannei bestrafen. Die Arbeiter aber, die sich dabei als Hausknechte des Kapitals gebrauchen lassen, preisen sie als Edelinge der Nation, und wenn es die charakterlosesten Elemente sind.

Unter der Herrschaft des Kapitals ist der einzelne Arbeiter ohnmächtig, ein Objekt der ungehemmten Profitgier. Nur in Gemeinschaft mit seinen Arbeitsbrüdern, seinen Massengenossen, kann er sich gegen die Angriffe des Kapitals schützen. Die Solidarität wird zu einer Pflicht aus Selbstverantwortlichkeitsgefühl. Der Arbeiter weiß: verläßt er sich auf die Gnade des unheimlichen Kapitals, dann würgt es ihn zu Boden, drückt sein Einkommen unter das Existenzminimum herab, verurteilt ihn und seine Angehörigen zu Not und Entbehrung, untergräbt ihrer aller Gesundheit, stürzt sie frühzeitig ins Grab. Die Verhältnisse machen die Solidarität zu der das Allgemeininteresse am besten schützenden Bürgertugend. Kein schlimmeres soziales Vergehen, als die Solidaritätsbrecherei. Und dabei steht der Streikbruch oben! Sein Beweggrund ist in den meisten Fällen schamhüßig, verächtlicher Egoismus, jener Egoismus, der auf Kosten anderer Vorteile zu ergattern sucht. Bestenfalls entspringt die unverantwortliche Handlungsweise des Streikbrechers mangelnder Einsicht; immer aber verdient sie die Arbeitsgenossen und ist dem Allgemeinwohl nachteilig. Die Unternehmer aber machen den Streikbrecher zu einem Staatsbürger besonderer Güte. Sein gemeines oder mindestens doch schädliches Tun soll durch Ausnahmegesetze geschützt und prämiert werden. Und das nennt man wieder: die „Freiheit der Arbeit“ schützen! Tatsächlich soll der Streikbrecher die Freiheit der Ausplünderung schützen, die Profitmacherei fördern.

So versteckt sich hinter all der kapitalistischen Unwahrheit, hinter dem Moralisieren der herrschenden Gesellschaft, hinter seiner Phrasologie von der Freiheit der Arbeit und Selbstverantwortlichkeit das brutale Bestreben, jede Freiheit und Selbstbestimmung zu unterdrücken, die Arbeit zu knechten, dem Kapital in seiner Jagd nach Profit jedes Hindernis aus dem Wege zu räumen.

### Berlin und Umgegend.

#### Die Tarifbewegung der Kostümschneider.

In gutbesuchter Versammlung nahmen die Kostümschneider und Schneiderinnen einen Bericht über den gegenwärtigen Stand der durch die erfolgte Kündigung des Tarifs eingeleiteten Lohnbewegung entgegen. Der Referent Friedrich Kunze gab einen Überblick über den seit vier Jahren bestehenden Tarif für die Kostümschneider und erklärte, daß nicht alle Arbeiter den Gebrauch von dem Tarif gemacht haben, den sie machen konnten und sollten. Daß oft nicht mehr erreicht würde, liege vielfach an den weiblichen Arbeitern, die die Erwerbsarbeit nur als eine vorübergehende ansehen und daher der Organisation nicht den nötigen Wert beimessen, sowie die gegebene Situation nicht mit dem nötigen Ernst betrachteten. Mit dem vor-

gelegten Tarif, in dem neben einer generellen Lohnhöhung vor allem Wert auf eine Verkürzung der Arbeitszeit gelegt wurde, hätten sich bereits drei Sektionen der Unternehmer- und Arbeitervertreter befaßt. Hätten die Unternehmer auch in der Lohnfrage einige Zugeständnisse gemacht, so wehrten sie sich entschieden gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit. Die Arbeitervertreter betonten demgegenüber, auf eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht verzichten zu können. Bringe doch die lange Arbeitszeit große Gefahren in körperlicher und gesundheitlicher Hinsicht. In der ersten und zweiten Sitzung sei es zu einer Einigung über die beiden Hauptpunkte nicht gekommen. Um die Verhandlungen aber nicht zum Scheitern kommen zu lassen, habe die Ortsverwaltung des Verbandes den Unternehmern eine schriftliche Erklärung unterbreitet, die den grundsätzlichen Standpunkt der ganzen Angelegenheit präzisierete. Die Unternehmer hätten längere Zeit über den Inhalt der Erklärung allein beraten, schließlich aber den darin enthaltenen Lohnforderungen zugestimmt, wenn die Arbeiter, die auf eine Verkürzung der Arbeitszeit gerichtete Forderung fallen lassen würden. Kunze gab nunmehr das letzte Angebot der Unternehmer bekannt und erbat, die gemachten Vorschläge einer genauen Prüfung zu unterziehen. Sollte man die Vorschläge nicht annehmen, so müsse man sich vergegenwärtigen, daß es dann zum Konflikt kommen könne.

In einer sehr lebhaft geführten Debatte wurden die von den Unternehmern gemachten Zugeständnisse als viel zu gering bezeichnet. Man führte die in Großstädten des Auslandes gezahlten Löhne zum Beweise dafür an, wie wenig in Berlin noch gezahlt werde. Mehrere Redner verlangten, daß unbedingt an der Verkürzung der Arbeitszeit festgehalten werde. Auch müsse die Bezahlung der Feiertage gefordert werden. — Schließlich gelangte jedoch nachstehende Resolution mit überwiegender Mehrheit zur Annahme:

„Die in den „Arminhallen“ tagende Kostümschneider-Versammlung erklärt sich nach Kenntnisnahme des Berichtes über die bisherigen Verhandlungen mit ihren Vertretern dahin einverstanden, daß die Verhandlungen an der Frage der Arbeitszeitverkürzung nicht scheitern sollen und beauftragt ihre Vertreter, dahin zu wirken, daß entsprechend einer Verzichtleistung in dieser Hinsicht unter Berücksichtigung der derzeitigen Wirtschaftslage im neuen Lohnvertrag angemessene Lohnsätze festgelegt werden.“

Die Versammlung erklärte ausdrücklich, daß sie zu diesem Entschluß nur deshalb kommen, weil die derzeitige Wirtschaftslage es notwendig macht, augenblicklich mehr auf die Steigerung des Lohnes Rücksicht zu nehmen und erwarten daher, daß arbeitgeberseits das von der Arbeiterschaft in dieser Hinsicht gezeigte Entgegenkommen gewürdigt wird.“

Nach Annahme der Resolution wurden die Tarifberatungen weiter fortgesetzt. Die Arbeiter werden dann zu dem Gesamtarif nochmals Stellung nehmen und sich durch eine Abstimmung für dessen Ablehnung oder Annahme entscheiden.

**Achtung, Töpler!** Wegen Tarifbruch und Beschäftigung von Wilden sperren wir hiermit die Firma Max Reizner, Berlin, Reinholdsdorfer Straße 48. In Betracht kommt der Bau Schulstraße 112, Berlin, Bauherr Lude. Die Verbandsleitung.

### Deutsches Reich.

#### Eine gelbe Angestelltenvereinsgründung.

Die mitteldeutschen Metallindustriellen versuchen jetzt nicht nur den freien Arbeitergewerkschaften gelbe Gründungen entgegenzustellen, sondern sie versuchen nach gleichen Methoden die Bestrebungen der Angestelltenvereine zu hemmen und niederzuschlagen.

Von den Industriebeamten haben sich in den letzten Jahren die Techniker am meisten gerührt. Erst im Bund der technischen Industriellen Beamten und dann im Deutschen Technikerverband haben sie gewerkschaftlichen Verbandsformen zugesiebt. Diese Entwicklung hat sich nicht ohne Widerstände durchgesetzt. Im Deutschen Technikerverband sind die Reaktionsbestrebungen jetzt so stark geworden, daß der Beschluß des Kölner Verbandstages, den Streik als notwendige Waffe auch für das Gewerkschaftsleben des Technikers zu erklären, widerrufen wird. Die Staats- und Gemeindefunktionäre sind vor den Behörden zu Kreuz gekrochen, sie haben auf das Streikrecht verzichtet.

Die Unternehmer selbst haben nun einen neuen Vorstoß gemacht, um die Radikalisierungstendenzen unter den Technikern aufzuhalten. In Hannover ist am Sonntag ein gelber Technikerverein aus der Taufe gehoben worden. Er nennt sich „Ständesverein deutschnationaler Techniker“. Die Satzungen unterscheiden sich nicht von den übrigen gelben Statuten; politisch wird gegen die Sozialdemokratie Stellung genommen, gewerkschaftlich der Streik natürlich abgelehnt und die Interessensharmonie zwischen Unternehmern und Angestellten propagiert.

Die Geldquellen dieser Gründung sind: der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und der Arbeitgeberverband der mitteldeutschen Metallindustriellen! Nicht weniger als zwei Reichsverbandssekretäre, Komoll und Bogeler, und ein Repräsentationsvertreter waren bei der Gründungsversammlung anwesend. Die „Gründer“, die ihren Namen hergegeben haben, unterliegen ferner nicht, das Interesse der Unternehmer an diesem neuen „Ständesverein“ zu betonen.

Die Unterchriften zu dieser neuen Ständesvereinigung sind in denselben Kreisen gesammelt worden, die auch die Revision des Kölner Verbandstagsbeschlusses durchgeführt haben. Man sucht der Auseinandersetzung mit den Unternehmern auszuweichen. — Die Neugründung wird ebensowenig die Entwicklung der Angestelltenbewegung zur Gewerkschaft aufhalten, wie die übrigen gelben Vereine die Entwicklung der Arbeiterbewegung aufhalten können.

#### Die christliche Streikbrechervermittlung geht weiter.

In Sarstedt bei Hannover haben in der Herdfabrik A. Woh die freiorganisierten Metallarbeiter die Kündigung eingereicht. Die Firma hatte für ihren Betrieb einen gelben Werkverein gegründet. Die Beamten und Meister des Betriebes veranlaßten die Arbeiter, in diesen Werkverein einzutreten, trotzdem dies nach einem Einigungsprotokoll und nach Verhandlungen mit der Organisation untersagt war. Den Arbeitern wurde wegen Arbeitsmangel gekündigt. Während der Kündigungszeit aber wurde ihnen nahegelegt, in den Werkverein einzutreten, dann könnten sie weiter arbeiten. So sind im Laufe der Zeit vierzig Arbeiter unter den niedrigsten Löhnen entlassen worden. Da sich die Firma nicht zur Beachtung der Vertragsbedingungen verstehen konnte, kündigten die Metallarbeiter zum 25. d. M. — Der christliche Metallarbeiterverband „billigt“ nun dieses Vorgehen nicht; er gibt eine andere Sachdarstellung und sagt, er könnte für seine Mitglieder den Streik nicht befehlen. Damit nicht genug, wurden von Minden i. W. aus christliche Metallarbeiter nach Sarstedt vermittelt. Ein vom christlichen Verbands von Minden nach Sarstedt übermittelter Arbeiter zog es nach Aufklärung der Situation vor, dort nicht Arbeit zu nehmen. Ein zweiter Arbeiter aus Minden erklärte, daß er vor acht Tagen auf Veranlassung der christlichen Organisationsleitung die Arbeit in Minden niedergelegt habe. Er habe mit einer größeren Zahl ausgeperrter Arbeiter nach Sarstedt fahren sollen. Da sich weitere Arbeiter noch nicht gemeldet hätten, sei er zunächst allein auf Kosten des christlichen Verbandes nach Hannover geschickt und von dort durch einen Beamten des Verbandes mit einem Schreiben nach dem Betriebe von Woh in Sarstedt geschickt worden. Auch dieser Arbeiter erklärte, von der Sachlage nicht unterrichtet zu sein und bei der Firma nicht Arbeit nehmen zu wollen. Dem christlichen Metallarbeiterverband wurde das Angeheuerliche der Sache vor-

gestellt, und der Angekündigte versprach auch, weitere Arbeiter nicht mehr zu schicken. Trotzdem kamen wenige Tage darauf abermals zwei Mann aus Minden. So vermittelte also die Christlichen ohne Scham Streikbrecher auch nach anderen Orten.

#### Ueberstundenwirtschaft in einem Staatsbetriebe.

Aus Wilhelmshaven wird uns geschrieben: Im Ressort II der Kaiserlichen Werft werden seit einiger Zeit von etwa 200 Arbeitern täglich mehrere Ueberstunden zu machen verlangt, ebenso mußte Sonntags 9—12 Stunden gearbeitet werden. Man begründet diese Maßnahmen mit starker Arbeitsanhäufung. Von einer Bremer Privatwerft sind sogar 30 Arbeiter entlassen, die zu ihrem Lohn einen erhöhten Zuschlag und 3 M. Auslagegebühren pro Tag erhalten. Da an die betreffende Privatwerft noch eine Vermittlungsgebühr bezahlt wird, entzieht sich unserer Kenntnis. Die Uebermäßige Ueberstundenwirtschaft ist um so bedauerlicher, als in Wilhelmshaven und der benachbarten Arbeiterstadt Rüssingen augenblicklich eine starke Arbeitslosigkeit herrscht und vielen Familienvätern ein Verdienst erwünscht wäre. Hierfür scheint der Werkverwalter leider das nötige Verständnis zu fehlen.

#### Zahlen beweisen!

Alle drei Jahre finden für die Arbeiterausschüsse der Münchener städtischen Betriebe die Neuwahlen statt. Es ist das ein Gradmesser, welchen Anhangskreis die einzelnen Organisationsrichtungen haben. Wenn es nämlich auf die Sprüche anläßt, so würden die Christlichen auch jetzt noch, wie vor einem Jahrzehnt, die größte Mitgliederzahl haben. Auch bei der Wahl des Arbeiterausschusses am 26. Januar für die größte Gruppe, das Stadtbauamt, glaubten die Christlichen einen Erfolg für sich herauszuschlagen zu können. Breitpurzig schrieben sie in einem handbühnenem Flugblatt folgendes:

„Zahlen beweisen! Zeigt am Wahltage durch eine lebhafteste Wahlbeteiligung, daß unser Verband bei den Arbeitern des Stadtbauamtes einen großen Einfluß ausübt, daß wir nicht ein paar Duzend, sondern Hunderte von Mitgliedern in diesem Betriebe allein haben.“

Hätten die Moser ihre Blamage vorausgesehen, und das hätten sie müssen, wenn sie auch nur einigermaßen die Zeichen der Zeit zu deuten verstanden, so wären sie wohl etwas bescheidener aufgetreten.

Bei der Wahl im Jahre 1910 erhielten die Christlichen 419 (40 Proz.) der freien Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter 634 (60 Proz.) der abgegebenen Stimmen. Der freie Verband erhielt 7, die Christlichen 1 Mandat und zwar jenes der Stadtbauamt. Bei der am 26. Januar 1913 erfolgten Wahl wurden für den freien Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter 852, für die Christlichen 248 Stimmen abgegeben. Die freie Organisation konnte infolgedessen 218 Stimmen mehr buchen, während die Christlichen 171 Stimmen verloren. Das prozentuale Verhältnis stellt sich folgendermaßen: die freie Organisation 78, die christliche Organisation 22 Proz. der abgegebenen Stimmen. An Mandaten erhielt der freie Verband wieder 7, der christliche wieder ein Mandat und zwar wieder jenes der Stadtbauamt. Hätten jedoch nur fünf Wähler anders gestimmt, so wäre auch dieses letzte Christen-Mandat zum Teufel gegangen.

Da auf Grund bestimmter Beobachtungen behauptet werden kann, daß der christliche Mitgliederstand bei den Arbeitern des Stadtbauamtes im Höchstfalle die Zahl der für sie abgegebenen Stimmen erreicht und in anderen städtischen Betrieben fast auf den Raum nachzuzählen ist, wie viele Leute der christlichen Organisation angehören, so muß die Angabe, daß die Christen in den Münchener städtischen Betrieben über 500 Mitglieder zählen, als eine glatte Unwahrheit bezeichnet werden; die Christlichen mögen froh sein, wenn sie wirklich 300 zahlende Mitglieder zusammenbringen. Denn „Zahlen beweisen!“

Vor einigen Tagen fand auch die Wahl des Arbeiterausschusses beim Elektrizitätswerk statt. Dort verloren die Christlichen ihr letztes Mandat. Auch die Kirch- und Dunderischen hütten von den zwei Mandaten eines ein und schon ein Wähler hätte genügt, um auch das letzte Mandat der Kirche zu Fall zu bringen. Die Arbeiterausschüsse für das Gaswerk und für die Straßenbahn wurden bereits im Vorjahre gewählt; sie sind ausnahmslos von freiorganisierten Arbeitern besetzt.

Im Laufe der kommenden Woche erfolgt noch die Wahl für den Holzhof, den Marsial und das Volkshaus. Auch dort liegen die Verhältnisse so, daß die freie Organisation den Sieg davontragen wird, obwohl diese an sich ganz kleinen Betriebe nicht von der Bedeutung sind, wie die großen industriellen Unternehmungen der Stadtgemeinde.

Für die freiorganisierten Arbeiter nicht nur in München, sondern in ganz Deutschland muß dieser Wahlausfall ein Ansporn sein, die nur noch wenigen der christlichen Organisation angehörenden Gemeindearbeiter restlos für den freien Verband zu gewinnen.

## Letzte Nachrichten.

#### Die Balkandelegierten packen ihre Koffer.

London, 28. Januar. Die des Reuterische Bureau erfährt, haben die Delegierten der Balkanverbündeten ihre Note dem Kisten der Delegierten, Nowakowitsch, übergeben, der sie Reschid Bascha überreichen soll, sobald er es für angebracht hält. Es ist Grund zu der Annahme vorhanden, daß die Note morgen überreicht werden wird. Die Delegierten der Verbündeten meinen, daß sie mit der Ueberreichung der Note ihre Mission in London beendet haben. Der Tag ihrer Abreise ist indessen noch nicht festgesetzt worden. Benizelos reist vor Ende der Woche nach Athen ab. Die Mehrzahl der Delegierten wird London wahrscheinlich in wenigen Tagen verlassen. Nach Reuters Informationen erwähnt die Note das Ende des Waffenstillstandes nicht. Ueber diese Frage werden die Regierungen und die Oberbefehlshaber im Felde entscheiden.

#### Millerands Rechtfertigungsversuch.

Paris, 28. Januar. (B. T. V.) In der republikanisch-sozialistischen Gruppe der Kammer gab der frühere Kriegsminister Millerand Aufklärungen über die Wiedereinstellung Du Paty de Clams. Die Gruppe sprach im Einvernehmen mit Millerand die Ueberzeugung aus, daß es wünschenswert sei, diese Angelegenheit in der Kammer zur Sprache zu bringen, und beauftragte den Deputierten Viollette, am nächsten Freitag an den Kriegsminister Etienne darüber eine Anfrage zu richten.

#### Die autonome Wandschürei.

München, 28. Januar. (B. T. V.) Für die Wandschürei ist das Amt eines Oberkommandierenden der Streitkräfte und das eines Residenten geschaffen worden, der in wichtigen diplomatischen Fragen selbständig entscheiden und mit den Vertretern des Auslandes verkehren soll.

#### Folgeschwere Dynamitexplosion.

Zellswetpol (Transkaukasien), 28. Januar. (B. T. V.) Auf den Kupferwerken der Gebrüder Kaudarow wurden durch eine Dynamitexplosion sechs Leute getötet. Ein zweistöckiges Gebäude wurde völlig zerstört.



Reichstag.

90. Sitzung, Dienstag, den 28. Januar 1913, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Delbrück, Wumm.

Kurze Anfragen.

Abg. Baffermann (natl.) fragt, ob dem Reichskanzler bekannt ist, daß in China jeder höheren Elementarschule eine fremde Sprache und zwar in der Regel die englische gelehrt werden muß...

Abg. Baffermann (natl.) fragt, ob dem Reichskanzler Mitteilung darüber geworden sind, daß England, Frankreich und Rußland bestimmte Vereinbarungen über eine Abgrenzung der gegenseitigen Interessensphären zu den armenischen, syrischen und arabischen Gebietssteilen der Türkei getroffen haben...

Abg. Baffermann (natl.) fragt, ob dem Reichskanzler Mitteilung darüber geworden sind, daß England, Frankreich und Rußland bestimmte Vereinbarungen über eine Abgrenzung der gegenseitigen Interessensphären zu den armenischen, syrischen und arabischen Gebietssteilen der Türkei getroffen haben...

Abg. Dr. Gradnauer (Soz.) fragt, ob der Reichskanzler Auskunft zu erteilen in der Lage ist, ob und inwieweit die angelegten amtlichen Informationen beruhenden Zeitungsmeldungen der Wahrheit entsprechen...

Abg. Dr. Gradnauer (Soz.) fragt, ob der Reichskanzler Auskunft zu erteilen in der Lage ist, ob und inwieweit die angelegten amtlichen Informationen beruhenden Zeitungsmeldungen der Wahrheit entsprechen...

Abg. Dr. Gradnauer (Soz.) fragt, ob der Reichskanzler Auskunft zu erteilen in der Lage ist, ob und inwieweit die angelegten amtlichen Informationen beruhenden Zeitungsmeldungen der Wahrheit entsprechen...

Etat des Reichsamts des Innern.

Elfter Tag.

Die Beratung wird beim Kapitel „Reichsgesundheitsamt“ fortgesetzt.

Hierzu verlangen eine sozialdemokratische und eine polnische Resolution Unterlegungen über die gesundheitlichen Verhältnisse der Bergarbeiter.

Eine freisinnige Resolution wünscht, die Errichtung eines Instituts für die wissenschaftliche Erforschung der Milchwirtschaft zu erwägen.

Eine sozialdemokratische Resolution verlangt einen Gesekentwurf, der die Verhältnisse des Pfluges, Massage- und Badepersonal regelt (Prüfungswesen, Unterstellung unter die Gewerbe-

ordnung, Minimalhöhe und Alterszulagen, Dienstzeit von acht Stunden, wöchentliche Ruhepause von 86 Stunden, Befreiung des Kost- und Logiswesens, Sommerurlaub, Ansehlohn und Hinterbliebenenversorgung usw.)

Abg. Dr. v. Gallert (natl.): In Preußen angestellte Erhebungen über die Lage des Krankenpflegepersonals haben geradezu erschütternde Resultate gezeitigt. Durchschnittlich geht die Arbeitszeit über 14 Stunden hinaus, bis zu 17 und 18 Stunden. Mit erschreckender Deutlichkeit zeigt sich auf diesem Gebiete die Notwendigkeit reichsgesetzlicher Regelung.

Abg. Baron Knigge (L): Der Geburtenrückgang ist besonders in den Großstädten enorm. Der Bauern- und sonstige Mittelstand bildet den Jungbrunnen der Großstädte. Wo die meisten sozialdemokratischen Stimmen abgegeben wurden, ist der Geburtenrückgang am größten.

Abg. Großer (Op.) wünscht eine Verschärfung und Vereinheitlichung der Weinkontrolle. Wenn das Weingesetz überall streng und gleichmäßig durchgeführt wird, genügt es.

Abg. Sosinsky (Pole) begründet die Resolution seiner Partei mit den außerordentlich ungeheuren Verhältnissen der Bergarbeiter. Unter denen die Krankenziffer eine furchtbar erschreckende ist. Auch die Unfallziffer ist auf den ober-schlesischen Gruben noch größer wie sonst im Bergbau.

Abg. Dr. Burckhardt (Wirtsch. Gg.): Dem Verlangen nach einer obligatorischen Ausbildung des Pflegepersonals stimmen wir zu. Minimale Löhntage festzusetzen wird bei der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse nicht möglich sein.

Öffentlich kommt das Versicherungsgesetz für die in den Krankenhäusern Beschäftigten bald zur Verabschiedung. Die Konzeption zum Betriebe einer Krankenanstalt sollte nur erteilt werden, wenn die Gewähr ausreichender Fürsorge für das Krankenpflegepersonal gegeben ist.

Präsident des Reichsgesundheitsamtes Wumm: Eine reichsgesetzliche Regelung des Hebammenwesens hält der Bundesrat nicht für angängig, doch sind Grundzüge für die gleichmäßige Regelung der Hauptgesichtspunkte, die dabei in Betracht kommen, vom Reichsgesundheitsamt ausgearbeitet.

Musikpflege ist da weit besser dran. Der Reichtum an erstklassigen Werken jeder Gattung ist unerschöpflich. Ihm entspricht der Reichtum an ausübenden Künstlern ersten Ranges, denen fast ausnahmslos eine freie Selbstbestimmung ihre Betätigung in Konzerten für die Arbeiter wesentlich erleichtert.

Dieser Kammermusikabend — nebenbei gesagt: eine der schönsten und ergiebigsten Darbietungen der Arbeiterbildungsschule! — beweist es. Eine gewaltige Masse Zuhörer erfüllte den großen Saal in Kellers neuer Philharmonie.

Humor und Satire.

Patrioten-Royal.

Kajin Pascha ist bei dem Aufstand erschossen worden und wie und verachtet wird, hätte die Kugel keinen größeren Schädling der Türkei aus dem Weg räumen können.

Wer die erhabnen Wandarinen Dort oben zweifelhnd sonst besch, Wer schweigend, mit gleichgült'gen Mienen Verharrt bei ihrem „Hip hurra!“

Dem also klangen ihre Töne: Die Obrigkeit, sie ist von Gott, Und wer sie stützt, geliebte Söhne, Gehört natürlich auf's Schädelott.

Und nun? Ach ja, die Dardanellen Sind fern und auch der Dardanellen; Es kriegen schamend die Rebellen Jetzt von der „Post“ den Bruderlehn.

das nicht geschehen, weil sich große Schwierigkeiten betrefse der Beitragspflicht ergeben, da ja Arbeitgeber im eigentlichen Sinne des Wortes nicht vorhanden sind.

Die hohe Hingebung des Krankenpflegepersonals, die ein Redner berührt, erkennen auch wir an; es liegt auch im Interesse der Krankenpflege, daß das Personal nicht überlastet wird.

Das Reichsgesundheitsamt hat eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet zur Verbesserung der Lage des Krankenpflegepersonals. Eine einheitliche Regelung führt auf große Schwierigkeiten, weil es sich sowohl um öffentliche wie private Anstalten handelt.

Auf dem Gebiete der Säuglingssterblichkeit ist bereits viel geschehen, wenn allerdings auch noch viel geschehen kann. Immerhin ist es gelungen, die Säuglingssterblichkeit von 20 Proz. auf 16 Proz. herabzubringen.

Abg. Antik (Soz.):

Als ich vor 12 Jahren die Aufmerksamkeit zum ersten Male auf die Lage der Krankenpfleger lenkte, erhob sich ein Sturm der Entrüstung, sowohl hier im Hause, wie in der Presse.

Vizepräsident Dove: Diese Charakterisierung der Angriffe gegen Sie bezieht sich doch nicht auf Mitglieder dieses Hauses.

Abg. Antik:

Sie bezieht sich auf alle diejenigen, die damals in der schäbigsten Weise den Kampf gegen mich geführt haben, sowohl innerhalb, wie außerhalb dieses Hauses.

„Erwägungen schweben noch!“

Kleines feuilleton.

Das schmerzlose Sterben. Ist das Sterben so furchtbar, wie es in der Literatur oft dargestellt und im gewöhnlichen Leben oft geglaubt wird? Die Frage hat sich mancher vorgelegt.

Man kann unbedenklich behaupten, daß fast niemand sich des Augenblicks seines Todes bewußt wird und die Empfindung eines Todes Schmerzes hat.

Man kann unbedenklich behaupten, daß fast niemand sich des Augenblicks seines Todes bewußt wird und die Empfindung eines Todes Schmerzes hat. Man hat in meinem Verufe diese Hunderte von Menschen sterben sehen und an vielen Sterbebetten geistern — ausnahmslos wiederholt sich dieselbe Erfahrung: Bewußt- und schmerzlos gleiten sie in den ewigen Schlaf hinüber.

Musik.

Kammermusikabend der Arbeiterbildungsschule. Mehr und mehr scheinen sich Kunstbestrebungen innerhalb der Berliner Arbeiterschaft auf die Pflege edler Musik zu konzentrieren.

Wie kommt's, daß die dressierte Meute Diesmal nicht tiefmoralisch läßt? Es wittern ein Engrosgeflücht Die nationalen Handelsleute.

Den Krieg sie läugten ihn wie Ammen. Den Frieden haßt der Marobur. Nun schärte Guter Wei die Flammen, Und der Profit winkt — aber sehr!

Pan.

Notizen.

Von den Berliner Theaterpleiten. Die Krise des Friedrich-Wilhelmsstädtischen Schauspielhauses ist jetzt in das literarische Stadium eingetreten.

Vorträge. In der Gesellschaft für positive Philosophie spricht am 31. Januar abends 8 Uhr Herr H. Goldscheid über das Thema „Kulturverspektiven“.

Hans Biquet als — Bedmeffer. Ein lustiger Bühnengewissensfall hat sich in Straßburg ereignet. Man gab dort die Weilerfänger.

Patriotismus. Dem gewöhnlichen Menschen ist das Vaterland, wo ihn sein Vater gezeugt, seine Mutter gesäugt und sein Pastor geschnitten hat; dem Kaufmann, wo er die höchsten Prozente ergaunzen kann, ohne von dem Staat gepöbelt zu werden;

Dem Soldaten, wo der Imperator den beinen Sold zahlt und die größte Insolezen (Unverschämtheit) erlaubt; dem Wechsellern, wo er für seine Schmeicheleien am meisten Weibschau oder Gold erzieht; dem ehrlichen, vernünftigen Manne, wo am meisten Freiheit, Gerechtigkeit und Humanität ist.



Nach den Ausführungen des Herrn Geheimrats Bumm stimmt das. Dem Reichsanwalt liegen die Ergebnisse der Statistik vor und wir sollen warten, bis er einmal Zeit haben wird, sich damit zu kümmern. Das wird lange dauern, wenn der Reichstag nicht endlich mehr Dampf dahinter macht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe schon vor 12 Jahren als Ursache der Mängel die mangelhafte Ausbildung des Personals, die überlange Arbeitszeit und die schlechte Entlohnung bezeichnet. Noch 1902 wollte kein Beringerer als Graf Pofadowitz dem Reichstag überhaupt die Kompetenz bestreiten, diese Frage zu verhandeln. Heute sagt das Gesundheitsamt, die Sache liegt dem Reichsanwalt vor. Im nächsten Jahre wird der Reichsanwalt sagen: Wir haben sie an das Reichsgesundheitsamt zurückverwiesen, damit es Erhebungen anstelle. Auf Grund der Ergebnisse der Erhebungen hätte die Reichsregierung schon längst einschreiten und dem Reichstag eine Vorlage machen müssen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Was die Erhebungen ergeben haben, war der Regierung schon seit zehn Jahren bekannt. Was mir als Privatmann möglich war zu erforschen, hätte die Regierung viel leichter feststellen können. Ich habe jahrelang immer wieder neues Material vorgebracht, die Regierung mußte zugeben, daß meine Angaben zutreffen, aber getöschelt hat sie sich nicht und wird es nicht eher tun, als der Reichstag sie dazu zwingt. Die große Mehrzahl des Pflegepersonals arbeitet weit länger als 10 bis 11 Stunden. Hier hat Geheimrat Bumm das Ergebnis der amtlichen Feststellung zu rüffig dargestellt. Auch eine Statistik der Organisation des Personals des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes kommt zu dem Ergebnis, daß 46 Prozent des Pflegepersonals 12 bis 14 Stunden, 89 Prozent 14 bis 17 Stunden beschäftigt sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dienstfreie Zeit gibt es in 167 Anstalten mit 612 männlichen Pflegern und in 439 Anstalten mit 4064 weiblichem Pflegepersonal überhaupt keine. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Neben dem Tagesdienst kommt dann vielfach noch Nachtdienst in Betracht, wobei sich das grauenhafte Resultat ergibt, daß 110 Pfleger und 447 Pflegerinnen eine

#### Arbeitszeit von 30 bis 40 Stunden

hatten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie steht es nun bei dieser Arbeitszeit mit der Entlohnung? Die amtliche Statistik scheint es nicht der Mühe für wert gehalten zu haben, danach überhaupt zu fragen oder man hat sich geschämt, diese Dinge in die Öffentlichkeit kommen zu lassen. Noch heute werden Anfangslöhne von zehn Mark gezahlt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Bei einer Erhebung, die sich auf 2000 Personen erstreckt, wurde festgestellt, daß 71 Prozent 30-75 M. Gehalt bekommen. Auch in Irrenanstalten, wo der Dienst besonders schwer ist, gibt es Anfangslöhne von 10-15 M. und die Bezahlung ist überhaupt im Verhältnis zu der langen Arbeitszeit ganz erbärmlich. Die Folge dieser schlechten Entlohnung ist natürlich ein sehr häufiger Wechsel des Personals. Darunter leiden nicht nur die Pfleger, sondern auch ganz besonders die Kranken. (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.) So wurden im Birschow-Krankenhaus anfangs 1911 beschäftigt 678 Personen, der Zugang betrug 910, der Abgang 888 Personen. (Hört! hört!) In Moabit wurden 288 Personen beschäftigt, der Zugang betrug 255, der Abgang 268. In den Irrenhäusern ist die Situation ebenso groß.

Um diesem Uebelstand abzuhelfen, ist man nun auf den ingenieurmäßigen Einsatz gekommen, nicht etwa die Arbeitszeit zu verkürzen, bessere Bezahlung, Befähigung und Behandlung einzuführen, sondern man sucht durch Prämien das Personal an die Anstalt zu fesseln. So erhalten in einer Anstalt Wärterinnen nach 30 Jahren 50 M. Prämie, nach weiteren 30 Jahren 75 M. und nach weiteren drei Jahren 100 M. — dann müssen sie also bald 100 Jahre alt werden, um in den Besitz der Prämie zu kommen. In Württemberg werden nach fünfjähriger Dienstzeit 200 M., nach sechsjähriger Dienstzeit 1000 Mark Prämie gewährt. Der württembergische Minister von Büchel begründet dieses damit, daß nach 6jähriger Dienstzeit das Pflegepersonal so ausgemergelt sei, daß es ganz unmöglich sei, es noch weiter zu behalten. Aber was soll der Mann mit 1000 Mark anfangen? Wer die Verhältnisse kennt, weiß doch, daß heutzutage ein mit so geringem Kapital gegründetes Geschäft meist in kurzer Zeit zu Grunde geht.

In großen Krankenanstalten in den Hauptstädten ist das Pflegepersonal vielfach gezwungen, Wohnungen zu beziehen, die geradezu ein öffentlicher Skandal sind. Vor 12 Jahren habe ich hier angemerkt, daß in einem Berliner Krankenhaus Wärter Kellerräume zur Wohnung angewiesen bekommen. Damals wurde gesagt, das sei nur vorübergehend, aber heute ist mir mitgeteilt worden, daß noch jetzt die Wärter in den Kellerräumen hausen. (Hört! hört!) Außerordentlich mangelhaft ist die soziale Fürsorge für das Krankenpflegepersonal. 10 000 Personen entbehren überhaupt jeder sozialen Fürsorge. Vielfach tritt sie erst nach zehnjähriger Beschäftigung ein. Dabei ist festgestellt, daß fast niemals Krankenpflegerinnen länger als zwei, drei Jahre im Dienst ausbleiben. In einem Krankenhaus mit 120 Schwestern waren nach Ablauf von 10 Jahren noch 12 davon beschäftigt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Verhältnisse in den Schwesterheimen sind jedenfalls sehr traurig, wie ein Geheimrat Regierungs- und Medizinalrat Dr. Hecker festgestellt hat. Auch dort gibt es Arbeitszeiten von 11 bis 13 1/2 Stunden, mit Nachtdienst 16 1/2 Stunden. (Hört! hört!) In einem Falle hatte eine junge, sehr kräftige Schwester in Württemberg den Dienst in einem Krankenhaus zu versehen, wo 15 bis 20 Betten belegt waren. Außer der Schwester war nur noch ein Dienstmädchen vorhanden, die Schwester mußte selbst kochen und den Garten bestellen. Für all diese Arbeit erhielt sie ein Gehalt von 300 Mark. (Hört! hört!)

Nach vier Jahren lernte sie völlig gebrochen in ihre Familie zurück. In der Irrenanstalt auch bei Berlin sind 1900 bis 1908 drei Pfleger und drei Pflegerinnen geisteskrank geworden, mehrere andere haben infolge Überanstrengung Selbstmord begangen. Von den barubergischen Schwestern sterben 78 Prozent an Tuberkulose, während sonst der Prozentsatz unter den weiblichen Personen 30-48 Prozent beträgt. Seitdem ich vor zwölf Jahren den Blick auf diese Verhältnisse gelenkt habe, sind zwar durch die Arbeit des Staats- und Gemeindearbeiterverbandes wesentliche Verbesserungen herbeigeführt worden, aber trotzdem sind die Verhältnisse noch außerordentlich schlecht und dringend der Verbesserung bedürftig. Die Frage ist durchaus spruchreif. Es handelt sich nicht um eine Parteifrage, sondern hier könnten sich alle Parteien zusammenfinden, um Hand anzulegen an die Verbesserung der Lage des Krankenpflegepersonals. Es handelt sich hier um eine Frage der öffentlichen Moral und Kultur, die man nicht mit schönen Worten lösen, da muß die Hand ans Werk gelegt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nur durch eine reichsgesetzliche Regelung, wie sie unsere Resolution wünscht, kann hier Besserung herbeigeführt werden. In England, Australien und Neuseeland sind die Forderungen, die unsere Resolution aufstellt, zum Teil schon durchgeführt und zum Teil schon in Arbeit. Dort ist durch die Praxis bewiesen, daß eine achtsündige Arbeitszeit bei Einführung des Dreischichtsystems in solchen Krankenhäusern sehr wohl möglich ist. Wir stehen in Deutschland vor der höchst traurigen Tatsache, daß wir kranke Menschen geland zu machen, Tausende junger Menschen über krank werden müssen, oft in der Blüte ihrer Jugend dahingerafft werden. Das ist ein geradezu beschämendes Zustand für unsere Sozialpolitik. Sorgen Sie durch einstimmige Annahme unserer Resolution dafür, daß endlich durch eine reichsgesetzliche Regelung dem standortlichen Mangel an Leben und Gesundheit des Pflegepersonals Einhalt geboten werden kann. (Behäufiger Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wiesberts (Z.) geht auf die Zustände in der Großen Industrie ein. Die Bundesratsverordnung für Hütten- und Walzwerke hat nicht vermocht die Ueberstunden zu vermindern und die Arbeitszeit zu verkürzen. Im Gegenteil, die Zahl der Ueberstunden ist erheblich gestiegen. Das beweisen die Veröffentlichungen aller beteiligten Gewerkschaften. Die Krankheitsziffer ist in den Hüttenwerken bedeutend höher, als im Durchschnitt aller Betriebe Deutschlands, das beweisen die Ergebnisse der Krankenkassen; genau so verhält es sich mit den Unfällen. Man sagt, an 62 Prozent der Unfälle sind die Arbeiter selbst schuld. Die Schuldfrage ist aber sehr diffizil, und man sollte nicht ohne weiteres solche Behauptung aufstellen, die gar nicht wahr sein kann, wie auch eine sorgfältigere Prüfung der Unfallstatistik beweist. Die überlange Arbeitszeit ist die hauptsächlichste Ursache der hohen Unfall- und Krankenziffern. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es kommen Arbeitszeiten bis zu 90 Stunden wöchentlich für einzelne Arbeiter vor; das kommt in keiner anderen Industrie für einzelne Arbeiter vor; das muß schließlich das beste Menschenmaterial ruinieren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Unternehmer behaupten freilich, es werde tatsächlich nur neun Stunden gearbeitet, das andere entfalle auf Pausen. Warum sträuben sie sich denn dann gegen den Achtstundentag? Wenn der sonntägliche Ruhetag nicht möglich wäre, so wäre der Achtstundentag die unumgänglich notwendige Folge. Die Herren von der Eisenindustrie sollten nicht das höchste Arbeitserfordernis einzuführen suchen, sie sollten vielmehr entgegenkommen, daß die notwendige Ruhezeit auf zehn Stunden ausgedehnt werde. An den Staatssekretär richtete ich die Bitte, sich auf den internationalen Tagungen vertreten zu lassen, wo über die Einführung des Achtstundentages in der Eisenindustrie beraten wird. Die Eisenindustrie darf nicht einen Ausnahmezustand in den Arbeitsverhältnissen aufrecht erhalten. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dr. Hantke (noll.) wendet sich gegen ein Verbot des Obstweins als Hauptstrafe, das durch reichsgerichtliches Urteil ausgesprochen ist. Es werden dadurch die kleinen Obstbauern ganz erheblich geschädigt.

Abg. Leube (Sp.) (auf der Tribüne unverständlich) scheint sich gegen einige Bestimmungen des Fleischbeschaugesetzes zu wenden.

Abg. Jüdel (Soz.): macht auf die Gefahren der Arbeit in der Weberei aufmerksam. Der Baumwollstaub gelangt durch den Mund in die Atmungsorgane und verursacht Erkrankungen dieser sowie der Verdauungsorgane. Auch die Schiffe, die von Hand zu Hand wandern, sind sehr geeignet, Infektionskrankheiten, Lungentuberkulose, Syphilis und andere zu verbreiten. Die englische Regierung hat eine Kommission zur Untersuchung dieser Frage eingesetzt, und diese hat berichtet, daß zwar ein Fall von Uebertragung einer Krankheit durch Schiffe nicht direkt nachweisbar, aber in mehreren Fällen sehr wahrscheinlich ist. Es ist ja auch selbstverständlich, wenn der Wader an dem Schiffe mit dem Munde durchgesaugt werden muß. Notwendig ist dies keineswegs, denn es gibt Schiffe, bei denen das Durchsaugen des Fadens automatisch geschieht. Deshalb sollten die anderen Schiffe wegen ihrer Gesundheitsgefährlichkeit verboten werden. Ich bemerke noch, daß in England die Baumwollweberei ausdrücklich unter die gesundheitsgefährlichen Industrien gezählt wird. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dann will die Kommission des Reichsgesundheitsamts noch auf die Kunstvollfabrikation lenken. Hier ist das Lumpenortieren in der Heimarbeit, z. B. in Grimnitzau, sehr gesundheitsgefährlich für die betreffenden Arbeiterfamilien und sollte überhaupt verboten werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Hier gehen wertvolle nationale Kräfte verloren, für deren Erhaltung zu sorgen die Regierung verpflichtet ist. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Poppe (Z.) wendet sich gegen zu rigorose Anwendung der Stallkontrolle, die für die kleinen Viehhändler oft erdrückende Unkosten mit sich bringe. Für diese hohen Kosten sollten die Leute entschädigt werden.

Abg. Dr. Thoma (noll.) spricht für einen Antrag Abfah, der den Reichsanwalt erucht, die Errichtung eines Instituts für die wissenschaftliche Erforschung der Milchwirtschaft erneut in Erwägung zu ziehen. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Molkereivirtschaft rationeller verwertet werden. Es ist geradezu lächerlich, wieviel Eiweiß hier an die Schweine verfüttert wird, während wir für Millionen Eiweiß aus dem Ausland kaufen. (Sehr richtig.) Herr Antrich hat meinen Freunden vorgelesen, sie hätten ihn in der niederträchtigsten Weise wegen seines Eintretens für das Pflegepersonal angegriffen. Dabei hat damals Prinz Schönau-Carolath, der für die Nationalliberalen sprach, ausdrücklich anerkannt, daß der Abg. Antrich sich ein Verdienst damit erworben habe, daß er die allgemeine Aufmerksamkeit auf diese Mängel gelenkt habe. (Hört! hört!)

Abg. Blund (Sp.) betont die Notwendigkeit einer Zentrale zur Erforschung der Milchwirtschaft. Die ganze Kohlenproduktion in Deutschland hat noch nicht die Hälfte des Wertes der Milchproduktion, der 1912 3 1/2 Milliarden erreichte. (Hört! hört! rechts.) Diesen kolossalen Aufschwung hat die Milchproduktion ohne jeden Zoll- und Zehner genommen. (Rechts. Hört! hört! links. Alle Radikale erkennen die Notwendigkeit einer solchen Zentralanstalt an; daher sollte sich die Regierung diesem Wunsch nicht länger entziehen. — Redner wünscht weiter vorzubehalten die Maßnahmen gegen einen eventuellen Wiederausbruch der Maul- und Klauenseuche. Eine reichsgesetzliche Regelung des Schutzes für das Krankenpflegepersonal haben auch meine Freunde im vorigen Jahre verlangt. Leider schweben auf diesem Gebiete seit zehn Jahren noch immer Erhebungen. Der sozialdemokratische Antrag bringt die wichtigsten Anregungen, wir können uns aber nicht jetzt schon auf alle einzelnen Punkte festlegen.

Eine einheitliche, also reichsgesetzliche Regelung des Gesamtwesens halten auch wir für notwendig. — Es sollten ferner im nächsten Jahre Mittel ausgeworfen werden zur Unterstützung der Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. (Beifall bei der Volkspartei.)

Abg. Dorsch (L.): Neben der Milchproduktion steht auch eine außerordentlich steigende Milchviehzucht. Dieses braucht nicht als unüberwindlich hingenommen zu werden, man wird vielmehr an wirtschaftliche Maßnahmen denken müssen, die heimische Milchproduktion zu heben. Statt des von der Volkspartei verlangten Reichsinstituts zur Erforschung der Milchwirtschaft sollte lieber ein preussisches errichtet werden, das mit anderen großen Instituten Preußens zusammenwirken könnte.

Präsident des Reichsgesundheitsamts Bumm: An der Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche darf die deutsche Landwirtschaft nicht irre werden. (Lurke rechts: Sie ist schon irre geworden.) Im Jahre 1911 hatte die Seuche einen Umfang wie nie zuvor, ist aber durch die Maßnahmen der Regierung erheblich eingeschränkt worden. Hierauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (Interpellation Brandys (Bole) über die Entleerung polnischer Gutsbesitzer).

Schluß 7/7 Uhr.

### Parlamentarisches.

Gegen die Ostmarkenzulage. — Reichspostetat. Der im Jahre 1907 gewährte Hurra-Reichstag bewilligte für die Postbeamten in den mit polnischer Bevölkerung durchsetzten Bezirken der preussischen Provinzen eine Extrazulage — die Ostmarkenzulage — die 10 Prozent des Gehalts betrug. Durch diese Zulage sollen die Postbeamten für die katastrophische Politik, also zum Kampf gegen das preussische Volkstum eingetauscht werden. Die preussischen Beamten in den erwähnten Bezirken erhalten die Zulage sogar auf Grund einer gesetzlichen Bestimmung im preussischen Befehlsgesetz. Der im vorigen Jahre neu gewählte Reichstag strich die Ostmarkenzulage im Postetat. Im Etat für 1914 fordert die Regierung wiederum 1,1 Million, um die Ostmarkenzulage zahlen zu können. Es kam deshalb am Dienstag in der Budgetkommission des Reichstages zu lebhaften Auseinandersetzungen. Staatssekretär Kraetke gab sich die erdenklichste Mühe, die Bewilligung der Ostmarkenzulage zu erzielen, und glaubte dabei, der Kommission vorkommen zu können, die Ostmarkenzulage stelle keine politische Maßregel dar. Diesem Ver-

suche traten die Genossen Röske und Ledebour energisch entgegen. Für eine Besserstellung der unteren und mittleren Postbeamten trete die Sozialdemokratie ein, wie sie erst in voriger Woche bewiesen habe; aber politische Korruptionen zuzulagen lehne sie ab. Wenn die Regierung den am vorigen Freitag gefassten Beschlüssen für Erhöhung der Unterbeamtengehälter beitrete, erhalten alle eine Aufbesserung ihres Einkommens. Der Hinweis, die Ostmarkenzulage sei deshalb gerechtfertigt, weil die Beamten in den gemischtsprachigen Bezirken viel schwereren Dienst haben, könne schon deshalb nicht gelten, weil im Westen Deutschlands ebenfalls hunderttausende Polen wohnen, ohne daß die Postbeamten auch dort eine Zulage erhalten; ebenso wenig in Lothringen, Mosuren usw. Die katastrophische Politik durch Reichsaufwendungen zu fördern, müsse strikt abgelehnt werden; die Ostmarkenzulage sei eine gehässige politische Maßregel und die famose Praxis der Verwaltung, Postbeamte polnischer Nationalität nach der Provinz Sachsen und nach dem Westen zu versetzen, bedeute eine geradezu unerkennbarliche Erhöhung des Postverkehrs. — Diesen Darlegungen traten auch Redner des Zentrums und der Polen bei, während Konservative, Nationalliberale und Volksparteier für die Ostmarkenzulage plädierten und dabei mit kühner Stirn zu bestreiten suchten, daß die Zulage aus politischen Gründen gefordert wird. Da Zentrum, Sozialdemokraten und Polen die Mehrheit bilden, die Ablehnung der Zulage also sicher war, versuchte der Nationalliberale Bed, die zur Bewilligung von besonderen Unterstufungen der Verwaltung gewährte Summe von rund 3,7 Millionen Mark um die als die Ostmarkenzulage geforderten 1,1 Millionen zu erhöhen, also auf Umwegen die Ostmarkenzulage in den Etat hineinzuschmuggeln. Aber das Mandat mißlang. Nach langer, teilweise scharfer Debatte wurde die Ostmarkenzulage abgelehnt, ebenso der Antrag Bed. Angenommen wurde eine Resolution, die die Einführung von Kinderzulagen für verheiratete Postbeamte fordert; abgelehnt ein nationalliberaler Antrag, der für die außerhalb Preußens wohnenden Reichspostbeamten, die eine höhere Staatssteuer als in Preußen zahlen müssen, ein Ausgleich schaffen will.

Bei der Weiterberatung des Postetats verlangte Genosse Ebert darüber Auskunft, wann endlich die in Aussicht gestellte Denkschrift über die Penzionsklasse der Postbeamten erscheint; ferner, wann Reichsarbeiterausschüsse für die Arbeiter im Postbetrieb eingeführt werden und ob Aussicht vorhanden ist, daß die tatsächlich geleistete Arbeitszeit auf das Befoldungsdienstalter angerechnet wird. Die Denkschrift wird erscheinen; im übrigen war die Regierungsbewilligung eine ablehnende. Die Beratung wird am Mittwoch fortgesetzt werden.

### Herr v. Dallwitz.

In der Budgetkommission des Dreiklassenhauses stand Dienstag der Etat des Ministeriums des Innern zur Beratung. Dabei wurde der Polizeiminister über die Entlohnungen zur Wahlurnenfrage interpelliert, die Genosse Fischer im Reichstage vorgebracht hatte. Herr Dallwitz wußte darauf nichts anderes zu antworten, als daß jene Entlohnungen auf einem Vertrauensbruch beruhten, daß die von Fischer zitierten Äußerungen des Ministeriums des Innern längere Zeit zurückliegen und ihr Zeitpunkt nicht bezeichnet sei und daß er über die Sache selbst nichts sagen dürfe, weil er sonst die amtliche Schweigepflicht verletzen würde. Lediglich erklärte er, läme es ja nicht auf die Haltung eines einzelnen Ministeriums, sondern auf die des Gesamtministeriums an.

Von fortgeschrittlicher Seite wurde die Uebertragung der Wohnungspolizei auf die Stadt Berlin verlangt. Der Minister antwortete unter anderem Hin und Her mit einem ziemlich kategorischen Nein, so daß sogar ein Freikonservativer bei Anerkennung aller „Schwierigkeiten“ doch ein bißchen mehr Entgegenkommen für die Stadt Berlin wünschte. Der Minister wandte sich gegen die Kritik, die Oberbürgermeister Bormuth in der Verzögerung eines entsprechenden Besuchs der Stadt Berlin durch die Staatsregierung geübt hatte, und zwar erzählte Herr v. Dallwitz hierbei, daß ihn daran keine Schuld treffe, weil dem Besuch der Reichshauptstadt eine Denkschrift beigelegt worden sei, in der die Uebertragung der Wohnungspolizei als unangebracht und dergleichen bezeichnet war. Die Erhebungen über diese Denkschrift hatten die Verzögerung der Antwort verursacht. Da doch nicht anzunehmen ist, daß der Geschäftsführer selbst, nämlich der Berliner Magistrat, die Gewährung seines Besuchs als bedenklich bezeichnet haben dürfte, drängt sich die Frage auf: wer denn dies getan haben könnte und da das Geschäft seinem Weg in das Ministerium jedenfalls das Polizeipräsidium passiert haben muß, wird man vielleicht bald erfahren, wer diese Denkschrift in die Akten hineingebracht hat.

Ein Zentrumsmann beschwerte sich über die enormen Beiträge, die die Städte zu den Polizeikosten leisten müssen. Darauf antwortete ein Regierungskommissar recht fröhlich, daß ja die Städte von den Rechtsmitteln gegen die Festsetzungen der Regierung Gebrauch machten, daß sie aber beim Oberverwaltungsgericht gewöhnlich nicht die Gültigkeit hatten. Das Oberverwaltungsgericht mag sich für diese Anerkennung bedanken. — Die Nationalliberalen forderten eine bedeutende Erhöhung der Position zur Fürsorge für die sittlich gefährdete Jugend, wofür in den Etat 30 000 M. eingestellt sind. Diese Erhöhung soll auf Beschluß der Kommission im nächsten Etat vorgenommen werden.

### Soziales.

Drei Monate stellungslos wegen eines schlechten Zeugnisses.

Daß der Angestellte durch das Zeugnis eines ihm übergeordneten Prinzipals in einen schweren Existenzkampf schuldlos geraten kann, zeigte sich in der letzten Verhandlung vor der 2. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts.

Die Klägerin war etwa ein Jahr lang als Kassaleiterin mit einem Monatsgehalt von 55 M. und einem kleinen Prozentsatz vom Verkauf bei der Seifenfirma Wasser Vogel tätig gewesen. Bei ihrem Abgang erhielt sie statt eines Zeugnisses nur eine Arbeitsbescheinigung. Auf ihre Reklamation wurde dem Zeugnis hinzugefügt: „Wir haben ihr gefündigt, weil sie für uns nicht geeignet war.“ Da die Führung im Zeugnis gar nicht erwähnt war, so nahmen alle Prinzipale, bei denen sich die Klägerin bewarb, an, sie hätte sich Unredlichkeiten auskulden lassen, und das junge Mädchen blieb stellungslos. Erst durch Urteil des Kaufmannsgerichts mußte die Bescheinigung gezwungen werden, der Kassaleiterin ein Zeugnis auszustellen, das sich auch über Führung und Leistung auspricht. Das neue Zeugnis, das die Firma nunmehr ausstellte, ließ zwar an Ausführlichkeit nichts zu wünschen übrig; der Text war aber so abgefaßt, daß, wie der Vorsitzende in der Verhandlung meinte, mehr die persönliche Verärgerung der Geschäftsinhaber über ihre Beurteilung als eine objektive Beurteilung der Klägerin zum Ausdruck kam. Nach dem Ergebnis der Verhandlung hatte die Firma der Klägerin in der Tat nichts weiter vorzumerken, als daß Frauen erzählt haben sollen, Pr. S. hätte ihre Firma „schlecht gemacht“. Mit Recht wies der Verhandlungsführer darauf hin, daß es doch sehr gewagt sei, das als bare Münze zu nehmen, was klatschwürdige Frauen beim Einlaufen als Klagezeit zu berichten wissen. Die Klägerin beteuerte auch, nie ein solches Wort über die Firma geäußert zu haben. Sie erklärte, daß sie während ihrer jetzigen Stellungslosigkeit ihre ganzen Erparnisse aufgebraucht hätte und jetzt von einer guten Freundin aufgenommen worden sei.

Nach Lage der Sache hätte die Beurteilung der Beklagten erfolgen müssen. Die letztere zog es, um einen Urteilspruch zu entgehen, vor, in eine gültige Einigung zu willigen. Sie stellt der Klägerin ein Zeugnis aus, in welchem die ausführenden Stellen entfern sind, und zahlt für die Zeit der Stellungslosigkeit eine bare Entschädigung von 175 Mark.



### Unentgeltliche Ueberstundenarbeit — kein Gewohnheitsrecht.

Eine interessante Entscheidung von prinzipieller Bedeutung ist jetzt in der Berufung vom Landgericht Hildesheim entschieden worden. Ein Werkmeister war jahrelang in einem Betriebe tätig und hatte dort, wenn viel zu tun war, Ueberstunden gearbeitet und Sonntagsarbeit geleistet, ohne besondere Bezahlung zu verlangen. Eines Tages kam es jedoch zu Differenzen, die den Arbeitgeber veranlasseten, dem Werkmeister rechtswidrig verdienten Lohn vorzuenthalten. Nunmehr weigerte sich der Werkmeister, die Ueberarbeit weiterhin gratis zu verrichten und wurde deshalb sofort entlassen. In der Verhandlung berief sich der klagende Arbeitgeber auf das hier eingetretene Gewohnheitsrecht, das Landgericht verneinte jedoch ein solches mit folgender Begründung: Jeder Angestellte, der Interesse für das Geschäft hat, leistet ohne besondere Vergütung auch Dienste, zu denen er nicht direkt verpflichtet ist, erwartet aber natürlich, daß sich der Dienstherr auch entgegenkommend erweist. Eine unbedingte vertragsmäßige Verpflichtung zur Leistung von Extradiensten ohne Vergütung kann auch nicht daraus gefolgert werden, daß der Arbeitnehmer dieselben jahrelang ohne besondere Vergütung geleistet hat. Es ist durchaus verständlich, daß Kläger für den ihm rechtswidrig entzogenen Lohn sich dadurch schadlos hielt, daß er Arbeiten nicht leistete, zu denen er seiner Ansicht nach vertragsmäßig nicht verpflichtet war.

### Wohnungsfürsorge in Baden.

Seit kurzer Zeit macht die badische Regierung durch einen staatlichen Wohnungskommissar den Gemeinden in der Wohnungsfrage ernsthafte Vorstellungen. Die Städte, welche Wohnungskommissionen haben, richten nun diese zur gründlichen Behandlung der Wohnungsunterkunft ein. Am 10. Januar hat der Stadtrat zu Offenburg beschlossen, daß zu Mitgliedern der Wohnungskommission auch Frauen berufen werden sollen.

### Kürzere Arbeitszeit — unerminderte Produktion.

Die starke Betriebseinschränkung, die in der österreichischen Textilindustrie, namentlich den Webereien, wegen der Absatzrückung auf dem Balkan eingetreten ist, hat ihren Zweck nicht erreicht. Die Unternehmerorganisationen geben jetzt bekannt, daß in der kürzeren Arbeitszeit ebensoviel Ware fertig wird, als sonst in der längeren! Wenn aber die Arbeiter eine Verkürzung der Arbeitszeit verlangen, wird immer eingewendet, daß dann die Produktion nicht gedeckt wäre!!

## Gerichts-Zeitung.

### Ein psychologisches Rätsel.

Eine ganz unerklärliche Tat lag einer Anklagesache zugrunde, welche gestern die 8. Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtspräsidenten H. K. H. beschäftigte. Aus der Untersuchung ergab sich, daß der Schloßherr Karl Schröder vorgerufen, um sich wegen Vergehens gegen den überaus selten in Anwendung kommenden § 139 des Strafgesetzbuchs zu verantworten. Nach dem Wortlaut dieses Paragraphen macht sich derjenige strafbar, der von dem Vorhaben eines gemeingefährlichen Verbrechens Kenntnis erhält und es unterläßt, zu einer Zeit, zu welcher die Verhütung des Verbrechens noch möglich ist, der Behörde oder der bedrohten Person Anzeige zu machen. — Die heutige Anklage hat eine Vorgeschichte, die schon im April v. J. Gegenstand einer Verhandlung vor dem Schöffengericht des Landgerichts III war. Damals war der Bruder des jetzigen Angeklagten, der 23jährige Paul Schröder wegen versuchten Mordes, begangen an seiner Geliebten, der Städtin Hedwig Kauf, angeklagt. Als Motiv der Tat gab Paul Sch. seinerzeit an: er habe von anderer Seite erfahren, daß seine Braut mit einem anderen Manne Beziehungen angeknüpft habe. Die Geschworenen nahmen seinerzeit nur versuchten Totschlag an und das Gericht verurteilte ihn zu 2½ Jahren Gefängnis, die er augenblicklich verbüßt. Aus dem Gefängnis heraus ersattete Paul Sch. gegen seinen eigenen Bruder eine Anzeige wegen Vergehens gegen den § 139, welche das jetzige Strafverfahren zur Folge hatte. In dieser Anzeige behauptete Paul Sch., sein Bruder habe offenbar ein großes Interesse daran gehabt, daß er aus dem Leben scheide, denn er habe ihn tatsächlich nur in seiner Absicht befreit, anstatt zu versuchen, ihn davon abzubringen. Offenbar habe sich sein Bruder nur in den Besitz der von ihm hinterlassenen Sachen setzen wollen.

In der gestrigen Verhandlung machte der Angeklagte Karl Sch. in seiner Vernehmung Angaben, die wiederholt allgemeines Erstaunen hervorriefen und ein ganz eigenartiges Bild seines Charakters gaben. Ohne auch nur eine Spur von Reue oder Mitleid zu zeigen, erzählte der Angeklagte folgendes: Am Abend des 6. Oktober 1911 sei er mit seinem Bruder in einem Lokal zusammen gewesen. Als ihm dieser sagte, daß er keine Lust habe, noch weiter zu leben, da er in ein Strafverfahren verwickelt sei, habe er ihm erzählt, daß seine Braut mit einem gewissen Pachollet ein Liebesverhältnis unterhalte. Sein Bruder habe nun gesagt: „Jetzt ist es ganz aus und die Hedwig muß mit!“ Nachdem sein Bruder die ganze Nacht auf dem Stuhl gesessen und geprügelt habe, habe der Bruder ihn am nächsten Morgen gebeten, seinen Anzug zu versehen, damit er sich einen Revolver kaufen könne. Er habe dies auch getan und beide seien dann nach der Weinmeisterstraße gegangen, wo sie sich einen guten Revolver aussuchten. — Die Paul Schröder übrigens behauptet, habe ihm sein Bruder geraten, einen recht guten Revolver zu nehmen und auch selbst die Munition auszugeben. — Der Angeklagte erzählte dann weiter, daß beide, nachdem sein Bruder seine Braut nach der Ude Friedrichs- und Mittelstraße bestellt hatte, in Berlin herumgebummelt seien. Kurz vor dem Zusammentreffen mit der A. habe ihm sein Bruder dann seine Uhr und Kette sowie einen Abschiedsbrief an seine Mutter ausgehändigt. Vorher hätte sich sein Bruder auch noch fotografieren lassen. Als die A. kam, habe sich sein Bruder verabschiedet und sei mit dem Mädchen in die Straßenbahn gestiegen, um nach Tegel zu fahren, wo die Tat verübt werden sollte.

Wie die Beweisaufnahme ergab, ist Paul Schröder tatsächlich nach dieser Zusammenkunft nach Tegel gefahren und hat dort im Walde mehrere Schüsse auf seine Braut abgegeben, die das Mädchen schwer verletzten. Er selbst jagte sich ebenfalls eine Kugel in die Schläfe. Beide wurden wieder hergestellt, die A. verstarb jedoch bald darauf infolge einer Krankheit.

Wichtig tatsächlich war auch das Verhalten des Angeklagten nach jenem letzten Zusammentreffen mit seinem Bruder. Der Angeklagte kam ganz ruhig, als ob nichts geschehen sei, in die Wohnung seiner Mutter, bei der zufällig auch die Mutter seiner Braut weilte. Nach einer kleinen Weile äußerte er plötzlich: „Jetzt hat sich Paul erschossen!“ Als Frau Schröder laut aufschrie und zusammenbrach, erklärte er: „Na, es ist doch besser er ist tot, als wie er kommt ins Gefängnis; übrigens hat er die Hedwig auch mitgenommen!“ Nunmehr schrie auch die Mutter der Braut auf und erkundigte sich angstvoll nach dem Schicksal ihrer Tochter. Als sie fragte, ob nicht vielleicht doch noch etwas zu retten sei, antwortete der „Gemütskranke“: „Ich wette um meinen Kopf, daß beide schon tot sind!“ und händigte seiner Mutter den Abschiedsbrief seines Bruders ein.

Wie die Beweisaufnahme ferner ergab, hat der Angeklagte kurz nach der Tat die ihm von seinem Bruder übergebenen Sachen versteckt. — Der aus dem Gefängnis vorgeschickte Paul Schröder bekundete u. a., daß sein Bruder offenbar seine verstorbenen Braut fälschlich der Untreue bezichtigt habe. Der Angeklagte mußte schließlich zugeben, daß er die A. nur einmal mit dem Jünger Pachollet auf der Straße gesehen habe.

Der Vorsitzende versuchte in zu Herzen gehenden Worten auf den Angeklagten einzuwirken, um aus ihm herauszubekommen, was er sich eigentlich bei der ganzen Sache gedacht habe. Der Angeklagte zeigte jedoch keinerlei Gewissensbewegung und erklärte nur

immer wieder: Daß er nicht gewußt habe, sich strafbar zu machen.

Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht darauf, daß die Verhandlung ein fast nicht glaubliches Bild moralischer Verworfenheit aufgerollt habe, eine Gefängnisstrafe von 1½ Jahren. Das Gericht erliefte diesem Antrag gemäß auf 1½ Jahre Gefängnis, da die Verhandlung den vorhandenen Verdacht, daß der Angeklagte seinen Bruder habe beseitigen wollen, nach verschiedenen Richtungen hin bestärkt habe.

Eine Untersuchung des Geisteszustandes des Angeklagten wäre wohl am Platze gewesen.

### Ein gerichtliches Nachspiel zu einem Kellnerstreit.

In der Hochstr. 21 befindet sich ein großes Restaurant mit Garten. Dieses hat Oekonom Donath von der Löwenbrauerei gepachtet. Das Essen, das den Kellnern und dem Hilfspersonal verabreicht wurde, war, wie eine große Anzahl Zeugen unter Eid bekundeten, ziemlich ungenießbar. Es bestand das Essen aus übriggebliebenen Resten des vorigen Tages, so daß es stark roch. Die Fleischreste waren gewöhnlich schon in Fäulnis übergegangen. Die Würstchen, die den Kellnern und dem Hilfspersonal gegeben wurde, war Vandiebertwürst, sogen. „Leuzwürst“, die vollständig sauer schmeckte, so daß sie ungenießbar war. Die Kellner und das Hilfspersonal verlangten deshalb, daß ihnen anstatt des Essens ein Menagegeld gezahlt werde. Der Wirt lehnte das aber rundweg mit der Erklärung ab: Es werde für das Personal nicht extra gekocht, es erhalte daselbe Essen wie er, seine Familie und seine Gäste. Daß im heißen Sommer bisweilen Fleischreste, die man doch nicht fortzuschütten könne, in Fäulnis übergehen, sei zu entschuldigen, das komme in jeder Familie vor. Die Kellner und das Hilfspersonal, die sämtlich Mitglieder des Gastwirtsgehilfenverbandes waren, wandten sich an diese ihre Organisation. Auf Beschluß der letzteren legten die Kellner und das Hilfspersonal eines Abends die Arbeit nieder. Als Frau Donath dies erfuhr, äußerte sie: „Die Hunde müssen verhungern, es kann ihnen nicht schlecht genug gehen.“ Inzwischen war Oekonom Donath selbst im Lokal erschienen. Eine Anzahl Genossen, die in diesem Lokal verkehrten, machten ihrem Wirt über die Behandlung der Kellner durch Worte Luft. Donath kam mit diesen Leuten in argen Streit. Währenddem führte er eine große Dogge, ein sehr böses Tier, an der Leine mit sich.

Kellner Paul Langer, der nicht zu den Ausständigen gehörte, war am folgenden Abend als Gast in das Donath'sche Lokal gekommen. Nachdem er ein Glas Bier getrunken und bezahlt hatte, verteilte er Flugblätter des Gastwirtsgehilfenverbandes an die anwesenden Gäste. In den Flugblättern war die Ursache des Ausstandes, die beleidigende Aeußerung der Wirtin und außerdem mitgeteilt, daß Donath einen großen bösen Hund auf seine Gäste hege. Donath stellte deshalb gegen Langer Strafantrag. Dieser wurde, obwohl die in dem Flugblatt enthaltenen Tatsachen im wesentlichen von zahlreichen Zeugen bestätigt wurden, vom Schöffengericht wegen Beleidigung zu 30 Mk., wegen Hausfriedensbruchs zu 20 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Gestern hatte sich aus Anlaß der von Langer eingelegten Berufung die 8. Strafkammer des Landgerichts III mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Die Beweisaufnahme hatte daselbst das Ergebnis vor dem Schöffengericht. Der Verteidiger, Rechtsanwält Dr. Behrend, beantragte die Freisprechung, da die in dem Flugblatt enthaltenen Mitteilungen im wesentlichen erwiesen seien, der Angeklagte im übrigen in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. Der Staatsanwalt Dr. Waldau beantragte Verurteilung der Berufung. Nach längerer Beratung des Gerichtshofes verurteilte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Rosenthal, folgendes Urteil: Der Gerichtshof hat aus der Beweisaufnahme die Ueberzeugung gewonnen, daß das Essen wohl bisweilen, aber nicht durchweg ungenießbar war. Daß Fleischreste vom vorhergegangenen Tage verabreicht werden, kommt in allen Restaurationen, ja selbst in Privatfamilien vor. Es hätte den Kellnern der Beschworbeweg freigestanden. Wenn eingewendet wurde, der Wirt habe das Recht der stündlichen Kündigung, so stand dies Recht doch auch den Kellnern zu. Daß im Hochsommer Fleischreste in Fäulnis übergehen, ist nichts Besonderliches. Die Aeußerung der Frau Donath erklärt sich aus ihrer großen Erregung. Daß der Wirt die Dogge auf Gäste gehen ließ, ist unwahr. Es ist von allen Zeugen bekundet worden, daß der Wirt die Dogge an der Leine geführt habe. Wie der Zeuge Donath versichert hat, hat er den Hund zu seiner eigenen Sicherheit mit sich geführt. Der Gerichtshof ist der Ansicht, es handle sich bei dem Ausstand in der Hauptsache darum, dem allgemeinen Bestreben, die Hausoft durch bare Bezahlung abzulösen, Vorschub zu leisten. Andererseits hat der Gerichtshof erwogen, daß der Angeklagte die Mitteilungen des Flugblattes für wahr halten konnte, und daß er, obwohl er niemals Kellner bei Donath war, doch selbst Kellner und Mitglied des Gastwirtsgehilfenverbandes ist, in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt hat. Der Angeklagte war daher von der Anklage der Beleidigung freizusprechen. Dagegen mußte der Angeklagte das Bewußtsein haben, daß der Wirt die Verteilung von Flugblättern in seinem Lokal, deren Inhalt sich gegen ihn richtete, nicht dulden werde. Die Verurteilung zu 20 Mk. wegen Hausfriedensbruchs mußte deshalb aufrechterhalten werden.

## Aus der Frauenbewegung.

**Jahrbuch der Frauenbewegung 1913.** Herausgegeben von Dr. Elisabeth Altmann-Gottschiner. (Teubner, Leipzig, 271 Seiten, 8 Mk.) Das Jahrbuch des Bundes deutscher Frauenvereine erscheint nunmehr im zweiten Jahrgang. Seinen Wert hat es in erster Linie als Sammlung der Adressen aller wichtigen Verbände und Vereine innerhalb der bürgerlichen Frauenbewegung. An historischem Material bringt das Jahrbuch diesmal Aufsätze über die Organisation des Bundes deutscher Frauenvereine, eine Chronik der Frauenbewegung im Jahre 1911/12, die Situationsbewegung, die Frauenstimmrechtsbewegung, die Organisation der weiblichen Jugend, die Krankenpflege und ihre Reform, die Frauenliteratur des vergangenen Jahres usw. Unseren in der proletarischen Frauenbewegung tätigen Genossen und Genossinnen übermitteln das Buch für die Agitation nötige Kenntnisse der Organisation, Geschichte und Strebungen innerhalb der bürgerlichen Frauenbewegung.

### Feierabend.

**Tempelhof.** Heute Mittwoch 8½ Uhr bei Weder, Berliner Straße 41/42. Genassin Kathilde Wurm spricht über „Die Frauen der heutigen Gesellschaft“.

## Aus aller Welt.

### Die Pariser Apachen.

Ein mit großer Frechheit ausgeführter Raubanfall hat sich vor den Toren von Paris ereignet. Ein elektrischer Straßenbahnwagen wurde Montagmorgen gegen 5 Uhr, also am hellen Tage, in Rosty-le-sec von sechs Banditen überfallen, die den erschreckten Schaffner mit vorgehaltenem Revolver zwangen, ihnen seine Tageseinnahme von etwa 50 Fr. anzubändigen und sich dann an die Ausraubung der Passagiere machten. Während sie noch damit beschäftigt waren, die Fahrgäste auszulplündern, bemerkten einige in der Nähe weilende Polizisten den Vorfall und eilten herbei, um die von den Banditen Gebrängten zu befreien. Es entstand ein lebhafter Revolverkampf zwischen den Polizisten und den Banditen. Schließlich gelang es den Polizisten, drei Banditen kampfunfähig zu machen und zu verhaften, während die übrigen entflohen. Als der Wagen von Rosty-le-sec wieder nach Paris zurückfahren sollte, wurde er vorsichtshalber von drei Polizeibeamten in Zivil begleitet. Diese Vorsicht erwies sich auch als sehr angebracht, denn nach kurzer Zeit sprangen die entflohenen drei Banditen wieder auf den Wagen und versuchten, die

Ausplünderung der Fahrgäste fortzusetzen. Die Polizeibeamten in Zivil zogen aber sofort ihre Revolver, und nach einer längeren Schießerei gelang es, auch noch die letzten drei Banditen festzunehmen. Es handelt sich durchweg um Burschen von 18—20 Jahren, die offenbar durch die Lesüre von Rick Carter und sonstigen Schauerromanen zu ihrem Raubzug veranlaßt worden sind.

### Mobilisierungsfreuden.

Unser Reichsberger Parteiblatt, der „Vorwärts“, veröffentlicht zwei Briefe von Reservisten aus dem Jagdgebirge, die eingezogen und nach Bobotzen transportiert wurden. Der eine schildert die sechsstägige Bahn- und Schiffreise, auf der es nur zweimal zu essen gab. In der Bahn konnte das Volk in Wägen nicht schlafen, weil es stehen mußte, auf dem Schiff nicht, weil es da ein Volk — in Wägen war. Und übereinstimmend schildern beide, wie sie in den böhmischen Baracken aufeinandergeprügelt sind und wie es da nicht gibt als Patriotismus, allerhöchsten Dienst und vor allem — Laus!

### London ohne Straßenbahn.

Infolge eines Defektes in der elektrischen Zentrale für die Stromlieferung der Straßenbahnen stockte Montagabend der gesamte Londoner Straßenbahnbetrieb. 1200 Straßenbahnwagen standen zu gleicher Zeit in allen Stadtteilen Londons still und zwar gerade zu einer Zeit, als der Verkehr besonders lebhaft war. Es kam daher zu zahlreichen Zwischenfällen. Speziell wurden durch die Anhäufung von elektrischen Straßenbahnwagen die Arbeiter einer Fabrik gehindert, aus der Fabrik herauszukommen. Zwischen den Arbeitern und den Angestellten der Straßenbahn kam es infolgedessen zu einer Schlägerei, die durch das Eingreifen der Polizei geschlichtet werden mußte.

### Kleine Notizen.

**Durch Grubengase getötet.** In einem Bergwerke bei Kieico wurden zwei Arbeiter durch plötzlich vorkommende Grubengase getötet. Ehe Hilfe gebracht werden konnte, waren die beiden bereits erstikt.

**Schwerer Betriebsunfall.** Auf der Eisenbahnstrecke Sangerhausen — Gassen fuhr in der Nacht zum Dienstag ein Güterzug einem anderen in die Flanke. Mehrere Wagen kamen durch den Anprall zur Entgleisung. Dabei wurde der Schaffner Haase getötet und ein Zugführer verletzt.

**Von den Suffragetten.** Drei Anhängerinnen des Frauenstimmrechts wurden in Dublin verhaftet unter der Beschuldigung, Dienstag früh sechzehn Fenster Scheiben des Schlosses von Dublin, der offiziellen Residenz des Bischofs von Irland, eingeworfen zu haben. Die drei Angeklagten wurden zu einem Monat Zwangsarbeit verurteilt.

**Schwere Gasvergiftungen.** In einer Mühle in Rülheim an der Ruhr war ein Arbeiter, um Reparaturen auszuführen, in eine Ventilgrube gestiegen. Hierbei wurde er durch ausströmende Gase betäubt. Ein Mitarbeiter, ein Leiger und ein Ingenieur, die zu seiner Rettung herbeieilten, wurden durch die Gase gleichfalls betäubt und stürzten in die Grube. Von den Verunglückten, die in ein Krankenhaus gebracht werden mußten, ist bereits einer an Gasvergiftung gestorben.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. C. 54, Finienstr. 83—85.

Bewerbung: Kaffert: Arbeitsnachweis: Telefon: Amt Norden 1987. Amt Norden 185. Amt Norden 1239, 9714.

Donnerstag, den 30. Januar 1913, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshause, Saal 4, Engelufer 15:

## Klempner-Verammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht über die Verhandlung mit den Arbeitgebern betreffs des Tarifvertrags. — 2. Diskussion. Die Verammlung wird pünktlich um 6 Uhr eröffnet, da um 8½ Uhr der Saal anderweitig vergeben ist.

Donnerstag, den 30. Januar 1913, abends 8 Uhr:

## Branchen-Verammlung

der Drahtarbeiter Berlins und Umgegend im Lokal von Merkowskii, Andreasstr. 26.

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu unserem Tarif. Referent: Kollege Waud. — 2. Diskussion. — 3. Verschiedenes. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Kollegen.

Donnerstag, den 30. Januar 1913, abends 8 Uhr:

## Verammlung

der Mechaniker, Uhrmacher, Optiker, sowie aller in den mechanischen Betrieben beschäft. Kolleginnen u. Kollegen in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Adolf Cohen. — 2. Diskussion. — 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten. Mitteilungsbuch legitimiert. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Donnerstag, den 30. Januar 1913, abends 8 Uhr:

## Verammlung

fämtlicher in den Eisengießereien beschäftigten Former u. Berufsgenossen in den Borussia-Sälen, Adlerstr. 6/7.

Tagesordnung: Fortsetzung der Verammlung vom 16. Januar. — Branchenangelegenheiten. — Verschiedenes. Mitteilungsbuch legitimiert. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Die 11. ordentliche Generalversammlung des Gesamtverbandes findet laut Bekanntmachung des Vorstandes in Nr. 4 der „Metallarbeiterzeitung“ in Breslau am 16. Juni d. J. und den darauffolgenden Tagen statt.

Diejenigen Mitglieder der Verwaltungsstelle Berlin, die zu dieser Generalversammlung Anträge stellen wollen und wünschen, daß dieselben in den Bezirksversammlungen und der Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin zur Diskussion gestellt werden, müssen bis spätestens 10. Februar ihre Anträge bei der hiesigen Ortsverwaltung einreichen.

111/16 Die Ortsverwaltung.



**Alkoholfreie Getränke**

**Franz Abraham**  
Esb. Meissner u. Römertrank-Kell.  
N. 4, Berlin, S. 4, Fernsp. Kgt. 12708

**Si-Si**  
Bestes alkoholfreies  
Getränk.  
Berlin O, Rudolfstr. 4.

**Arbeiter-Bekleidung**

**Auto-Fachschulen**

**Sanke**  
Gr. Frankfurterstr. 44  
Eintr.-täg., Teils.gest.

**Bäckereien, Konditor.**

**Blottner's  
Großbäckerei**  
Geschäfte in  
Berlin,  
Charlottenburg,  
Schöneberg,  
Wilmerdorf.

**Brot-Fabrik, „Vorwärts“**  
Hermann Ulrich, Köpenick.

**Oskar Hanke's Brotbäckerei**  
75 Geschäfte  
in allen Stadtteilen Berlins  
und in Hildorf.  
Gegründet 1892.

**Ladenthin, O.**  
Grüner  
Weg 54.

**Franz Paulwetter, Wasserfeststr. 67.**  
E. Freyer, Blasenstr. 72, I. Markasir  
Georg Genz, Memelerstr. 20  
K. Gruschka, Königsbergerstr. 35

**Hoppe's Brot-Kramet, Adalbertstr. 64**  
Ernst Küster, Frankf. Allee 197.

**Franz Ludwig, Kochhausstr. 25**  
Emil Lieske, Grüner Weg 122  
August Mante, Ebertstr. 37  
Hermann Markau, Rigauerstr. 107  
Nuttke, Gipestr. 9.

**E. Mertins, Reichenbergerstr. 166.**  
E. Martin, Gleimstr. 55.  
Frig Müll, Gräferstr. 4.

**Alfred Müller, Brunnenstr. 87.**  
Roman Nowak, Welenstr. 8.  
Friedrich Ost, Madalstr. 10.  
Herm. Proell, Nannendamm.  
Friedrich Probst, Andreasstr. 51

**Bäckerei „Nordstern“**  
Inh.: Gust. Müller  
Filialen in verschied. Stadtteilen

**Ranfft Reichenbergerstr. 176**  
Admiralstr. 38 u. 19 a

**Arthur Roemer, Esb. Damm 101**  
Walter Hober, Anklamerstr. 26.  
Max Sander, Dunkerstr. 23.  
Otto Schmidt, Adalbertstr. 27.  
Heinz Schubert, Boxh. Chaus. 5/6  
Sikorski, Weissenhofstr. 10/11  
R. Schade, P. Allee 5/9 Fil. O. u. NO  
Paul Sorge, Proskauerstr. 21

**Rich. Schenk**  
Markus-  
Straße 38.  
P. Schmaier, Anklamerstr. 15.  
A. Schreier, Urbanstr. 61.  
H. Spillmann, Grüner Weg 115.  
Gustav Tappelt, Prinzen-Allee 61.  
Carl Tennert, Schleierstr. 19.  
F. Tiedemann, Boxh. Chaus. 47.  
F. Tiedemann, Boxh. Chaus. 47.

**Turban**  
Filialen in allen Stadt-  
teilen.  
Josef Ulrich, Manteuffelstr. 100.

**Volksbrot/E. G. m. b. H.**  
Ludwig Walter, Hufelandstr. 37.  
K. Walter jr., Löwestr. 18

**Hermann Wendt**  
Chorinerstr. 55  
Fil. Ackerstr. 1

**Wilhelma**  
Brodfabrik  
Andreasstr. 32.  
Otto Winkler, Nannenstr. 73.  
E. Wolff, Grüner Weg 75.

**Badanstalten**

**Arkena-Bad, Anklamer-Str. 34.**  
Landbergerstr. 107  
Göllnowstr. 41.

**Bad Ostend**  
Weberstr. 40 b  
Am Kgt. 894.  
Canitz-Bad, Münzstraße 2.

**Central-Bad**  
Neukölln  
Anzengruberstr. 25.  
Münchener Bad  
Münchenerstr. 51

**Bad Friedrichshain, Landb. Allee 153**  
Badenanstalt, Hasenheide 18.  
Bad Hufeland, Hufelandstr. 45.  
Kaiser-Friedrichs-Bad, Carlstr. 18.

**Original Lohlanien Bad**  
früher Büchel, Wallstr. 70/71

**National-Bad, Brunnenstr. 9.**  
Boxhag.-Str. 17  
Lief. all. Kassen

**Passage-Bad**  
Kottbuser-  
Damm 79.  
Reform-Bad, Wiener Str. 65.

**Silesia-Bad**  
Schlesische Str. 31.  
**Victoria-Bad**  
Kottbuser Damm 75  
Friedrich-Wilhelm-Bad  
Chausseestr. 97.

**Bandagen, Gummiw.**

**R. Baake, Stralauer Str. 50.**  
Berkholz, Köpenickerstr. 70.  
Lange, A. E., Brunnenstr. 167.  
Liepe, Schöneberg, Grödenstr. 20.  
Meyer, P. Allee, Berlinstr. 49-60.  
J. Ch. Pollmann, Lohrerstr. 60.

**Reiche, A.**  
Seydelstraße 15.  
Lief. aller Kassen  
Fr. Schulte, Adlershof, Bismarckstr. 3  
Weinbergsweg 1

**Zaremba**  
Drog.-hyg. Artikel.

**Beleucht.-Gegenst.**

**„Sari Imme jun.“**  
Grüner Weg 15  
15 Detail-  
Geschäfte.  
Böttner, A., Danzigerstr. 96.  
Hochar, 43  
Fabrikpreise

**W. Schröder**  
Fabrikpreise

**Bettfedern u. Betten**

G. Behrends, Neul. Kasseherstr. 108  
Bollmann, Fährbühlstr. 1. E. Schenk, A.  
Carl Henze, Adressstr. 55, Reizung  
Landberger Allee 149  
Max Schöne  
reell und billig.  
M. Zysnarski, Alt Moabit 82.

**Erscheint 2 mal  
wöchentlich.**

**Drogen u. Farben**

**Amol**  
Hausmittel.

**Reinh. Asamus, Gerichtstr. 10.**  
Gustav Borsig, Weidenweg 60.  
A. Dieppow, Taurogenerstr. 12.  
Haeberlein, Trept. Grasis-Beschir  
Prinz Handwerkerstr. 2 Nkl. G. Wolff.  
Klehn, H. Altk. Kaiser-Friedrichstr. 236  
Neukölln

**Kneesebeck-Drog., Hermannstr. 119.**  
Krönig, Adler-Drogerie, Sanierstr. 7.  
P. Lehke, Köpenickerstr. 31, Farlam  
Altr. Marach, Culmstr. 37.  
Rathaus-Drogerie, Nkl. Dammstr. 24.  
Neukölln  
G. R. Frenzel.

**Prinzenstr. 103**  
Alfred  
Hoffmann

**Fr. Schlussmann, Liebenauerstr. 22.**  
Hugo Schultz, Müllerstr. 166 a.  
H. G. Gammil, Photogr.-Artikel.  
Otto  
Gabelbergerstr. 7  
Thomayer.

**Werder-Drogerie, Britz Esb. verstr. 3a**  
Zobel, Georg, N. Ackerstr. 50

**Beerdig.-Anst., Sargm.**  
Bredlow Ebertswaldstr. 16 Werderstr. 35  
Otto Blüthner, Neukölln, Eibischstr. 11  
Nkl. Hohenollernp. 11  
H. Fischer  
Buckw. a. Eib. Krankenh. 11  
Oppelstr. 1  
Max Fuchs  
Frankfurter-Allee 179  
Hansich, Weissenhofstr. 10/11  
Hinkel, Fr. Gr. Hamburgerstr. 37  
Gust. Nobert, Potsdamerstr. 115 a  
H. Petermeyer, Stralauerstr. 8.  
Peter-Schley, Wilh. Zassenstr. 11.  
Neukölln  
W. Urban, Nannenstr. 1 Tel. Sek. 239

**Berufsbekleidung**

**Keizer, Otto, Gerichtstraße 96.**  
Roter Laden, Schöneb. Hauptstr. 198

**Bierbrauereien, Bierh.**

**W. Adelung & A. Hoffmann**  
Akt.-Brauerei Potsdam, Eib. Nieder.  
Berlin SW, Tempelhofer Ufer 15  
Brandenburg a. H. Wilhelmsstr. 110  
Spez. Potsd. Stangenbier

**Bergbrauerei Weißensee**  
E. J. Laper-  
s a. Maltbier

**Brauerei Königstadt**  
feinste Qualitätsbiere.

**Brauerei Tivoli**  
Weiß- u. Malt-  
Bier-Brauerei,  
Fruchtstr. 37

**Caramel-Weißbier**  
fast alkoholfrei, erfrischend, bekömmlich,  
Berliner Weißb.-Brauerei E. Willner

**Deutsche Bierbrauerei A. G.**  
Berlin-Fischelndorf

**Groterjans**  
Malzbier, Schink-Allee 130, T. III, 1942.

**C. Habels Brauerei**  
hell - Habelbräu - dunkel.

**Hempel, E., Müllerstr. 138 d.**

**Unser**  
**Goldbier**  
ist nicht nur ein  
Erfrischungsgetränk, sondern  
auch ein  
Gesundheitsbier ersten  
Ranges.

**Berliner Unions-Brauerei, Berlin S.**  
Luisenbrauerei Weißensee.

**Münchener Brauhaus Berlin.**

**Löwen-Brauerei**  
vorzügliche Fas- und  
Flaschen-Biere.

**Schulz, Herm., Schönleinstr. 23.**  
Vereins-Brauerei Teutonia, NW 87.

**Victoria-Brauerei**  
Victoria-Saazerbräu

**Weissbier, C. Breithaupt,**  
Pallasenstr. 97. Tel.-A. VII, 2624.

**Blumen und Kränze**

**Oskar Albertus, Müllerstr. 41.**  
Blumen-Fischer-Zöllner Seest. 60  
E. Bayer Str. 10, Friedr. Str. 30, Bergstr. 19  
O. Hahn, 58 Taglitz, Albrechtstr. 101  
G. Laurent  
Fährbühlstr. 11  
F. Müller, Danzigerstr. 27.  
Grisar, A. 6P. Meitzer, Skil. Eibischstr.  
W. Rutschke, Nkl. Hermannstr. 82

**Topfgewänze aller Art**  
Brig. Rindowwerstr. 22, Tel. Nkl. 134  
Zastrow, H. Turinerstr. 24.

**Butter, Eier, Käse**

**Butterhandlung**  
**J. F. Assmann**  
20 Filialen in Berlin O.

**Drei Kronen**  
Carl  
Davidsohn

**Gebrüder Groh**  
40 Filialen  
in Berlin und Vororten

**August Holtz**  
15 Detail-  
Geschäfte.

**F. HAGEN**  
22 Verkaufsstellen 22

**Gebrüder Manns**  
48 eigene Detailgeschäfte

**C. Dittmann**  
Neukölln  
Berliner Str. 43.  
E. Pehling, Eibingerstr. 56.  
Bergstr. 5 u. 57.  
Nkl. Müsch 34 35

**Bezugsquellen-Verzeichnis.**

**Witb. Pleß, Buttergroßhdlg.**  
Berlin C. 54, Rosenhallerstr. 40  
(Hackescher Hof), Fernsp. 1 Nord 3437

**Schulz, Arth. Nkl. Hermannstr. 53**

**Gust. Schultze & Sohn**  
Kosmalla, E., 4 Detail-  
Geschäfte

**Schröter, R.**  
43 Verkaufsstellen

**Uhly & Wolfram**

**Vereinigte Pommersche Meiereien**  
48 Verkaufsstellen

**Cacao, Chocolate**

**Adler's Konditorei, Wrangelstr. 87.**  
Althaus, Krüster-Beh. Lützowstr. 16.

**STOLWERCK**  
Gold Silber Kupfer

**Schokolade - Kakao**  
in drei Preislagen.

Die verschiedenen Sorten sind  
untereinander gleichwertig und  
unterscheiden sich, wie die  
deutschen Edelweine, nur durch  
ihre Aromen.

**Cylix, G.,** Filialen in all  
Stadtteilen

**Ferd. Hahn, Berlin, Petersburgerstr. 72**

**Seiffert, E.,** und Vororten

**Fordern Sie**  
**Kakao und Schokolade**  
**Wesenberg**

**Cigarrenhandlungen**

**P. Hofer, Kottbuser-Damm 79**  
Hüterstr. 77, Admiralstr. 3, Dresdenerstr. 16

**Klein, Wilh.,** Müllerstr. 184,  
Oberbaum 1.  
Krausk, Fr. NW, Wicelstr. 47.  
J. Nothmann, NW 87, Turmstr. 30.  
G. & S. Peterke, 56, Köpenickerstr. 14.  
W. Schuster Nl., Neanderstr. 28.  
Ab. Werner, Ecke Bläserstr. Akerstr.

**Damenkonfektion**

**Callmann**  
Neukölln, Bergstr. 153  
Gelegenhelikauf.

**Dombrowsky**  
Karl-Feld-Str. 11  
Ankerstr. 11  
Kottbuserstr. 74  
Branntstr. 33

**Restat, J.**  
Oskar Wollburg, Brunnenstr. 58.

**Eisen- u. Stahlw., Waff.**

**Aln. O., Nkl., Kaiser-Friedrichstr. 4**  
W. Allner, Mulackstr. 34.  
Beutel, C., Boxh. Neue Bahnh. St. 20  
Herm. Braun, Landb. Allee 149.  
Grüner Weg 49  
Wrangelstr. 99.

**Otto Belgig**  
Emil Braun, Adressstr. 75 Ecke Fähr-  
bühlstr. 11  
G. Brucklacher, Oranien-  
altr. 64, 5.  
F. Beutel, Nkl. Kaiser-Friedrichstr. 77  
Fleek, E., Spand. Schönewaldstr. 14.  
Carl Jung, Stromstr. 21.  
Franz Pfeiffer, O. Frankf. Allee 139.  
Eugen Heum, Nkl. W. Allee 129.

**Jungbluth, Hermannstr. 172.**

**H. Rockstroh,** Berlin  
Gödelstr. 25/26.  
Röhlmann, P. Müllerstr. 40b, E. Seest.  
F. Schubert, Taglitz 10, E. Schreierstr.  
Seilach, Th. Skilla, Hermannstr. 42  
E. Timm, Schleif-, Waldemarstr. 73  
Müller-  
Straße 29.

**Herm. Warschade**  
Alex. Weimar  
Alexandrienstr. 14  
Reichenbergerstr. 100  
(Inh. Otto Janke).

**Fahrräd., Nähmasch.**

**Fahrrad-Leihhaus Lohmann**  
Neue Schönhauser-Str. 11.

**Fahrrad-Haus Frischehof**  
Brunnenstr. 35.  
Gründung und Eigentum der  
radfahrenden Arbeiterschaft.

**Fährd., Schallpitt, Weissenhofstr. 47a**  
W. Malloschky, Oberbaumstr. 2, Rep  
A. Teichow, Nkl. Schiller-Platz 23

**Färbereien, Wäscher.**

**Groß-Dampfwäscher**  
„Spreizex“  
Berlin SO., Forsterstr. 5-6  
Tadellose Wäsche! Billigste Preise!

**Ch. Engelhardt**  
Neukölln  
Filialen in allen Stadtteilen  
Groß-Berlin.

**W. A. Hansa**  
Tel. III 1309

**O. Naefe**  
Färberei u. chem. Wäscherei  
L. Herren u. Damengarder-  
Läden in allen Stadtteilen  
Berlin, Rixdorf, Schöneberg

**G. Kullick, Färb., Wäscherei**  
Fil. Gustar Adalstr. 1, Weissenhofstr. 41  
Swinemünderstr. 56, Weddigerstr. 9  
Müllerstr. 4, Neukölln, Hermannstr. 37-39

**C. Dittmann**  
Neukölln  
Berliner Str. 43.  
E. Pehling, Eibingerstr. 56.  
Bergstr. 5 u. 57.  
Nkl. Müsch 34 35

**Fleischer u. Wurstw.**

**G. Amling, Neukölln, Eisenstr. 74**  
August Birnsteln-Dunkerstr. 78.  
O. Aschenbach  
L. Gertrudstr. 69

**August Bienert**  
Kaiserin  
Augusta Allee 9.  
Hans Böhm, Weidenweg 31.  
A. Bentele, Theaterstr. 21.

**Wilhelm Behr**  
Wurstfabrik,  
Speck- und Schinkensalzerel.  
Berlin-Schöneberg, Kolonnenstr. 57-58  
Beste und billigste Bezugs-  
quelle f. Wiederverkäufer.

**K. Christ, Eibingerstraße 54.**  
Ph. Christ, Petersburgerstr. 44.  
Darge, O., Pinowstr. 5.

**Thilo Dorgerloh, Löhnerstr. 23**  
St. Dorasewski, Ebertstr. 29.  
W. Dörr, Schwelbenerstr. 27.  
August Fejzer, Grünauerstr. 6  
Feyerherm, F., Al-Bahagen 11.  
W. Friedmann, Nkl., Werthstr. 7.  
Oskar Fröhlich, Eiblingstr. 16.  
Willy Gericke, Petersburgerstr. 21  
Albert Goltz, Frankf. Allee 121.  
Fr. Gerlach, Taurogenerstr. 1 a.  
Gustav Girra, Waldemarstr. 11  
R. Gleue, Weissenhofstr. 11  
W. Friedmann, Nkl., Werthstr. 7.  
Oskar Fröhlich, Eiblingstr. 16.  
Willy Gericke, Petersburgerstr. 21  
Albert Goltz, Frankf. Allee 121.  
Fr. Gerlach, Taurogenerstr. 1 a.  
Gustav Girra, Waldemarstr. 11  
R. Gleue, Weissenhofstr. 11

**Otto Grube**  
Gesinde, Rich.

**Gutschmann's**  
Fleisch- u. Aufschn.-  
Centre, Wichstr. 139.  
O. Gleick, Neukölln, Heusenp. 17.  
R. Grieger, Charl., Gernerstr. 19.  
F. Gutschmidt, Kolonnenstr. 32.  
Heinrich Höhne, Skallenstr. 97.  
Köpenicker-  
str. 5.  
Fr. Jaster, Keilstr. Damm 15, Fleisch- u. Wurstw.  
ff. Fleisch- u. Wurstw.  
B. Imming  
Manteuffelstr. 102.  
Heinz Jochmann, Zietenstr. 41.  
Max Kaller, Zietenstr. 27.  
Wilhelm Kitz, Kniprodstr. 118.  
F. Klarholz, Pintscherstr. 6.  
Fritz Klein, Kottbuserdamm 11.  
Fritz Klesse, Markussstr. 31

**Bruno Keller**  
Moabit  
Huttenstr. 11.  
Otto Koch, Alte Jacobstr. 17.  
Fritz Koebke, Kl. Andreasstr. 11.  
Bruno Kusche, Fruchtstr. 28.  
Ernst Kolbe, O. 112, Weissenhofstr. 15  
Königsbergerstr. 37.  
A. Krumm, ff. Fleisch- u. Wurstwaren  
M. Kops, Reichend., Reichenstr. 154.  
H. Kunert, Schöneberg, Göttenstr. 41  
A. Lange, Reichend., Reichenstr. 113

**Neukölln,**  
Niemetzstr. 8.  
Weiden  
weg 73.  
Fr. Lindemann, Emdenerstr. 43.  
August Lincke, Alte Jacobstr. 26.  
Emil Lindigkeit, Nkl. Kaiserstr. 8.  
Lochmann, Malpauerstr. 32.  
R. Lohmeyer, Rostockerstr. 43.  
Luehke, Joh. Fleisch- u. Wurstfabrik  
Lebensmittelvertr. Kaiser-Wilhelmstr. 119 a  
Aug. Maar, Schulstraße 103.  
M. Märkschhaus, Nkl., Werthstr. 73  
M. Mausberger, Nkl., Kaiserstr. 16  
Max Metzler, Rigauerstr. 16.  
R. Müller, Fankow, Wollankstr. 101

**Rob. Lindner, Niemetzstr. 8.**  
Weiden  
weg 73.

**Wilhelm Liebherr**  
Fr. Lindemann, Emdenerstr. 43.  
August Lincke, Alte Jacobstr. 26.  
Emil Lindigkeit, Nkl. Kaiserstr. 8.  
Lochmann, Malpauerstr. 32.  
R. Lohmeyer, Rostockerstr. 43.  
Luehke, Joh. Fleisch- u. Wurstfabrik  
Lebensmittelvertr. Kaiser-Wilhelmstr. 119 a  
Aug. Maar, Schulstraße 103.  
M. Märkschhaus, Nkl., Werthstr. 73  
M. Mausberger, Nkl., Kaiserstr. 16  
Max Metzler, Rigauerstr. 16.  
R. Müller, Fankow, Wollankstr. 101

**A. Möbes Nchf.**  
Fleischwaren u. Wurstfabrik  
Berlin N 24 Oranienburgerstr. 4

**Georg Naumann, Gärtnerstr. 19.**  
Frankfurter  
Allee 175.

**F. Meborowsky**  
Nord-Deutsche Fleisch- u. Wurst-Zentrale  
N. 113.  
Anklamerstr. 17

**N. P. Zimmermann**

**Paul Nuss**  
Stolpische  
Str. 35.

**Ptach**  
Frankfurterstr. 23.

**P. Rechel**  
Wurstfabrik, Landb.-  
Allee 130, Spr. Rohl-  
schink, Nußschink, Schinken-  
speck

**Riedel, B.**  
Hermannstr. 46.  
Rodewald, Franz-Allee 29, T. Kai. 2196.  
Franz Rose, Frankf. Chausse 21 a.  
Ottomar Rudolph, Gärtnerstr. 17  
Herm. Raubholz, Zietenstr. 18  
A. Rehmet, Mosh., Perlebergerstr. 2  
E. Rummelandt, Theaterstr. 60.  
Hermann Schmidt, Theaterstr. 48.  
Gebr. Schulz, Löhnerstr. 7.  
W. Segling, Christburgerstr. 43.  
Max Schlack, Langestr. 67.  
Th. Scheuermann, Holmholtstr. 1.  
Otto Schmalz, Jahnsstr. 1.  
Schramm, Fährstr. 22, Trög. Pl. 11707  
Otto Schliensner, Nkl. Kaiserstr. 6

**Otto Schubert**  
Köpenickerstr. 93.  
Spez. Wurst-Gesch.

**Aug. Szecygiel, Nkl., Teupinerstr. 119**  
Hohenfried-  
bergerstr. 1.

**E. Schauer, Huttenstr. 70.**  
E. Scherzberg, Reichend., Hasenstr. 9.

**Max Schubert**  
156 a.  
Barthard Fleisch-Zentrale, Rigauerstr. 62  
Thuring. Fleisch- u. Wurst-Fabrik  
F. Sommermann, Boxhagenstr. 15  
L. Trapp, Weissenhofstr. 10, Waldemarstr. 53  
Gust. Tschentke, Brillenauerstr. 8.  
Tschornberg, Steal-Bismarckstr. 8.  
Max Thimmel, Christburgerstr. 24.  
Nannenstr. 17  
Karl Unte  
E. Fleisch- u. Wurstw.  
Uhig, Paul, Köpenickerstr. 28.

**G. Vettin**  
Grüner Weg  
57 57

**Warschauer Fleisch- u. Wurst-  
Centrale, Warthauerstr. 83**

**A. Weizel, Woldenbergerstr. 30**  
Otto Zelm, Neuk., Fuldstr. 56.  
Paul Zwarg, Landb. Allee 136.  
Ernst Ziffer, Oderbergerstr. 87.  
L. Zimmermann, Kottb. Damm 94

**Glas u. Porzellan**

**G. Krüger, Weidenburgerstr. 73**

**W. Becker, Gltz, Wilmstr. 117**

**Haar-Artikel**



Der preußische Wohnungsgesetzentwurf,

Das Wohnungselend in Preußen schreit zum Himmel. Besonders Arbeiter sind vielfach gezwungen, in engen, dumpfen Wohnungen zu wohnen, die in sanitärer und sittlicher Beziehung ganz unzulänglich sind.

Seit Jahrzehnten hat die Sozialdemokratie auf die Notwendigkeit gesetzgeberischen Eingreifens hingewiesen. Wiederholt ist im Reichstag von der sozialdemokratischen Fraktion beantragt, Normativbestimmungen bezüglich der Beschaffenheit der Wohnungen reichsgesetzlich aufzustellen.

Und was ist seitens Preußen geschehen? Eine gesetzliche Regelung ist in der Thronrede vom 8. Januar 1901 für erforderlich erklärt. Im preußischen Abgeordnetenhaus ist die Regelung der Wohnungsfrage für eine der wichtigsten Aufgaben unserer inneren Politik vom Ministerpräsidenten aus anerkannt.

Inzwischen hatten auch weitab von der Sozialdemokratie stehende Richtungen die Dringlichkeit eines Reichswohnungsgesetzes erkannt. In der letzten Session des Reichstags hatten die aus dem Gebiete des Wohnungswesens herrschenden Mängel, die aus ihnen resultierenden, die Gesundheit der Arbeiterklasse und des Mittelstandes schwer bedrückenden Schäden unsere Fraktion abermals veranlaßt, die Einbringung eines Gesetzesentwurfes zur Regelung des Wohnungswesens zu verlangen.

I. Die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag in der nächsten Tagung Gesetzesentwürfe, betreffend Regelung des Wohnungswesens vorzulegen, die folgende Grundzüge enthalten:

1. Mindestvorschriften über Beschaffenheit und Benutzung der Wohnungen (Lage, Luftstrom, Zufuhr von Licht und Luft in die Wohn-, Schlaf- und Arbeitsräume, Zahl und Anlage der Aborte, Schlafstellenwesen usw.) unter Anpassung an die besonderen Verhältnisse in Stadt und Land.

II. Die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, die Ergebnisse der Wohnungsaufsicht, des Standes des Wohnungs- und Bodenmarktes, der Wohnungsmieten und der Bautätigkeit jährlich zu veröffentlichen.

III. Den Herrn Reichstanzler zu ersuchen, in geeigneter Weise darauf hinzuwirken, daß im Wege der Landesgesetzgebung der Bau von Kleinwohnungen gefördert werde:

1. durch Festsetzung von Normativbestimmungen über Bodenaufteilung, Bebauungspläne und Bauordnungen behufs Verbilligung und Erleichterung des Kleinwohnungsbaues sowie zwecks weiträumiger Bebauung und Zentralisation der Bebauung, unter Anpassung an die besonderen Verhältnisse in Stadt und Land; 2. durch Gewährung von Steuer- und Abgabenerleichterungen an die Besitzer von Häusern mit Kleinwohnungen sowohl seitens des Staates wie der Kommunen; 3. durch Gewährung des Enteignungsrechts an die Kommunen zur Beseitigung von schweren Mängeln im Bebauungs- und Wohnungswesen.

Die reichsgesetzliche Regelung des Wohnungswesens schien also im Marsche zu sein. Das von den Regierungen, voran der preussischen, sorgsam behütete Sonderinteresse der Monopolisten an Grund und Boden hat aber dafür gesorgt, daß abermals ein Stillstand eintrat. In der Budgetkommission wurde dem Staatssekretär Delbrück wegen der Untätigkeit auf diesem Gebiet von allen Parteien arg zugesetzt. Er gab eine Erwiderung, die dahin ausgeht: wenn Preußen nicht bald einschreite, werde die Reichsgesetzgebung vorgehen. Am dieselbe Zeit Häufte der Oberbürgermeister von Berlin, der frühere Staatssekretär Vermuth, mit der Klage darüber in die Öffentlichkeit, daß die preussische Regierung das dringende Ersuchen des Magistrats, der die Schaffung eines kommunalen Wohnungsamts vorschlug und die Regierung um Uebertragung der Wohnungspolizei auf die Stadt ersucht hatte, völlig unbeantwortet ließ.

Er bleibt noch weit hinter den Forderungen des Entwurfs von 1904 zurück und ist absolut ungeeignet, etwas Wesentliches zur Milderung des Wohnungselends beizutragen. Er klingt wie eine Verhöhnung des Wohnungselends.

Die Vorschriften des Entwurfs beziehen sich auf Baugelände, baupolizeiliche Vorschriften, Wohnungsordnungen und Wohnungsaufsicht. Keine einzige positive Vorschrift über Beschaffenheit der Wohnung ist in ihm enthalten. Abgesehen von dem Verlangen, daß für Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern eine Wohnungsordnung von der Polizei zu erlassen ist und daß für Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern ein Wohnungsamt zur Durchführung der Wohnungsaufsicht errichtet werden muß, enthält er im wesentlichen lediglich dem Belieben der Polizeibehörde anheimgestellte allgemeine Ermächtigungen.

Artikel I befaßt sich mit Vorschriften über das Baugelände. Während bisher nach dem Wortlaut des Fluchtliniengesetzes die Ortspolizeibehörde die Festsetzung von Fluchtlinien nur aus Rücksicht des Verkehrs, der Feuerüberheit und der öffentlichen Gesundheit verlangen konnte, soll sie künftig die Festsetzung von Fluchtlinien verlangen können, wenn die von ihr wahrzunehmenden polizeilichen Rücksichten über die Rücksicht auf das Wohnungsbedürfnis die Festsetzung erfordern. Es soll ferner darauf Bedacht genommen werden, daß in ausgiebiger Zahl und Größe Plätze (auch Gartenanlagen, Spiel- und Erholungsplätze) vorgeesehen, daß für Wohnzwecke Baubläde von angemessener Tiefe und Straßen von geringerer Breite entsprechend dem verschiedenartigen Wohnungsbedürfnisse geschaffen werden, und daß durch die Festsetzung Baugelände entsprechend dem Wohnungsbedürfnisse der Bebauung erschlossen wird. Die im Entwurf von 1904 vorgesehene Vorschrift ist nicht aufgenommen, nach der Ermäßigungen für Anliegerbeiträge stattfinden können, wenn es sich um Bauten mit gesunden Wohnungen für minderbemittelte Familien handelt.

Artikel II schreibt vor, daß baupolizeiliche Vorschriften insbesondere regeln können: 1. die Abstufung der baulichen Ausnutzungswerte der Grundstücke; 2. die Ausweisung besonderer Ortsteile, Straßen und Plätze, für welche die Errichtung von Anlagen nicht zugelassen ist, die beim Betrieb durch Verbreitung über Dünste, durch starken Rauch oder ungewöhnliches Geräusch Gefahren, Nachteile oder Beschädigungen der Nachbarschaft oder des Publikums überhaupt herbeizuführen geeignet sind; 3. der Verputz und der Anstrich oder die Ausführung der vornehmlich Wohnzwecken dienenden Gebäude und anderer an Straßen und Plätzen liegenden Bauten. Es sollen ferner für die Herstellung und Unterhaltung der Ortstraßen abgestufte Vorschriften (Verkehrsstraßen, Wohnstraßen) gegeben werden können. Es soll also, was heute in der Regel der Polizei schon zusteht, auch künftig in ihr Ermessen gelegt werden.

Artikel III behandelt die „Benutzung der Gebäude“. Es müssen danach für Gemeinden und Gutsbezirke mit mehr als 10 000 Einwohnern Wohnungsordnungen — allgemeine Vorschriften über die Benutzung der Gebäude zum Wohnen und Schlafen — erlassen werden, für kleinere Gemeinden können solche Wohnungsordnungen erlassen werden. Niemand — selbst im Gegensatz zu den winzigen Vorschriften des Gesetzes von 1904 — bestimmte gesetzliche Vorschriften über Luftstrom, Zufuhr von Licht und Luft, Zahl und Anlage der Aborte usw. — überall nur Festsetzung des schon heute bestehenden polizeilichen Verhältnisses.

Artikel IV wiederholt die Bestimmungen des Gesetzesentwurfs von 1904 über die Durchführung der Wohnungsaufsicht. Diese soll, aber unbeschadet der Befugnisse der Ortspolizeibehörde, dem Gemeindevorstand obliegen. Für Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern muß ein Wohnungsamt errichtet werden, das mit der erforderlichen Anzahl beamteter Wohnungsaufsicher besetzt sein muß und dem auch ehrenamtlich tätige Personen als Mitglieder angehören können. Für kleinere Gemeinden kann die Errichtung eines solchen Wohnungsamts vorgezogen werden, auch sollen mehrere Gemeinden gemeinsam ein Wohnungsamt bilden können. Ginden sich Mängel bei der Ausübung der Wohnungsaufsicht vor, so soll zunächst Abhilfe durch Rat, Belehrung oder Mahnung versucht, eventuell die Polizeibehörde um Einschreiten ersucht werden.

Nichts zur Bekämpfung der Mietskajernen, nichts über ein Mindestmaß von Luft und Licht, kein Enteignungsrecht zugunsten der Gemeinde, keine Wahrung der Selbstverwaltung der Gemeinden, keine Aufhebung der kommunalen Vorrechte der Haus- und Grundbesitzer! In der Tat ein Entwurf, der weniger als nichts zur Beseitigung des Wohnungselends bringt. Von Preußen ist auf diesem so wichtigen Gebiete keinerlei Fortschritt zu erwarten. Die Gesetzgebung des Reichs wird im Interesse der Gesundheit seiner Einwohner nunmehr entschieden vorgehen müssen. Am 22. Mai 1912 war der Reichstag über die Notwendigkeit eines schleunigen Eingreifens seitens des Reichs einig. Wird die Verhöhnung, die der sogenannte Wohnungsgesetzentwurf aus Preußen seinen Bestrebungen angedeihen läßt, die Einigkeit aufheben?

Jugendbewegung.

Eine Kaiserhuldigung.

Der Bund Jungdeutschland gibt in Gemeinschaft mit der Deutschen Turnerzeitung seit dem 1. Januar die Wochenzeitung „Jungdeutschland-Post“ heraus. Die neueste Nummer (4) widmet Wilhelm II. aus Anlaß seines Geburtstags eine volle Seite. Sie wird ausgefüllt von einem großen Brustbildnis Wilhelms II., dem eine Huldigung angehängt ist, in der es heißt:

„Der Eintritt in das 55. Jahr ist für unseren Kaiser von besonderer Bedeutung, wird er doch darin sein 55jähriges Herrscherjubiläum feiern. Ein Vierteljahrhundert ununterbrochener Arbeit und Sorge für das Wohlergehen des deutschen Volkes! Jungdeutschland bringt seinem Kaiser zu seinem Geburtstag dankerfüllte, freudige Herzen dar, die in Liebe für ihn und das Vaterland schlagen, und bindet in den Strauß seiner Glückwünsche neben die Blumen der Liebe und Ehrfurcht noch die der Hoffnung, auf daß er noch lange in Glück und Wohlergehen zum Segen des Reiches regieren möge, sei es im Frieden, sei es, wenn er es für gut hält, im Kriege. Jungdeutschland steht allezeit zu ihm!“

Im Interesse der Klärung ist es gewiß erfreulich, daß die Deutsche Turnerzeitung sich offen zu den dynastischen und kriegsgerichten Bestrebungen ihres neuen Bundesgenossen bekennet. Hoffentlich wird dies freimütige Bekenntnis, das eine Kampfanlage gegen die Friedens- und Demokratisierungsbestrebungen der Arbeiterklasse darstellt, auch von den Arbeitermitgliedern der Deutschen Turnerzeitung beachtet und gebührend gewürdigt.

Aus Industrie und Handel.

Rußlands Petroleumergenzung.

Nach einem Bericht des „St. Petersburger Herald“ ist die Naphthaerzeugung in Rußland im Jahre 1912 gegen das Vorjahr nicht gestiegen. Gegen das frühere Jahrzehnt besteht also noch immer ein großer Produktionsausfall. Es wurden erzeugt: 1901: 706 Millionen Pud, 1912: 580 Millionen Pud. Nach den Produktionsstätten verteilt sich die Ausbeute:

Table with 2 columns: Region and Production (1912, 1901). Rows include Baku Gebiet, Grofni, Tschelken, Matop, Pechanagebiet, and Embagebiet.

Zu ganzen in Rußland 590 706

Der Rückgang trifft also allein das Baku Gebiet, und zwar die vier alten Gattfelder. Die Abnahme der Ausbeute auf diesen Gattfeldern ist auf die allmähliche Verriegung der Quellen zurückzuführen. Die starke Verminderung der Ausbeute, trotzdem man intensivere Bohrungen vornahm, zeigt deutlich, daß man mit der Tatsache einer vollständigen Verriegung dieser Naphthagebiete rechnen muß, da die Ausbeute sich ständig verringert. Die anderen Naphthagebiete, deren Erschließung erst in den letzten vier Jahren in Angriff genommen worden ist, zeigen auch noch nicht die Ergebnisse, die man anfänglich von ihnen erhofft hatte. Das Grofniagebiet lieferte im Vorjahr eine größere Naphthaerzeugung. Durch neue Bohrungen glaubt man die Produktion wieder zu heben. Immerhin ist wenigstens in den nächsten Jahren mit keinem wachsenden Export zu stetigen Preisen aus den russischen Petroleumgebieten zu rechnen.

Die Paketpost in Nordamerika.

Die Post der Vereinigten Staaten von Nordamerika hat am 1. Januar 1913 eine Neuerung eingeführt; sie übernimmt die Beförderung von Paketen. Der Paketdienst lag bisher in den Händen der „Expressgesellschaften“, mächtiger Gruppen von Kapitalisten, die ein glanzvolles Geschäft machten. Sie verteilten bis zu 50 Prozent Dividenden und außerdem noch sogenannte „Retonen“, wie es bei amerikanischen Finanzmännern heißt, aus aufgeschobenen Ueberkäufen. Diese Expressgesellschaften sind zugleich große Geldinstitute, sie befördern auch Geldsendungen, stellen Kreditbriefe aus usw. Die Vereinigten Staaten haben diese Expressgesellschaften nicht ausgesetzt, haben ihnen keine Entschädigungen gezahlt, sondern sind einfach als Konkurrent aufgetreten. Einen Verkauf lehnten die Gesellschaften rundweg ab. Als sie auch die Verabschiebung der hohen Gebühren verweigerten, forderte das Publikum die öffentliche Paketpost. Durch diese letzten Kämpfe hat die Paketpost zugleich eine Auserkennung erhalten, und das Geschäft der Paketpost hat sofort im ersten Monat einen gewaltigen Umfang angenommen. Niemand zweifelt daran, daß die mächtigen Expressgesellschaften dieser Konkurrenz nicht gewachsen sind; denn sogar ein großes Defizit in den ersten Jahren will für die Post nicht bedeuten. So werden die Privatgesellschaften das Feld räumen müssen, ohne Verkauf, ohne Entschädigung. Die Post hat sofort billige Raten eingeführt; sie bezahlt und behandelt ihre Angestellten weit besser als die Expressgesellschaften.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet in den Räumlichkeiten 69, vom vier Treppen — Jahrgang —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Samstags, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten drückenden Auftrag ist ein Wunsch nach einer Zahl aus Wertigkeiten beizulegen. Briefliche Antworten werden nicht erwidert. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beiliegend ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen frage man in der Sprechstunde vor.

- List of letters and questions from readers, including topics like 'Korrespondenz', 'Recht', 'Wahl', 'Streit', 'Kauf', 'Verkauf', 'Erbrecht', 'Schuld', 'Kauf', 'Verkauf', 'Erbrecht', 'Schuld', 'Kauf', 'Verkauf', 'Erbrecht', 'Schuld'.



# Arbeiter-Bildungsschule.

Donnerstag, den 30. Januar, abends 8 1/2 Uhr,  
im Schullokal, Grenadierstr. 37:

## Generalversammlung

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes, des Lehrerkollegiums und der Revisoren. 2. Anträge. 3. Schulangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert. Beiträge müssen bezahlt werden.

## Achtung! Gastwirte Charlottenburgs! Achtung!

Am Donnerstag, den 30. Januar, nachmittags 5 Uhr, findet im großen Saale d. Spandauerbergbrauerei, beim Kollegen Stegmeier, eine

## Allgemeine große Versammlung

sämtlicher Gast- und Schankwirte Charlottenburgs

statt, wozu wir freundlichst einladen. Tagesordnung und Referenten werden in der Verammlung bekannt gegeben. Zur Vorbereitung gelangen nur örtliche Angelegenheiten.

Einberafer: Die Reinerkommission der Gastwirte Charlottenburgs.

## Hausarztverein Nord-Ost.

Mittwoch, den 29. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in den „Union-Festsaal“, Greifswalderstr. 221-223:

## Öffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Vortrag des Genossen Dr. Moses über:

„Der alte reiche Kinderlegen im Arbeiterhaus!“

Diskussion. Fragebeantwortung. Eintritt frei!

Ausnahmen für den Verein werden in dieser Versammlung entgegengenommen sowie auch beim Vorsitzenden Otto Wölke, Brunnenstr. 84.

# Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Bureau: Melchiorstraße 28, part. Fernsprecher Amt Wpl. Nr. 4787. Filiale Berlin. Arbeitsnachweis: Räderstraße 9 Fernsprecher: Amt Norden 6708.

Donnerstag, den 30. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in Kellers Neue Philharmonie, Köpenicker Straße 96/97:

## Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung: 1. Wahl der Delegierten (Stichwahl) zur 14. ordentl. Generalversammlung. 2. Verbandsangelegenheiten.

Nach Wahlreglement dürfen nur die Kollegen sich an der Wahl beteiligen, die mit ihren Beiträgen nicht länger als vier Wochen im Rückstand oder denen die Beiträge gestundet sind.

Mitgliedsbuch legitimiert. Zutritt freier Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Blumen- und Franzbinderei von Robert Meyer, Ind.: P. Golletz, Mariannenstr. 2. Tel. Mpl. 346.

## Stavistraße 32-39,

Querstraße an der Müllerstraße, sind in neu erbauten Häusern mit Hofgärten (Tennisplatz und Wäldchen im separaten Hof, Keller-Eingang)

## 1 und 2 Zimmer-Wohnungen

mit Warmwasser-Versorgung

per sofort oder 1. April 1913 billig zu vermieten. Zu erfragen im Verwaltungsbureau, Nr. 35/36. 267/16\*

# Ortskrankenkasse für Panfow.

Der Vorstand für das Jahr 1913 besteht aus folgenden Herren: Otto Rihmann, Berlin-Panfow, Präsident. Dr. Vorländer, Karl Lubig, Berlin-Panfow, Kaiser-Friedrichstr. 15, Kassentr. Berl. Rechtsanw. Hofst., Berlin-Panfow, Ralmerstr. 10, Richard Reinhold, Hermann Lühde, Berlin, Paul Hofmann, Paul Stolte, Dennis Hüsch, Berlin-Legel. Otto Rihmann, Vorsitzender. 266/12

Merkowski's Andreas-Garten. Ind. Brüggemann. Andreasstraße 26. Fernspr. 12918 Königl. empfiehlt den geehrten Herren und Gemeindefürsorge mit Nebenräumen für Versammlungen und Festlichkeiten. Regelbahn noch einige Tage frei.

## Achtung! Glasschleifer u. Glasbläser.

Donnerstag, den 30. d. M., abends 8 Uhr:

## General-Versammlung der Zahlstelle Berlin

bei Voeter, Weberstraße 17. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom vierten Quartal 1912. 2. Bericht und Neuwahl der Ortsverwaltung. 3. Wahl einer Statutenberatungskommission. 4. Verschiedenes. Legitimation: Mitgliedsbuch. 71/1 R. H. Schröder.

# Theater und Vergnügungen

Mittwoch, 29. Januar 1913.

Anfang 7 1/2 Uhr. Kgl. Opernhaus. Lammhäuser. Kgl. Schauspielhaus. Die Fledermaus. Deutsches. Hamlet. Zirkus Busch. Gala-Vorstellung. Zirkus Albert Schumann. Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Die Weltmacht des Eisens. Hörsaal 8 Uhr: Dr. W. Berndt: Träger der Fortpflanzung im Selbstakt. Deutsches Opernhaus. Die Fledermaus. Trianon. Wenn Frauen reisen. Theater am Nollendorfplatz. Die Studentengräfin. Leffing. Das Prinzip. Kammerstücke. Schöne Frauen. Königgräber Straße. Die fünf Frankfurter. Groß-Berlin. Das hübsche Kind. Deutsches Schauspielhaus. Der gute Ruf. Berliner. Filmzauber. Montis Operetten. Der Frauenfresser. Arines. Professor Bernhardt. Die Frau Präsidentin. Thalia. Puppen. Luise. Und hätte der Liebe nicht... Metropol. Chauffeur - ins Metropol. Komödienhaus. Die Generalde. Hofe. Mein Leopold. Herrfeld. Die Alpenbrüder. Wästen-moral. Schiller O. Wollenstr. Schiller-Charlottenburg. Die Schmetterlingsschlacht. Casino. Am grünen Strand der Syre. Wintergarten. Spezialitäten. Apollo. Brüderlein sein. Spezialitäten. Reichshallen. Cavalleria schusticana.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Reue Volkstheater. Mutter Landstraße. Anfang 9 Uhr. Admiralspalast. Die Bolle: Blick in St. Moritz. Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Schiller-Theater O. Theater. Mittwoch, abends 8 Uhr: Wolkenkratzer. Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Geschwister. Elga. Freitag, abends 8 Uhr: Uriel Acosta. Schiller-Theater Charlottenburg. Mittwoch, abends 8 Uhr: Die Schmetterlingsschlacht. Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Schmetterlingsschlacht. Freitag, abends 8 Uhr: Die Haubenlerche. Montis Operetten-Theater (fr. Neues Theater). Amt Norden 1141. 8 Uhr: Der Frauenfresser.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Schiller-Theater Charlottenburg. Mittwoch, abends 8 Uhr: Die Schmetterlingsschlacht. Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Schmetterlingsschlacht. Freitag, abends 8 Uhr: Die Haubenlerche. Montis Operetten-Theater (fr. Neues Theater). Amt Norden 1141. 8 Uhr: Der Frauenfresser.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Schiller-Theater Charlottenburg. Mittwoch, abends 8 Uhr: Die Schmetterlingsschlacht. Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Schmetterlingsschlacht. Freitag, abends 8 Uhr: Die Haubenlerche. Montis Operetten-Theater (fr. Neues Theater). Amt Norden 1141. 8 Uhr: Der Frauenfresser.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Schiller-Theater Charlottenburg. Mittwoch, abends 8 Uhr: Die Schmetterlingsschlacht. Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Schmetterlingsschlacht. Freitag, abends 8 Uhr: Die Haubenlerche. Montis Operetten-Theater (fr. Neues Theater). Amt Norden 1141. 8 Uhr: Der Frauenfresser.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Schiller-Theater Charlottenburg. Mittwoch, abends 8 Uhr: Die Schmetterlingsschlacht. Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Schmetterlingsschlacht. Freitag, abends 8 Uhr: Die Haubenlerche. Montis Operetten-Theater (fr. Neues Theater). Amt Norden 1141. 8 Uhr: Der Frauenfresser.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Schiller-Theater Charlottenburg. Mittwoch, abends 8 Uhr: Die Schmetterlingsschlacht. Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Schmetterlingsschlacht. Freitag, abends 8 Uhr: Die Haubenlerche. Montis Operetten-Theater (fr. Neues Theater). Amt Norden 1141. 8 Uhr: Der Frauenfresser.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Schiller-Theater Charlottenburg. Mittwoch, abends 8 Uhr: Die Schmetterlingsschlacht. Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Schmetterlingsschlacht. Freitag, abends 8 Uhr: Die Haubenlerche. Montis Operetten-Theater (fr. Neues Theater). Amt Norden 1141. 8 Uhr: Der Frauenfresser.

## Berliner Theater.

Zum 100. Male: 8 Uhr: Filmzauber.

## Theater in der Königgräber Straße

8 Uhr: Die fünf Frankfurter.

## Deutsches Schauspielhaus

8 Uhr: Der gute Ruf.

## Theater am Nollendorfplatz 5.

Am allen Tagen der Woche 8 Uhr: Die Studentengräfin.

## Theater des Westens.

Wiedereröffnung Sonnabend, 1. Febr. Zum 1. Male: Die beiden Husaren.

## Residenz-Theater, 8 Uhr.

Die Frau Präsidentin. (Madama la Présidente). Schwanli. 3 Akt v. Hennequin u. Vedet. Morgen und folgende Tage: Die Frau Präsidentin.

## Luisen-Theater.

Mittwoch, abends 8 Uhr: „Und hätte der Liebe nicht...“ Donnerstag, abends 8 Uhr: Gastspiel: Melanie Spielmann: Nora. Freitag, abends 8 Uhr: Nora. Gastspiel: Melanie Spielmann.

## ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 139. Mein Leopold. Volkstheater m. Gel. in 3 Akten von Adelph. d'Abronge. Musik von H. Bial. - Anfang 8 Uhr. (Zu d. heut. Vorst. sind sämtl. Billets bereits vergeben.) Morgen und folgende Tage: Mein Leopold.

## Metropol-Theater

Chauffeur - ins Metropol! Große Jahresrevue mit Gesang und Tanz in 10 Bildern. Otto Reutter a. G. mit sämtlich neuem Repertoire! abends 8 Uhr. Randen gestattet.

## Apollo Theater

Abends ab 8 Uhr! Letzte Woche! des grandiosen Programms. Nelson Ritschie Comp. Knill und Kroll. Darius Yana. 8 1/2 Uhr: „Brüderlein sein“. Alt-Wiener Singspiel von Jul. Wilhelm. Musik v. Leo Fall. Usw.

## Folies Caprice.

Anfang 8 1/2 Uhr. Die drei Saison-Schlager: In Sachen Kavenstein. Die Doppelkirma. Die Tochter der Braut.

## Walhalla-Theater

Weinbergsweg 19/20. Rosenthal. Tor. Abends 8 1/2 Uhr: Goldener Lichtsinn.

## Trianon-Theater.

Wenn Frauen reisen. Anfang 8 Uhr.

## Brauerei Friedrichshain

am Königstor. Heute!!! Elitetag! des amüsantesten Bockbierfestes: Auf der Alm. Das Kostüm in 10 Minuten. Jubel - Trubel. Ueberraschungen. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

## Neue Welt

Arnold Scholz Hasenheide 108/114. Heute Mittwoch, den 29. Januar: Bockbierfest in den bayerischen Alpen. 30 bayrische Mad'l. Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf. Voranzeige! Morgen Donnerstag, 30. Januar: Elitetag. Keine Fleischnot! Großes Spanferkel-Essen. Portion 80 Pf.

## „Clou“ :: Berliner ::

Konzerthaus. Mauerstraße 82. - Zimmerstraße 80/81. Großes Doppel-Konzert! Musik des 2. Garde-Regiments z. F., Dirig. Oberm. Graf. Zillerthaler und Tegernseer Sänger - Schuhplattler und Jodler! Anstich von Drei-Königshier, dem köstl. aller Münch. Doppelbiere. Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.

## Schloß Weißensee

Das prachtvoll gelegene Etablissement, welches vollständig renoviert wird, ist an beiden Pfingst-Feiertagen Früh-Konzert

an große Vereine zu vergeben. Außerdem empfehle das Etablissement den geehrten Vereinen zur Abhaltung von Sommerfesten unter kalanten Bedingungen. Anfragen bitte zu richten an E. Niemann, Christianiastraße 110 (langjähriger früherer Oekonom der Brauerei Friedrichshain). 21706\*

## Urania

Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. 8 Uhr: Ing. A. Kessler: Die Weltmacht des Eisens. Hörsaal 8 Uhr: Dr. W. Berndt: Träger der Fortpflanzung im Zellstaat.

## Zirkus

Albert Schumann. Heute Mittwoch, 29. Januar, abends 7 1/2 Uhr: Große Parade-Vorstellung. Berlins größte Attraktion! Cäsarius Löwen- und Tigergruppe. Die wildeste Dressur d. Gegenwart Der Triumph des Todesmutes. Um 9 1/2 Uhr: Der unsichtbare Mensch. 4 Bilder aus Indien. Zum Schluß: Der Brand des Palastes.

## Herrnfeld

Theater. Der Höhepunkt des Lach-Erfolges! Wüstenmoral Die Alpenbrüder mit Anton und Donat Herrnsfeld in der Hauptrolle. Anf. 8 Uhr. Vorverf. 11-2 (Theaterf.)

## Passage-Panoptikum

50 wilde Weiber Männer Kinder vom Stamme der Igorroten. Lebend! Ohne Extra-Entree!

## Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger. Zum Schluß: Cavalleria schusticana. Von Meysellini. Anfang 8 Uhr.

## Zirkus Busch.

Heute Mittwoch, 29. Januar, abends 7 1/2 Uhr: Mac Norton wird heute endlich auch den größten Zweiflern den Beweis bringen, daß er im Trinken jedes Quantum Flüssigkeit bewältigen kann. Der Aeroplan im Zirkus (Ein Affe als Aviatiker!) sowie die gesamten großen Januar-Attraktionen. 2. Schluß: „Sevilla“ in 6 glänzenden Akten.

## Boigt-Theater.

Heute Mittwoch, 29. Januar: 3. Benefiz für Kurt Bonmeister: Kean od. Genie und Leidenschaft. Komödie in 5 Akten von E. Scribe. Kassenöffnung 7 Uhr, Anf. 8 1/2 Uhr. Voranzeige! Freitag, 7. Februar: Benefiz für Art. Sedwig Krahmer: Stolz und Liebe.

## Theater Königstadt-Casino.

Offe Holzmarkt u. Alexanderstraße. 1 Minute v. Bahnh. Jannowitzbrücke. Tägl. abds. 1/8. Sonnt. 1/2 Uhr: Zwei rote Rosen. Burleske m. Gesang - und das groß. Spezialitätenprogramm. Ved. 1. u. 16.: Programmwechsel.

## Casino-Theater

Lotzbringer Str. 37. Täglich 8 Uhr: Die neue Lokalposse: Am grünen Strand der Syre! Sonntagnachmittag 4 Uhr: Der Feinmalose.

## Admiralspalast.

Allabendlich: Das neue mit durchschlag. Erfolg aufgef. Elsballett Flirt in St. Moritz. 1. Akt: Wintersport in St. Moritz. 2. Akt: Soiree im Luxushotel. 3. Akt: Japanisches Fest. Unter Mitwirkung der kl. Charlotte. Bis 6 U. u. v. 10 1/2, halb Kass. Preise. Wein- u. Bier-Abt.

## Germania - Prachtsäle

N. Chausseestr. 110. K. Richter. Heute Mittwoch: Paul Mantheys lustige Sänger. Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Nachdem Freitag. - Vorangef. gelten. - Morgen Donnerstag: Großes Bockbier-Konzert.



**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokratischer Wahlverein für Schöneberg.**

Bezirk 11.  
Am 25. Januar verstarb unser Mitglied, der Steinbildhauer  
**Joseph Dübeler**  
im Alter von 48 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 29. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes an der Blanten Höhe aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
15/3 **Der Vorstand.**  
Treffpunkt für Mitglieder des Gesangsvereins „Schöneberger Männerchor“ um 3 1/2 Uhr beim Gastwirt Hinkel.

**Zentralverein der Bildhauer Deutschlands.**  
Verwaltung Berlin.

Am 25. Januar verstarb unser Mitglied, der Steinbildhauer  
**Joseph Dübeler.**  
Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, den 29. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Schöneberger Friedhof (Blante Höhe) statt.  
Um Beteiligung ersucht  
20/2 **Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein Niederbarnim.**

Bezirk Reinickendorf-West.  
Am Sonntag, den 25. d. Mts., verstarb unser Mitglied, der Bäckermeister  
**Hugo Wurst**  
Eichbornstr. 72.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute nachmittags 2 Uhr vom Trauerhause aus statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet  
24/5 **Der Vorstand.**

**Deutscher Buchbinder-Verband.**  
(Zahlstelle Berlin.)

Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Kollege  
**Max Schubert**  
Galanteriedrucker,  
nach kurzem Krankenlager gestorben ist.  
Der Verstorbene war jederzeit bereit, die Interessen der Organisation zu vertreten und hat sich dadurch die Achtung der gesamten Kollegenschaft erworben.  
Wir werden sein Andenken in Ehren halten.  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 31. Januar 1913, nachmittags 4 Uhr, auf dem Heilig-Kreuz-Kirchhof in Mariendorf statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege  
**Richard Wagner**  
plötzlich gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 30. Januar 1913, nachmittags 4 Uhr, auf dem neuen Michael-Kirchhof in Brigg statt.

Ferner starb nach kurzem Krankenlager unsere Kollegin  
**Martha Haake.**  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. Januar 1913, nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem städtischen Friedhof in Friedrichsfelde statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet  
22/3 **Die Ortsverwaltung.**

**Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tapezierer.**  
Filiale Schöneberg.  
Am 27. d. M. verstarb unser langjähriges Mitglied  
**Albert Wilke.**  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 30. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes (Blante Höhe) aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
178/3 **Die Ortsverwaltung.**

**Nachruf.**  
Am 24. Januar verstarb im 60. Lebensjahr unser Mitglied  
**Hermann Paun.**  
Ehre seinem Andenken!  
**Verband der Gastwirtsgehilfen.**  
Ortsverwaltung Berlin I.

**Freireligiöse Gemeinde Berlin.**

Unsere Mitgliedern und Freunden haben wir die tiefbetäubende Mitteilung zu machen, daß unser erster Vorsitzender, Herr

**Otto Friederici**

am Sonnabend, den 25. Januar, abends 8 Uhr, im 72. Lebensjahre sanft verschieden ist. Die Freireligiöse Gemeinde erlitt dadurch einen kaum ersetzlichen Verlust. Der Verstorbene hat 26 Jahre lang die Gemeinde mit beispiellosem Fleiß und Eifer, mit rührender Aufopferung und persönlicher Hingabe an die Sache geleitet. Er war uns das Vorbild eines in Wort und Tat überzeugungstreuen, konsequenten Freidenkers. Der Vorstand und die Gemeinde schulden ihm über den Tod hinaus nie erlöschenden Dank und wollen diesen durch begeistertes Wirken in seinem Sinne betätigen.  
Die Einäscherung findet im Berliner Krematorium, Gerichtstr. 37/38, heute Mittwoch, den 29. d. M. um 3 Uhr statt.

**Der Vorstand d. Freireligiösen Gemeinde**  
I. A.: **Adolf Hoffmann**, II. Vorsitzender.

**Heines Werke | Reuters Werke**  
3 Bände 4 Mark  
**Buchhandlung Vorwärts**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Zeugschmid

**Karl Wildelau**

Wagmannstr. 34a, am 26. d. M. gestorben ist.  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 30. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Marius-Kirchhofes in Wilhelmshagen-Hagen-Schönhausen aus statt.

Ferner starb unser Mitglied, der Formier

**Paul Wagner**

Graunstr. 35, am 26. d. M. an Blinddarmentzündung.  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 30. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedens-Kirchhofes in Nordend-Nieder-Schönhausen aus statt.  
Ehre ihrem Andenken!  
Rege Beteiligung erwartet  
111/17 **Die Ortsverwaltung.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, der Formier

**Paul Wagner**

im Alter von 19 Jahren nach kurzem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist.  
Um stille Teilnahme bitten  
**Die trauernden Hinterbliebenen.**  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 30. Januar, um 4 Uhr von der Halle der Friedens-Gemeinde in Nieder-Schönhausen (Nordend) aus statt. 238

**Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb. Filiale Groß-Berlin.**

Unsere Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege  
**Hermann Pusch**  
welcher im Betriebe der städtischen Gaswerke, Gieseler Straße, beschäftigt war, verstorben ist.  
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 30. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobskirchhofes in der Hermannstr. 99-115 zu Reinickendorf aus statt.  
30/5 **Die Ortsverwaltung.**

**Verband d. Brauerel- u. Mühlenarbeiter u. verw. Berufsgenossen.**  
Zahlstelle Berlin.

Den Kollegen die traurige Nachricht, daß am 25. Januar unser langjähriges Mitglied, der Flaschenfellearbeiter

**Fritz Bellin**

(Schulze IV) im Alter von 33 Jahren an der Prostatierkrankheit gestorben ist. 42/8  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 29. Januar, nachmittags 4 Uhr, auf dem städt. Friedhof in Friedrichsfelde statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
**Die Ortsverwaltung.**

**Verband der Maler, Lackierer etc. Filiale Berlin.**

Unsere Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege  
**Aurelius Wandke**  
(Bezirk Osten)  
verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 30. d. M., nachmittags 3 Uhr, auf dem städtischen Friedhof, Gerichtstraße, statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
187/6 **Die Ortsverwaltung.**

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Fensterputzer  
**Paul Dahle**  
am 25. d. Mts. im Alter von 22 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 29. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Mariusgemeinde-Friedhofes, Wilhelmshagen, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
61/11 **Die Bezirksverwaltung.**

**Dankfagung.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Teilnehmern meinen besten Dank.  
**Witwe Minna Simon.**

Am 27. Januar verstarb nach langem Leiden meine geliebte Frau und Mutter

**Rosalie Bartsch**  
geb. Weidemann.

Um stille Teilnahme bitten  
**Die trauernden Hinterbliebenen.**  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 30. Jan., nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Sebastian-Kirchhofes aus statt.

**Dankfagung.**

Für die so überaus reiche Teilnahme (sowie für die herzlichen Kranzsenden) bei der Beerdigung unserer lieben Tochter  
**Eise Wilhelm**  
sagen wir allen Beteiligten, insbesondere dem Bäcker-Gesangsverein „Korngrünen“ unseren herzlichsten Dank.  
**Franz Wilhelm und Frau.**

**Dankfagung.**

Für die vielen reichen Beweise der Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter und Großmutter  
**Frau Marie Schmidt**  
geb. Schlang  
sprechen wir allen Teilnehmern unser verbindlichen Dank aus. Insbesondere danken wir Herrn Schulte für seine trostreichen Worte am Sarge der Verstorbenen, dem Vorstand der Schumann-Kapelle vor dem städtischen Kirchhof und dem Gesangsverein „Kreuzberger Harmonie“ für die erwiesenen Aufmerksamkeit.  
**Namen der Hinterbliebenen**  
**Otto Schmidt**, Bergmannstr. 111.

**Westmanns Trauermagazin**

**Extra-Abteilung**  
I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemstraße).  
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Androssstraße).  
Sehr gr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. v. einfachsten bis zum hocheleganten Genre zu äußerst niedrigen Preisen.  
Sonder-Abteilung: **Anbauherstellung** in 10 bis 12 Stunden.

**Schwarze Kleidung**

Fertig am Lager:  
**Gehrock-Anzüge** 20, 40, 36 M.  
**Smoking-Anzüge** 50, 70, 40 M.  
**Frack-Anzüge** 50, 60, 50 M.  
**Beinkleider** 18, 15, 12, 10, 8 M.  
Fertige schwarze Kleidung für Knaben und Junglinge in größter Auswahl in feiner Maß-Anfertigung in ca. 10 Stunden  
**Baer Sohn**  
Kleider-Werke  
Berlin, Gagr. 1591.  
Chausseestraße 29-30, 11, Brückerstraße 11, Or. Frankfurter Str. 20, Schöneberg, Hauptstr. 10.

Haben Sie Stoff?  
Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maß, schick, dunkel, Einsteck von 25 Mark an. **Moritz Laband**, Neue Promenade 8, II. (Städt. Bstr.)

**Leineweber**  
Berlin C

Rohstr. 34 **Köllnischer Fischmarkt 4-6** (Hauptstr. 1)



**Alpentrachten**

für Herren, Damen und Knaben in großer Auswahl.

Der Spezial-Katalog über ORIGINAL-TRACHTEN, einzelne Kleidungsstücke und Schmucksachen wird gratis und franko zugesandt.

**WESTMANN**  
Schluss der Inventur  
Möhrenstr. 37 a, Frankfurt a. M.  
Plüschmäntel (Wollsch 49.- (sonst b. 118.-), Velours du Nord 39.- (sonst b. 118.-), echt engl. 100.- (sonst b. 179.-))  
Ulster (s. Aussuchen, beste Stoffe, neueste Fass. (echt englisch 38.-))  
Kostüme (Kammgarn 18.- (sonst bis 57.-), englischen Charakters 32.- (sonst bis 126.-), echt engl. Stoffe 50.- (sonst b. 179.-))  
Pelzmäntel u. Jacketts (200.- (sonst b. 410) 60.- (sonst b. 170) 450.- (sonst b. 875.-))  
Ein Posten Gesellchaftskleider 39.- (sonst bis 175.-)  
Ein Posten Röcke und Blusen 10.- (sonst bis 32.-)  
Einsiegnungs-Kleider sehr preiswert!  
Sonntag geöffnet von 12 bis 2 Uhr.

**Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“**

- Berlin O. H. Schmitt, Köpenicker Str. 174.  
W. G. Schmidt, Kirchbachstr. 14.  
O. H. Gabelbusch, Teichbagger Platz 4, Gustav Vogel, Roppenstraße 82, H. Wengels, Or. Frankfurter Str. 120.  
NO. V. Jucht, Ammannsplatzstr. 12, J. Koni, Barnimstr. 42.  
N. W. Gannmann, Rheinberger Str. 67, G. Fischer, Kastanienstr. 6.  
Karl Mars, Greifenhagenstr. 27, J. Köhnig, Rognerstraße 49.  
H. Vogel, Loringstr. 37, H. Tich, Invalidenstr. 121.  
H. Teichard, Radeplatzstr. 24.  
NW. Salomon Joseph, Salzweberstr. 8.  
SW. G. Werner, Wittenauer 72, Tschau, Hagedorfer Str. 27.  
S. St. Aris, Brininger Str. 31, G. Lehmann, Kottbuser Damm 8.  
SO. Frau Böhm, Langer Platz 14/15, G. Forich, Engelauer 15.  
Adlershof. Karl Schwarzlose, Wismarstr. 50.  
Bamschulenweg, G. Hornig, Marienbaderstr. 13, I. Borsigwalde, Paul Kienast, Hausstr. 10.  
Charlottenburg. Gustav Schornberg, Seidelmeier Str. 1.  
Friedrichshagen. Ernst Wertmann, Röpender Str. 13.  
Grünau. Frau Klein, Friedrichstr. 10.  
Johannisthal. Heide, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.  
Karlshorst. Richard Käter, Köpenicker Str. 6, Raden.  
Köpenick. Emil Wähler, Köpenicker Str. 6, Raden.  
Lichtenberg. Cito Seifert, Bartenbergstr. 1.  
Nieder-Schöneberg. Wilh. Harub, Brückstr. 10.  
Nowawes. Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.  
Ober-Schöneberg. Alfred Bader, Wilhelmminenhofstr. 17 II.  
Pankow. Cito Rihmann, Wäldenstr. 20.  
Reinickendorf. G. Gurisch, Wroninger Str. 56, Raden.  
Neukölln. W. Heinrich, Kedarstr. 2, Conrad, Hermannstr. 50.  
G. Mohr, Siegfriedstr. 25/29.  
Rummelsburg. H. Holentrans, Alt-Borsdamm 56.  
Schöneberg. Wilhelm Nämmer, Martin-Luther-Str. 69 im Raden.  
Spandau. Köppen, Breitestr. 64.  
Steglitz. G. Bernice, Wäldenstr. 5.  
Tempelhof. Joh. Krohn, Wroninger Str. 62.  
Treptow. Robert Gramenz, Kieboldstr. 413, Raden.  
Weißensee. Fuhrmann, Sedanstr. 105, Schiller, Berliner Höhe 253.  
Wilmerdorf. Paul Schuder, Wäldenstr. 27.







### Die Eingemeindung Treptows.

Bekanntlich hat am 10. d. Mts. die Gemeindevertretung Berlin-Treptow beschlossen, dem Antrage der Stadt Berlin auf Vereinigung Treptows mit Berlin vorbehaltlich der zu vereinbarenden Bedingungen mit 19 gegen 3 Stimmen grundsätzlich zuzustimmen. Die näheren Verhandlungen zwischen Berlin und Treptow sind daraufhin eingeleitet worden und werden rege fortgeführt. Gleichzeitig aber hatte der Berliner Magistrat sich mit dem Kreise Teltow und der Provinz Brandenburg in Verbindung gesetzt, um auch deren Interessen von vornherein in die Erörterungen hineinziehen zu können. Die Vertretung sowohl des Kreises wie der Provinz hat jedoch jede Verhandlung und selbst eine von dem Oberbürgermeister Berlins erbetene mündliche Unterredung hierüber abgelehnt. Der Magistrat wird sich nunmehr, wie wir hören, erneut an die höheren staatlichen Instanzen wenden. Er vertritt die Meinung, daß unmöglich zwei kommunalen Selbstverwaltungskörpern grundsätzlich und von vornherein dergestalt der Weg zu einer von beiden Seiten gewünschten Verständigung verlegt werden kann. Man glaubt sich damit nicht abfinden zu dürfen, daß die Interessen von Kreis und Provinz, die selbstverständlich bei jeder Ausgemeindung ernsteste Beachtung verdienen, ausschließlich und dauernd den Ausschlag geben sollen; zumal nicht im Verhältnis zwischen Berlin und Treptow, welches die gesamte Boden- und Wohnungspolitik beider Gemeinden entscheidend beeinflusst.

### Partei-Angelegenheiten.

**Schmargendorf.** Der dritte und letzte Vortrag vom Kursus des Gen. Julian Scharf über „Die Programme der bürgerlichen Parteien“ findet am Donnerstag, 30. d. M., abends pünktlich 9 Uhr, im Schützenhause, Gundelesstraße, statt. Die Karteninhaber wollen pünktlich erscheinen; auch sind am Eingang noch Karten zu haben.

### Berliner Nachrichten.

**Die Wahl des Bildungssekretärs für Groß-Berlin** wurde am Montag in einer Konferenz von Partei- und Gewerkschaftsvertretern vorgenommen. Die Wahl fiel auf den Genossen Richard Seidel-Südende. Als Unikum sei erwähnt, daß unter den 36 Wählern sich auch ein ehemaliger Schugmann befand, der zu seiner Empfehlung sich auf die Zeugnisse des Polizeipräsidenten berief.

Genosse Däumig gab darauf noch folgende Anregungen:

1. Die Kreise, die schon Kreisbildungsausschüsse gebildet haben, werden ersucht, die Zusammensetzung und die Adressen dieser Ausschüsse dem Bezirksbildungsausschuß mitzuteilen. Für Teltow-Beeskow und Niederbarnim kommen hier auch die in den größeren Orten gebildeten lokalen Bildungsausschüsse in Betracht.

Die einzelnen Gewerkschaften werden ersucht mitzuteilen, welche Instanzen sie zur Organisation der Bildungsarbeit bereits haben. Auch hier wird um Angabe der Adressen gebeten.

2. Diejenigen Kreise (resp. Ortschaften mit größerer politischer Organisation) sowie die Gewerkschaften, die noch keine Bildungsausschüsse haben, werden ersucht, solche in nächster Zeit ins Leben zu rufen, da die Arbeit des Bezirksbildungsausschusses auf diese Korporationen angewiesen ist.

3. Der Bezirksbildungsausschuß hat die Vollmacht, in Fragen der Bildungsarbeit (Zusammenberufung der Bildungsausschüsse usw.) direkt mit den Kreis-, Gewerkschafts- oder lokalen Bildungsausschüssen in Verbindung zu treten, ohne erst den zeitraubenden Instanzenweg der Partei- und Gewerkschaftsleitung in Anspruch zu nehmen.

Da die hier angeführten Anregungen die Voraussetzung für die praktische Arbeit des Bezirksbildungsausschusses bilden, wird um ihre recht baldige Erledigung ersucht.

**Die Teltower Kreisbahnen 1912.** Die Teltower Kreisbahnen hatten im Jahre 1912 ein recht günstiges Verkehrsergebnis. Sie beförderten 8 250 445 Personen. Eingerednet ist hier die Strecke Grunewald—Steglitz, die seit dem 17. August bis zur Vorkursfahrt verlängert ist und von den Kreisbahnen betrieben wird. Gegen das Vorjahr bedeutet dieser Verkehr eine Zunahme von etwa 1/4 Millionen, indem 1911 insgesamt 7 472 704 Personen befördert worden waren. Die Betriebseinnahmen sind dementsprechend von 725 211 auf 787 231 B. in den beiden Jahren gestiegen. Der Abfall an Fahrtscheinen ist um 10 Pf. ist fast um 1/2 Million auf 4 497 425 gestiegen. Auch der Verkauf von Fahrtscheinen mit höherem Preis hat etwas zugenommen. Auf der Machnowe Strecke gibt es solche bis zu 30 Pf. Auf Zeit- und Freikarten wurden 2 378 894 Personen befördert. Die Wagen legten insgesamt 1 985 819 Kilometer zurück. Die Zahl der Motowagen ist im Laufe des Jahres von 35 auf 44, die der Anhängerwagen von 17 auf 20 gestiegen. Die Länge des Netzes ist von 30,34 auf 37,44 Kilometer gewachsen. Die Strecke Lichterfelde—Steglitz usw. beförderte 5 030 996 Personen, die Machnowe Strecke 1 253 054, die Strecke Alt-Glienicke—Aldershof 509 025 und die Grunewaldstrecke 1 457 370 Personen.

#### Weihnachtsgeschenke und Lohnabzug.

Die „Herrschaften“ glauben durch Weihnachtsgeschenke die Dienste der Mädchen für eine längere Zeit erkaufen zu haben. Dem ist nicht so; das Mädchen ist befreit, zu dem zunächst zulässigen Kündigungstermin aufzukündigen, ohne verpflichtet zu sein, einen Abzug vom Lohn zu dulden. Die Zulässigkeit des Lohnabzuges ist nach dem Gesetz an zwei Voraussetzungen geknüpft: einmal muß das Dienstverhältnis vor Ablauf des Dienstjahres gelöst sein, zum andern muß das Mädchen schuld an der Lösung tragen. Wenn auch nur eine der beiden Voraussetzungen nicht zutrifft, darf ein Lohnabzug nicht stattfinden.

St. u. ein Mädchen am 1. Januar 1912 in Dienst getreten und verläßt im Januar 1913 vor Ablauf der Kündigungsfrist ohne gesetzlichen Grund den Dienst, oder kündigt das Mädchen rechtzeitig zum 1. Februar 1913, so ist ein Abzug wegen der Geschenke, die gelegentlich der verschiedenen Weihnachten gemacht sind, unstatthaft. In der ordnungsgemäßen Kündigung wird mit Recht eine „Schuld“ des Mädchens bei Auflösung des Dienstvertrages nicht angenommen. — Wir gehen weiter und sagen: Die Weihnachtsgeschenke stellen einen Teil des Lohnes dar,

mit dem sowohl die Mädchen als auch die Dienstgeber von vornherein rechnen, so daß überhaupt eine Kürzung unstatthaft ist. Dieser letzteren Auffassung treten immer mehr die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte bei, die leider für Dienstboten nur dann zuständig sind, wenn letztere in gewerblichen Betrieben — Pensionaten, Hotels, Gastwirtschaften — tätig sind.

**Die Steuerwelt treibt wunderbare Blüten.** Uns wird ein an einen dreizehnjährigen Knaben gerichtetes Schreiben der Steuerdeputation des Magistrats vorgelegt, in welchem der schulpflichtige Junge um nähere Angaben über sein Einkommen, seine Beschäftigung ersucht wird. Da der Junge kein Einkommen hat und auf seine Eltern angewiesen ist, so kann die Reugierde der Steuerdeputation nicht befriedigt werden.

**Ueber Mißstände auf der Südbahnstrecke Rummelsburg** beziehungsweise Johannisthal—Potsdamer Bahnhof wird uns geschrieben: „Ich fahre morgens 7.43 vom Bahnhof Hermannstraße in der Richtung Potsdamer Bahnhof. Ein ängstliches Gefühl überkommt einen, wenn der schon überfüllte Zug ankommt und man durchaus mit muß. Da gibt es Kämpfe, um noch einen Platz zu erhalten. Das Gedränge ist geradezu lebensgefährlich. An der Haltestelle Schöneberg versuchen noch weitere Hunderte in den überfüllten Zug zu kommen, so daß in jedem Gange neun und zehn Personen dichtgedrängt stehen müssen. Die Eisenbahnverwaltung scheint es auch eingesehen zu haben, daß hier abgeholfen werden müsse, denn, wie mir berichtet wurde, fährt seit einigen Tagen ein eingeleiteter Zug in der Richtung Charlottenburg—Potsdamer Bahnhof, der kurz vor 8 Uhr dort eintreffen soll. Dieser Zug, der nun um 7.43 von Hermannstraße abfährt und um 8 Uhr laut Fahrplan im Potsdamer Bahnhof eintreffen soll, läuft jetzt mit 10 Min. Verspätung ein; und heute, am Dienstag, den 28. d. M., waren es sogar 20 Minuten auf eine Fahrzeit von 20 Min., also 40 Min. hat der Zug von Hermannstraße bis Potsdamer Bahnhof gebraucht. Es ist doch etwas stark, wenn man so rigoros mit den Reisenden umgeht. Nicht genug, daß man seinen Groschen ordnungsgemäß bezahlt hat, muß man sich von seinem Chef schicklich noch schief ansehen lassen, weil man nicht rechtzeitig zur Arbeit kommt.“

#### Ueber eine Elendstragödie

wird aus dem Osten der Stadt berichtet: In der Krautstraße 51 bewohnte der 56 Jahre alte Talsieder Ernst Richter mit seiner ebenso alten Frau Bertha, geborenen Hase, seit langer Zeit einen einzigen Raum, der zugleich als Wohnstube und Küche diente. Dem Paare, das keine Kinder hat, ging es sehr schlecht. Die Frau war schwer nerdenkrank und so gelähmt, daß sie sich schon seit vielen Jahren nicht mehr allein bewegen konnte, selbst nicht mehr in ihrer dürftigen Behausung. Der Mann mußte ständig um sie sein, und fand nur hin und wieder Zeit, sich in seinem Berufe etwas zu verdienen. Im wesentlichen lebte das Paar von der Armenunterstützung, die ihm die Stadt gewährte. Die traurige Lage und besonders das schwere Leiden der Frau brachte das Paar schließlich zu dem Entschluß, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden, um so allem Elend ein Ende zu machen. In der Nacht zum Montag schrieb der Mann diesen Plan auf einen Zettel. Er bat zugleich, daß mildtätige Leute ihm und seiner Frau ein anständiges Begräbnis besorgen möchten. Dann nahmen beide Arsenik und legten sich hin, um den Tod zu erwarten. Montag Nachmittag kam Richter wieder zum Bewußtsein. Unter heftigem Erbrochen erwachte er und als ihm nun die Bestimmung zurückkehrte, sah er, daß seine Frau der Wirkung des Giftes erlegen war. Er schlepte sich mühsam die Treppe hinunter zu einer Hausgenossin und benachrichtigte ihr vollständig niedergebroschen was geschehen war. Die Frau sorgte für einen Arzt und ließ auch die Polizei benachrichtigen. Der unglückliche Mann wurde, nachdem der Arzt die notwendigsten ersten Mittel angewandt hatte, nach dem Krankenhaus am Friedrichshain, die Leiche seiner Frau nach dem Schauhause gebracht.

**Nach zehnjähriger Wanderschaft Selbstmord verübt.** In der Königsheide vergiftet hat sich der 34jährige Müllergeselle Paul Strenge aus Neu-Itzow. Er war zehn Jahre hindurch auf der Wanderschaft gewesen und hatte dabei ganz Deutschland durchquert. Er befand sich nun wieder auf dem Heimwege und wollte die Wanderschaft an den Nagel hängen. In Berlin bemühte er sich aber vergeblich, Arbeit zu erhalten, so daß er keine Mittel hatte, um wieder heimzukommen. In der Verzweiflung vergiftete sich St. in der Königsheide mit Lysol. Die Leiche des Lebensmüden wurde einige Stunden später aufgefunden und nach dem Friedhof in Oberschöneweide übergeführt.

**Erfroren.** Ein Opfer des Frostes ist der Arbeiter Hermann Goldmann aus Rauen geworden. Er wurde gestern vor einem Neubau in der Brandenburgstraße in leblosem Zustande aufgefunden. Man brachte ihn schleunigst zu einem Arzt, der aber nur noch den insolge Erfrierens eingetretenen Tod konstatieren konnte. Annehmend ist G. auf der Straße von einem Unwohlsein befallen worden, zusammengebrochen und dann elend erfroren.

**Zwischen zwei Kraftdroschen zerissen und getötet** wurde vor den Augen seiner Frau der 64 Jahre alte Produktenhändler Joh. Weishaupt aus der Poltschadenstr. 16. Das Ehepaar W. begab sich Montag nachmittag mit seinem vierköpfigen Handwagen nach Charlottenburg, um, auf den Höfen aufziehend, von den Hausbewohnern alte Sachen einzuhandeln. Auf dem Rückwege kam es durch die Tiergartenstraße. Vor dem Grundstück Nr. 8, in der Nähe des Kemperplatzes und der Matthäikirchstraße, machte es einen Augenblick Halt, weil Weishaupt dort eine Notunde aufsuchen wollte. Zu diesem Zweck ging er über den Fahrdamm nach der anderen Straßenseite zu, als gerade zwei Kraftwagen aus entgegengesetzter Richtung die Straße entlang gefahren kamen. Der eine Wagen bog, um ein Unglück zu verhüten, im letzten Augenblick nach links aus, weil er nicht zeitig genug mehr halten konnte. Hierbei kam er aber zu weit nach links, weil ihm der Handwagen im Wege stand. Zum Unglück lief der alte Mann nicht zurück, sondern vorwärts. So geriet er gerade zwischen die beiden Wagen, die bei dem Bestreben ihrer Führer, ihn zu retten, heftig zusammenstießen. Als man die Kraftwagen auseinandertzog, lag der Verunglückte bewusstlos und in seinem Blute schwimmend am Boden. Das linke Bein war ihm abgerissen worden und auch sonst hatte er sich am ganzen Körper schwere Verletzungen zugezogen. Bevor noch ein Arzt geholt werden konnte, war der Unglückliche vor den Augen seiner Frau schon verblutet. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht. Die beiden Wagen wurden bei dem Zusammenstoß schwer beschädigt.

**Mit dem Revolver versuchte** gestern vormittag der Kleinfeld Paul Weidert aus der Christianiastr. 93, einen Familienzwist zu entscheiden. Der schon ältere Mann, der Vater von sechs zum Teil schon erwachsenen Kindern ist, geriet infolge eines Familienzwistes, der schon längere Zeit spielt, mit seiner Frau in einen heftigen Streit. Plötzlich hörten Hausgenossen in der im Erdgeschoß gelegenen Wohnung einen Schuß fallen. Weidert hatte in der Erregung zum Revolver gegriffen, auf seine Frau eine Kugel abgeschossen und in den Fuß getroffen. Die Hausgenossen holten die Polizei, die den Mann festnahm und nach der Wache brachte, während die nicht schwer verletzte

Frau von einem Arzt verbunden wurde. Die Betroffene konnte in der Wohnung in ärztlicher Behandlung bleiben.

**Auf Adressenschreiber hat es ein Gauner** abgesehen, auf den die Behörde von Gelsenkirchen die hiesige Kriminalpolizei aufmerksam macht. Es ist ein Mann, der sich Kurt Wendland nannte und sich vom 16. bis 23. d. M. in Gelsenkirchen aufhielt. In dieser kurzen Zeit erbeutete er dort von Leuten, denen er durch Zeitungsanzeigen Arbeit anbot, 200 Mark. Von jedem, der sich auf seine Anzeige bewarb, forderte er zunächst die Einlösung von 8,60 Mark als Erstattung für Material, Auslagen usw. Darauf beschränkten sich aber auch seine Vermittlungen. Nachdem ihm die Bewerber, froh, endlich Beschäftigung zu erhalten, vielleicht ihren letzten Groschen eingekandt hatten, ließ er nichts mehr von sich hören. Als man sich endlich an die Polizei wandte, war es zu spät. Es wurde festgestellt, daß der Gauner sich eine Fahrkarte nach Berlin gelöst hatte und bereits abgefahren war. Die Nachfragen ergaben, daß die Post ihm in den kleinen Beträgen bereits rund 200 Mark ausgezahlt hatte. Wahrscheinlich wird Wendland, ein junger Mann von etwa 24 Jahren, auch in Berlin seinen Schwindel versuchen. Vermutlich hilft ihm dabei ein anderer Mann, der in Gelsenkirchen mehrmals in seinem Quartier bei ihm gewesen ist, vielleicht auch eine junge Frauenderson von etwa 20 Jahren, die er für seine Ehefrau ausgibt. Leute, die auf Zeitungsanzeigen Beschäftigung als Adressenschreiber oder vielleicht auch anderer Art suchen, werden gut tun, auf der Hut zu sein.

**Unter dem Verdacht des Bankbetrugs** ist der Profurist Gustav Horstmann aus der Bülowstraße auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft verhaftet worden. Horstmann war angeheiratet bei dem Londoner Bankgeschäft M. Karr u. Co., dessen Inhaber, Oppenheim und Brüggemeier, hier in Berlin ein Zweiggeschäft betreiben. Für dieses mietheten sie im Herlaupalast gleich bei dessen Erbauung vor drei Jahren vier Räume im vierten Stock. Sie bezahlten dafür jährlich 4000 Mark, die immer pünktlich bezahlt wurden. Horstmann leitete als Profurist das Zweiggeschäft, in dem außer ihm noch drei Herren und zwei Damen tätig waren. Schon bald nach seiner Einrückung beschäftigte sich die Behörde mit dem hiesigen Unternehmen der Herren Oppenheim und Brüggemeier, die nur von Zeit zu Zeit nach Berlin kamen. Man warf ihnen vor, daß sie mit Agenten besonders in der Provinz verbotene Geschäfte machten. Das Verfahren wurde jedoch eingestellt. Die Agenten, die unerfahrene und leichtsinnige Leute zu Börsenspekulationen verleitet haben sollten, wurden entlassen. In der letzten Zeit gingen wieder Klagen von vielen Leuten ein, die behaupten, daß sie durch das Bankgeschäft geschädigt worden seien. Es ergab sich, daß besonders auch hiesige Obsthändler an englischen Wäpapierten viel Geld verloren hatten. Das Ergebnis der Ermittlungen veranlaßte die Staatsanwaltschaft, Horstmann festnehmen zu lassen.

**Bergweilungstat auf offener Straße.** Vor dem Hause Friedrichstraße 248, unweit des Belle-Alliance-Platzes, beging Montagabend ein junger Mann einen Selbstmordversuch, indem er eine größere Dosis Veronal zu sich nahm. Er brach sofort bewusstlos zusammen und wurde nach der nächsten Unfallstation gebracht. Von hier aus mußte er in das Krankenhaus am Urban übergeführt werden. Wie die polizeilichen Ermittlungen ergaben, handelt es sich um den 22 Jahre alten wohnungslosen Handlungsgehilfen Georg Köhler, der durch Arbeitslosigkeit und Krankheit zur Bergweilung getrieben worden ist. Wegen eines Herzensleidens hatte er schon in einem Krankenhaus Aufnahme gefunden, aus dem er Montag wieder entlassen wurde. Nachdem er den ganzen Tag über mittellos umhergeirrt, verübte er abends den Selbstmordversuch.

**Der Vandal Gustav Bruning,** der seit 7 Monaten die Verfallungsbehörden und die Deffentlichkeit beschäftigt, ist seit gestern morgen wieder in Berlin und im Untersuchungsgefängnis untergebracht.

**Großfeuer in der Oranienstraße.** Ein überaus gefährlicher Brand kam in der Nacht zum Dienstag in einer Großdestillation an der Ecke der Oranien- und Halberstadtstraße zum Ausbruch. Kurz vor 11 Uhr flog plötzlich eine der großen Schaufenscherben auf die Straße und gleichzeitig schossen gewaltige Flammen aus dem Lokal, das erst vor acht Tagen einen neuen Besitzer erhalten hatte. Als die Feuerwehr eintraf, bildete die ganze Destillation ein einziges Feuermeer und die Flammen schlugen bis zur Höhe des zweiten Stocks außen am Hause empor. In der ersten Etage, in der sich eine Privatpfeisemannal befindet, hatten die Fensterkreuze schon Feuer gefangen. Angesichts dieser bedrohlichen Situation gab der Brandmeister sofort noch eine Nachmeldung „Mittelfeuer“, worauf vier weitere Löschkraft anrückten. Der Brand war inzwischen auf ein Zimmer der Speiseanstalt übergesprungen und hatte einige Möbelstücke, Betten und Gardinen erfaßt. Die Bewohner hatten sich noch rechtzeitig in Sicherheit gebracht. In die oberen Etagen drangen sofort mehrere Mannschaften vor, die die erschreckten Mieter beruhigten. Auf diese Weise konnte eine Panik vermieden werden. Die Ablösung des Feuers erfolgte mit drei Rohren. Die Großdestillation ist in ganzer Ausdehnung vollständig ausgebrannt. Auch die Decke des Lokals mußte teilweise aufgerissen werden, da sich das Feuer in dem Zwischengebäl festgesetzt hatte. Erst gegen 3 Uhr konnte die Wehr den Brandplatz wieder verlassen. Ueber die Entstehungsurache des Feuers ließ sich nichts Bestimmtes ermitteln. Ursprünglich nahm man an, daß eine Gasexplosion erfolgt sei, doch wurde später die Gasleitung intakt vorgefunden. Das Feuer muß sich um ungewöhnlicher Sammeligkeit ausgebreitet haben, denn als um 11 Uhr der Wächter das Haus revidierte, zeigte sich noch nichts Verdächtiges.

**Deutscher Arbeiter-Sängerbund.** Gau Berlin und Umgegend. Die diesjährige Generalversammlung fand am Sonntag im Gewerkschaftshause statt. Der Vorsitzende gedachte der im letzten Jahre Verstorbenen, besonders des langjährigen Schriftführers Sigelkow. Die Versammlung ehrte das Andenken derselben durch Erheben von den Plätzen. Sodann erläuterte der Vorsitzende den gedruckt vorliegenden Jahresbericht. Der Besuch der Kaiserfeier war ein guter. Besonders erfreulich sei das rege Interesse für die Bezirksbildungsstunden im Gegensatz zu dem Besuch derselben in Berlin. Auch die Chorsführerliche erweise sich eines guten Fortschritts. Die Hauptarbeit im kommenden Jahre sei die Agitation unter den zwar organisierten und aber noch fernstehenden Sangesbrüdern, um dieselben zu uns heranzuziehen. Unter den vorliegenden Anträgen waren es hauptsächlich zwei, welche eine längere Debatte hervorriefen. Der erste bezweckt eine andere Vertretung und Ertrag der Ausschüßungen durch vier Generalversammlungen, während der andere eine Verminderung der Anzahlversammlungen und Verbindung derselben mit den Lehrgangsstunden wünscht. Beide Anträge wurden einer Kommission in Gemeinschaft mit dem Vorstände überwiesen. Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: 1. Vors. Paul Kupfer, 2. Vors. Klodde, 1. Kassierer A. Seifrit, 2. Kassierer Julius Stephens, 1. Schriftführer Otto Engel, 2. Schriftführer Paul Schneider, Beisitzer Gustav Wuyth. Das Sängergesicht wird wieder in Schloß Weigensee abgehalten. Zum Schluß ersuchte der Vorsitzende, daß die Vereine sich recht rege an der Agitation beteiligen.

**Der Berliner Volksschor** wird am Montag, den 3. Februar, 8 1/2 Uhr, in Sappoldts Konzertsaal einen Melodramenabend veranstalten. Es ist dem Volksschor gelungen, für diesen Abend die Mitwirkung einer unserer bekanntesten Bühnenkünstlerinnen, Ella Durieux, zu gewinnen. Unter pianistischer Mitwirkung von Leo Neßenberg wird die Künstlerin folgende Gedichte sprechen: „Widener-Druck: „Das Herzenskind“, „Wußt von Schilling, Bürger: „Lenore“, „Wußt von Vitz, Temphson: „Euch Erden“, „Wußt von Richard Strauß.“



